

## 320

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Frank****I B 4-82.00-90.35/995/68 geheim****30. September 1968<sup>1</sup>**

Betr.: Deutsch-ägyptische Beziehungen

1) Bundesminister Wischnewski unterrichtete mich heute über die politische Seite seines Besuches in Kairo<sup>2</sup> wie folgt:

Das wichtigste seiner Gespräche habe er mit dem früheren Minister für Fremdenverkehr und Adjutanten Nassers, Amin Shaker, geführt. Dieser habe erklärt, in Ägypten finde gegenwärtig – von der Außenwelt wenig bemerkt – ein heftiger Kampf zwischen einem pro- und einem antisowjetischen Lager statt. Etwa 80 % des ägyptischen Offizierskorps lehnten den sowjetischen Einfluß, unter den die VAR geraten sei, scharf ab. Den Sowjets sei diese Tatsache bekannt, und sie versuchten deshalb gegenwärtig, die einfachen Soldaten auf ihre Seite zu ziehen und gegen das Offizierskorps aufzustacheln. Das antisowjetische Lager, an seiner Spitze der frühere Vizepräsident Zakaria Mohieddin, strebe einen Kurswechsel der ägyptischen Außenpolitik und den Rücktritt des Präsidenten Nasser an, der zu einer durchgreifenden Änderung seiner Politik nicht mehr in der Lage sei. Präsident Nasser sei sich über die Verfahrenheit der ägyptischen Situation völlig im klaren, wolle aber nicht auf dem gegenwärtigen Tiefpunkt seiner Politik zurücktreten. Selbst Zakaria Mohieddin und seine Gefolgsleute seien der Ansicht, daß zumindest eine gewisse Aufwärtsentwicklung in der ägyptischen Außenpolitik (die letztlich nur mit irgendeiner Unterstützung des Westens erreicht werden könne) eintreten müsse, bevor der Zeitpunkt zu einem Rücktritt Nassers gekommen sei.

Wie Bundesminister Wischnewski ferner mitteilte, habe ihn Amin Shaker seither noch wissen lassen, daß die antisowjetische Gruppe starke Befürchtungen hege, Präsident Nasser sei während seines kürzlichen Aufenthalts in der Sowjetunion<sup>3</sup> bisher unbekannte Verpflichtungen gegenüber Moskau eingegangen. Man nehme an, daß Präsident Nasser den Sowjets für den Fall innerer Unruhen in der VAR ein Interventionsrecht zugestanden habe. Der Chefredakteur der führenden ägyptischen Zeitung „Al-Ahram“, Nassers enger Freund Hassanein Heikal, sei kürzlich entschlossen gewesen, nach Beirut auszuweichen, um von dort aus den Kampf gegen den übermächtigen sowjetischen Einfluß in der VAR aufzunehmen. Heikal sei von Mohieddin und dessen Freunden überzeugt worden, daß man diesen Kampf von Beirut aus nicht führen könne

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Gehlhoff konzipiert.

<sup>2</sup> Bundesminister Wischnewski hielt sich vom 18. bis 23. September 1968 zu den Feierlichkeiten anlässlich der Neueinweihung der beiden Tempel von Abu Simbel in der VAR auf. Zur Vorbereitung des Besuchs vgl. Dok. 300.

<sup>3</sup> Staatspräsident Nasser hielt sich vom 4. bis 10. Juli 1968 in Moskau auf. Am 24. Juli 1968 kündigte er vor der ägyptischen Nationalversammlung an, daß er erneut in die UdSSR reisen werde, um sich dort einer ärztlichen Behandlung zu unterziehen. Legationsrat I. Klasse Harder, Kairo, teilte dazu am 25. Juli 1968 mit, die Nachricht habe „in Kairo sensationell gewirkt. Man befürchtet, daß Nasser in der Sowjetunion nicht nur ärztlicher Behandlung, sondern auch einer Gehirnwäsche (à la Thorez) unterzogen werden könnte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 327; Referat I B 4, Bd. 314.

und er sich in Ägypten selber für den Tag eines Regimewechsels bereithalten müsse.

2) Bundesminister Wischniewski erläuterte, daß namentlich der außenpolitische Berater Nassers, Fawzi, und Wirtschaftsminister Zaki zu verstehen gegeben hätten, eine stärkere deutsche Bereitschaft zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der VAR würde es der ägyptischen Regierung erleichtern, eine mehr unabhängige Außenpolitik zu führen. Zu diesem Komplex habe ich Herrn Bundesminister Wischniewski gefragt, ob für ein etwaiges deutsches Entgegenkommen mit einer ägyptischen Gegenleistung zu rechnen sei. Eine solche Gegenleistung sollte etwa darin bestehen, daß die VAR-Regierung anderen arabischen Regierungen, die nicht so stark unter sowjetischen Einfluß geraten sind, den Weg zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit uns freigebe. Bundesminister Wischniewski stimmte diesem Gedanken zu und bezeichnete Nassers außenpolitischen Berater Fawzi als den für ein solches Gespräch geeigneten Partner.

Es ist deshalb beabsichtigt, Herrn Fawzi bei geeignetem Anlaß durch BR I Dr. Lahn mitteilen zu lassen, daß das in Kairo eingeleitete Gespräch durch Herrn Wischniewski oder einen gleichrangigen deutschen Gesprächspartner an einem dritten Ort fortgesetzt werden könnte, wenn Herr Fawzi in nächster Zeit möglicherweise eine Reise ins Ausland unternimmt.<sup>4</sup>

Zu diesem Vorgehen wird um Zustimmung gebeten.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>5</sup> dem Herrn Bundesminister<sup>6</sup> vorgelegt.

Frank

**VS-Bd. 2794 (I B 4)**

<sup>4</sup> Botschaftsrat I. Klasse Lahn teilte mit Schriftbericht vom 29. Oktober 1968 mit, daß er den außenpolitischen Berater des Staatspräsidenten Nasser, Fawzi, dem er ein Dankschreiben des Bundesministers Wischniewski zu übergeben habe, noch nicht habe sprechen können. Er habe daher das Schreiben dem ägyptischen Kabinettschef Gamal Naguib zur Weiterleitung übergeben. Über Naguib habe er Fawzi auch den Vorschlag unterbreiten lassen, daß die Gespräche fortgesetzt werden und persönliche Kontakte möglichst aufrechterhalten bleiben sollten. Lahn bezeichnete es als „bemerkenswert“, daß Fawzi in seinem Antwortschreiben vom 28. Oktober 1968 auf diese Anregung nicht eingegangen sei. Vgl. Referat I B 4, Bd. 313.

<sup>5</sup> Hat in Vertretung des Staatssekretärs Duckwitz Ministerialdirektor Harkort am 2. Oktober 1968 vorgelegen.

<sup>6</sup> Die Wörter „über den Herrn Staatssekretär dem Herrn Bundesminister“ wurden von Ministerialdirektor Frank handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „dem Herrn Staatssekretär“. Hat Bundesminister Brandt am 4. Oktober 1968 vorgelegen.

321

**Botschafter Schnippenkötter, z.Z. Genf,  
an das Auswärtige Amt**

**Fernschreiben Nr. 750**  
**Citissime**

**Aufgabe: 30. September 1968, 10.25 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 30. September 1968, 12.33 Uhr**

Konferenz der Nichtkernwaffenstaaten

Delegations-Abschlußbericht (Nr. 81)

A) Ergebnisse der Konferenz

I. NV-Vertrag

Die NNK ist, wie erwartet, ein Element der internationalen Meinungsbildung über die Realisierbarkeit des NV-Vertrags geworden. Sie fiel zeitlich zusammen mit dem Schwund an internationalem Vertrauen infolge des Vorrückens der Roten Armee in die Tschechoslowakei. Dieses Ereignis und der daraufhin einsetzende Meinungsstreit in Amerika über die Opportunität der Ratifizierung haben die Sachdiskussion von dem psychologischen Druck befreit, den die Nuklearmächte während der Verhandlungen über den NV-Vertrag auszuüben vermochten, um die Unterzeichnungswilligkeit zu fördern. Außer den kommunistischen Staaten und Kanada haben fast alle Staaten die NNK benutzt, um die im Vertragstext unerfüllte Forderung nach Ausgewogenheit der Rechte und Pflichten zu erneuern und zu verstärken.

Es spielte dabei nur eine untergeordnete Rolle, ob die Staaten den NV-Vertrag bereits unterzeichnet hatten, eine solche Unterzeichnung noch erwägen, oder sie, wie Indien, Brasilien, Argentinien, Tansania und Burma, bereits abgelehnt haben. Die Tagesordnung der NNK ignorierte das Bestehen des NV-Vertrags weitgehend. Die Resolutionen gingen weniger von der Existenz und dem Inkrafttreten des Vertrages aus, sondern von der faktisch bestehenden Non-Proliferation und dem „Prinzip der Nichtverbreitung“. Auch drang stärker ins Bewußtsein, daß es andere vertragliche, nicht minder wirksame Instrumente der Nichtverbreitung gibt als den universellen Vertrag. An dem Prinzip wurde von keinem Nichtnuklearen gerüttelt, weil seine Preisgabe die Sicherheitsfaktoren in unkalkulierbarer Weise verändern würde.

II. Sicherheit

Das wohl drängendste politische Anliegen, das während der Konferenz zum Ausdruck kam, war die Sorge, die sich die Nichtkernwaffenstaaten um ihre Sicherheit angesichts der Tatsache machen, daß sich Kernwaffen in den Händen einiger weniger Staaten befinden.

Folgende Vorschläge zur Erhöhung ihrer Sicherheit wurden aus dem Kreis der Nichtkernwaffenstaaten vorgebracht und hauptsächlich an die Adresse der Kernwaffenstaaten gerichtet:

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Behrends und am 2. Oktober 1968 Vortragendem Legationsrat Rückriegel vorgelegen.

- Begrenzung, Verringerung und schließliche Beseitigung der Kernwaffen; dieser Vorschlag war fast stets mit dem Hinweis verbunden, daß auch konventionelle Arsenale die Sicherheit bedrohen
- Bekräftigung des Grundsatzes des Gewaltverbots
- Bekräftigung des Rechts zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung
- Garantien, dem durch einen Kernwaffenstaat Angegriffenen zu Hilfe zu kommen („positive“ Garantien)
- Garantien, Kernwaffen nicht oder nur unter begrenzten Voraussetzungen gegen Nichtkernwaffenstaaten anzuwenden („negative“ Garantien, „non-use“).

Die hiermit geforderten Leistungen und Verpflichtungen der Kernwaffenstaaten wurden allgemein als Gegenleistung zum Verzicht der Nichtkernwaffenstaaten auf das Atom als Waffe betrachtet. Allerdings gab es unterschiedliche Auffassungen darüber, ob es gleichgültig sei, in welcher Gestalt dieser Verzicht zustande komme, oder ob er nur dann zu Gegenleistungen berechtige, wenn er in Gestalt des Beitritts zum NV-Vertrag oder zu einer kernwaffenfreien Zone erfolgt.

Zwei Wochen der Konferenz waren den Bemühungen gewidmet zu ermitteln, einen wie weiten Bereich wir und die anderen Staaten, die an kollektiver Selbstverteidigung interessiert sind, dem Prinzip der Nichtanwendung von Kernwaffen einräumen können. An diesen Bemühungen waren wir aktiv beteiligt, was von vielen Bündnisfreien und einem Teil unserer Verbündeten günstig vermerkt wurde. Die Hoffnung der Mehrzahl der Delegationen, ein noch so eng gefaßtes Verbot der Anwendung von Kernwaffen zu erreichen, erfüllte sich jedoch nicht.

Es ist anzunehmen, daß sich am Widerstand, insbesondere der Vereinigten Staaten, gegen den „non-use“ auf absehbare Zeit nichts ändert. Dessen ungeachtet und unabhängig von den anderweitigen sowjetischen Initiativen auf diesem Gebiet dürfte mit einer erneuten Erörterung des non-use-Gedankens zu rechnen sein, sobald sich die von der Konferenz empfohlene Wiederholungskonferenz verwirklicht.

Immerhin gelang es der NNK, die von uns vorgeschlagene Bekräftigung von Gewaltverbot, Nichteinmischung und Selbstverteidigung vorzunehmen und den Appell zum Nachvollzug an die Kernwaffenmächte zu richten. Außerdem kam es in Form von Resolutionen zu Empfehlungen der Konferenz an die Vollversammlung der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der nuklearen Abrüstung und der kernwaffenfreien Zonen.<sup>2</sup>

### III. Friedliche Nutzung und Kontrolle

1) In der Einstellung zu den Themen der friedlichen Nutzung erwiesen sich Unterschiede zwischen Kernwaffenstaaten und Nichtkernwaffenstaaten am deutlichsten (Kernexplosionen für friedliche Zwecke, zur Zeit noch Urananreicherung); ebenso war eine Gruppierung in Kernwaffenstaaten und ihnen unbedingt folgende Länder, in industrialisierte und sich industriell entwickelnde Länder, und schließlich in „absolut“ nichtnukleare Staaten erkennbar. Die

<sup>2</sup> Für die Resolutionen der Konferenz der Nichtnuklearstaaten vom 29. August bis 28. September 1968 in Genf vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 533–544.

Grenzen der Gruppen sind nicht scharf gezogen, sie überschneiden sich teilweise.

2) Vor allem die industriell aufstrebenden Entwicklungsländer (Brasilien, Argentinien, Indien, Pakistan u. a.) wünschten möglichst große, finanziell günstige und rasche nukleare Entwicklungshilfe. Es setzte sich ein Kompromiß durch, der den realistischen Gegebenheiten entsprechen dürfte. Bei Organisationsfragen strebten die genannten Länder Regelungen an, die die Dominanz der Weltmächte beseitigen, zumindest abmildern sollen. In dieser Hinsicht sind sie aktiver als einige Industriestaaten (Kanada, Niederlande, Schweden, Japan).

3) Die Industriestaaten suchten eine möglichst große Sicherung der Freiheit von Forschung, Entwicklung und friedlicher Nutzung der Kernenergie sowie Sicherung ihrer Wettbewerbsposition gegenüber den Kernwaffenmächten und die Schließung der technologischen Lücke. Im Gegensatz zu den Entwicklungsländern zeigten sie sich zu entsprechenden Regelungen auf kommerzieller Grundlage bereit (Lizenzen). Die entwickelten Nicht-Kernwaffenstaaten (Schlüsseländer) konnten unter den absoluten Nichtnuklearen mindestens soviel Anhänger gewinnen wie die Kernwaffenstaaten. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich vor allem auch durch den Besuch in Karlsruhe<sup>3</sup> als hochentwickeltes friedliches nukleares Industrieland überzeugend präsentiert. Das Interesse an einem Zusammengehen mit uns – evtl. gemeinsam mit anderen nichtnuklearen Industriestaaten – war groß, vor allem weil hiervon keine politischen und militärischen Abhängigkeiten befürchtet werden. Wir sollten die sich daraus ergebenden Möglichkeiten erkennen und nutzen.

4) Bei der Kontrolle (safeguards) sind Modernisierung, Vereinfachung und wirtschaftliche Unschädlichkeit der Verfahren vornehmlich eine Angelegenheit der nichtnuklearen Industrieländer. Die Kernwaffenstaaten unterstützen entsprechende Bestrebungen in dem Maße, wie sie selber in die Kontrolle einbezogen werden. Die Bereitschaft zur Übernahme größerer Kosten ist allgemein gering. Die Position von EURATOM erwies sich weltweit insofern als nicht schwach, als auch andere Länder oder Ländergruppen sich die Möglichkeit regionaler oder gar bilateraler Kontrollregelungen offenhalten wollen und darum keine uniformen IAEA-Kontrollen wünschen.

#### IV. Wiederholung der Konferenz

Die Konferenz hat sich dem Wunsch der überwiegenden Zahl der Staaten nicht entzogen, die Arbeit an den ihr gestellten Aufgaben in irgendeiner Form fortzusetzen. Zwar konnte die Wiederholung der NNK präzise nicht beschlossen werden; die Wiedereinberufung wurde aber einer Entscheidung der VN-Vollversammlung anheimgegeben. Bei dem relativ guten Gesamtergebnis der Konferenz, das gegen die massive Abneigung der Kernwaffengroßmächte schließlich zustande gekommen ist, läßt sich voraussehen, daß die Konferenz tatsäch-

<sup>3</sup> Am 12. September 1968 besichtigten 58 Konferenzteilnehmer aus 41 Staaten das Kernforschungszentrum Karlsruhe. Dieser Besuch, der auf Einladung der Delegation aus der Bundesrepublik stattfand, „diente insbesondere dazu, die Verwirklichung moderner Techniken zur Kontrolle des Spaltstoffflusses zu illustrieren“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 666 des Botschafters von Keller, Genf, vom 16. September 1968; Referat II B 3, Bd. 804.

lich ihre Fortsetzung finden wird. Auch werden die Vereinten Nationen die Verarbeitung der Konferenzergebnisse in der Zwischenzeit organisatorisch lösen müssen. Allerdings werden die Kernwaffengroßmächte, die in viereinhalb Wochen Konferenzdauer nicht ein einziges Mal das Wort ergriffen haben, sich einer Wiederholung und sogenannten Institutionalisierung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu widersetzen trachten.

## B) Der deutsche Beitrag

### I. Rede des Bundesaußenministers<sup>4</sup>

Das Ziel der deutschen Beteiligung an der NNK war, diese nach Jahrzehnten des Selbstausschlusses und des Ausgeschlossenseins erste Gelegenheit zu nutzen, um auf einem größeren internationalen politischen Forum die friedlichen Ziele und Methoden der deutschen Politik selbst darzustellen und die deutschen Interessen in die breiteren Interessen der Staatengemeinschaft einzubetten. Dieses Ziel wurde vor allem durch die Rede des Bundesaußenministers erreicht, die Höhepunkt beim Auftakt der Konferenz war und als Politikum ersten Ranges bewertet wird.

Von ihrer über die Konferenz hinausweisenden Wirkung abgesehen, hat die Rede wichtige Akzente für den Verlauf der NNK gesetzt und der weiteren Arbeit der deutschen Delegation einen sicheren Ausgangspunkt verschafft.

### II. Resolution über Gewaltverbot

Zu den politischen Beiträgen gehört insbesondere der vom Bundesaußenminister in Umrissen angekündigte, nach Beratung mit anderen Delegationen und NATO-Konsultation in Brüssel und Genf formulierte Resolutionsentwurf über das Verbot der Gewaltanwendung mit nuklearen und nichtnuklearen Waffen, über Nichteinmischung und Selbstverteidigungsrecht. Der Entwurf war ein für die Konferenz adäquater Ausdruck der deutschen Friedenspolitik und taktisch so gefaßt, daß ihm kaum widersprochen werden konnte. Rückschauend hat sich die zunächst als Schwäche befürchtete Einbringung im Alleingang gerechtfertigt.

Das Abstimmungsergebnis ist trotz amerikanischen Widerstrebens und gegen die Tendenz, die Delegation zum Verzicht auf Abstimmung zu bewegen, erzielt worden. Bemerkenswert ist, daß Delegationen, die sich wegen ihrer Stellung zwischen Ost und West der Stimme enthielten, weitgehende Übereinstimmung mit dem Inhalt der Resolution erklärten und daß die im Ausschuß erzielte Zahl an Ja-Stimmen im Plenum noch überschritten wurde. Bei den fünf kommunistischen Nein-Stimmen ging die Zustimmung um ein Vielfaches über die zur Annahme durch die Konferenz erforderliche Zweidrittel-Mehrheit hinaus. Dies obwohl der Konferenz natürlich bewußt war, daß die Resolution, obschon auf das allgemeine Interesse zugeschnitten, besonders der deutschen Lage (Sicherheit und Feindstaaten-Klauseln) Rechnung trägt. (Der Botschafter eines befreundeten überseeischen Landes sagte beim persönlichen Glückwunsch, die Feindstaaten-Klauseln<sup>5</sup> gebe es nur für die Nichtnuklearen nicht mehr.)

<sup>4</sup> Zur Rede des Bundesministers Brandt vom 3. September 1968 vgl. Dok. 279, Anm. 10.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Artikel 53 und 107 der UNO-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. Dok. 39, Anm. 33.

### III. Sonstige politische Beiträge

Auch in anderer Beziehung hat sich die Konferenz für uns als politische Plattform erwiesen:

- dokumentarische Unterstreichung des Verzichts von 1954 auf Produktion von Massenvernichtungswaffen einschließlich Kontrolle und EURATOM-Sicherungsmaßnahmen,
- dokumentierte Darlegung unserer Positionen in den Grenzfragen,
- dokumentarische Zurückweisung des Anspruchs der DDR, international als zweiter deutscher Staat aufzutreten (zusammen mit den drei westlichen Kernwaffenmächten),
- Darlegung unserer Vorstellungen über einen Abbau der Konfrontation in Europa anlässlich der Annahme einer Resolution über kernwaffenfreie Zonen.<sup>6</sup>

### IV. Beiträge zur friedlichen Nutzung der Kernenergie und Kontrolle

Der Beitrag der deutschen Delegation zu diesen Fragen bestand in

- Einladung der Delegierten in das Kernforschungszentrum Karlsruhe (Information über die Verwirklichung der von deutscher Seite in den NV-Vertrag hineinverhandelten Technik der Sicherung des Spaltstoffflusses durch möglichst instrumentierte Kontrolle an strategischen Punkten),
- Vorlage und Einführung eines Arbeitspapiers<sup>7</sup> zu dieser Sicherungstechnik,
- vorbereitete Erklärungen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwecks Förderung der friedlichen Anwendung der Kernenergie sowie über den Zugang zu nuklearem Material,
- Diskussionsbeiträge zu der im Statut und in safeguards-Dokument der IAEO gegebenen Möglichkeit, Sicherungskontrollen anderer Organisationen als gleichwertig anzuerkennen<sup>8</sup>,
- Darlegung unseres Verständnisses von interpretationsbedürftigen Textstellen des NV-Vertrags, die die Freiheit und den Schutz der zivilen Erforschung und Anwendung der Kernenergie berühren.<sup>9</sup>

### V. Wertung

Von Beobachtern des Konferenzgeschehens ist bemerkt worden, daß die deutsche Zurückhaltung gegenüber dem NV-Vertrag, die besonders seit dem Vorrücken sowjetischer Armeen an die deutsch-tschechische Grenze zu verzeichnen ist, gleichsam dadurch ausgeglichen wurde, daß sich die Bundesregierung auf der NNK mit konstruktiven Beiträgen aktiv eingeschaltet hat.

Durch die sachliche Mitarbeit ist das internationale Vertrauenskapital gemehrt worden. Obwohl die Entscheidung der Bundesregierung in der NV-Frage als aufgeschoben gilt, ist das latente Mißtrauen etwa im Falle Schwedens

<sup>6</sup> Dazu handschriftliche Bemerkung des Vortragenden Legationsrats Rückriegel: „Sowjets dagegen!“

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Arbeitspapiers vom 13. September 1968 vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 522–524.

<sup>8</sup> Vgl. dazu Ziffer 6) des Drahtberichts des Botschafters Schnippenkötter, z. Z. Genf, vom 29. September 1968; Dok. 319.

<sup>9</sup> Zur Erklärung des Botschafters Schnippenkötter, z. Z. Genf, vom 10. September 1968 vgl. Dok. 319, Anm. 3.

weitgehendem Verständnis und im Falle der Niederlande gar einer vertrauensvollen Zusammenarbeit gewichen.

Es versteht sich, daß die Delegation auf der NNK keine Erklärung abgegeben hat, die die Entscheidung der Bundesregierung in der Frage des Beitritts zum NV-Vertrag präjudiziert. Dies gilt auch für die interpretativen Darlegungen zum Vertragstext. Die Bundesregierung hat damit nur nachgeholt, was andere Regierungen bereits in Genf und in New York getan haben. Darauf aufbauend kann sie erforderlichenfalls die Interpretationen weiter verfestigen.

Die Aufnahme der deutschen Beiträge zur Konferenz und das Abstimmungsergebnis zum deutschen Resolutionsentwurf waren eine Probe darauf, daß es möglich ist, gegen Isolierungstendenzen anzugehen und unsere Stellung in der bündnisgebundenen und der ungebundenen freien Welt weiter auszubauen.

Die Bundesregierung hat mit ihrer Teilnahme an der NNK auf einer ihr ungewohnten internationalen Bühne agiert. Sie hat dabei das Profil eines technisch hochentwickelten Nichtkernwaffenstaates gezeigt, der zwar bündnistreu ist, sich aber der Weltmacht nicht schlechthin unterordnet. Ihr internationaler Stellenwert mag sich damit außerhalb, wahrscheinlich auch innerhalb des Bündnisses erhöhen.

[gez.] Schnippenkötter

VS-Bd. 1668 (201)

## 322

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bahr

1. Oktober 1968

Ahlers berichtet, daß der Kanzler zusammengebrochen, geschockt und in einem fast bemitleidenswerten Zustand sei. Der Außenminister, viel gelassener, habe ihn gestern regelrecht aufrichten müssen.

Der Kanzler, der vorher sämtliche Niederschriften über alle Gespräche mit de Gaulle seit Adenauer gelesen hatte, fand, daß dies das enthüllendste gewesen sei.<sup>1</sup> Es sei ihm nun völlig klar, daß Frankreich es nicht ungern sieht, wenn die Bundesrepublik aus dem Osten angegriffen wird, Frankreichs Stellung eben anders sei (beide Länder sind nicht austauschbar, auch nicht in der Geographie). Dies bedeute sehr begrenzte Kooperation in Osteuropa und das Ende seiner Vorstellung, daß von den drei Verbündeten allein Frankreich aus seinem Konzept heraus für die Wiedervereinigung sei.

Er stehe vor den Trümmern seiner Frankreichpolitik. Frankreich habe sich zu einem taktischen Faktor der Innenpolitik reduziert. Die Frage, was nun ge-

<sup>1</sup> Staatspräsident de Gaulle hielt sich am 27./28. September 1968 zu Konsultationsbesprechungen in Bonn auf. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Kiesinger vgl. Dok. 312, Dok. 314 und Dok. 318.



schehen solle, findet keine Antwort. Zunächst wird es wohl noch nicht bemerkt werden.

Der General hat sogar angedeutet, daß er in bezug auf die Anerkennung der DDR auch anders könne. Zusammenarbeit mit ihm gebe es, wie mit den Russen, nur zu seinen Bedingungen.

Zwei Punkte habe der Kanzler begriffen: Die Friedenspolitik muß fortgesetzt werden. Wir wollen und können nur etwas bekommen von den Russen. Sein vorherrschendes Gefühl gegenüber den Russen sei Angst. In diesem Punkte sei seine Phantasie lebhaft und Grund zu mancher plötzlichen Besprechung.

[Bahr]<sup>2</sup>

Archiv der sozialen Demokratie, Depositum Bahr, Box 399

### 323

#### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete

II A 7-81.03/0-4263/68 geheim

1. Oktober 1968<sup>1</sup>

Betr.: Kabinettsitzung am 2. Oktober 1968;

hier: Punkt 1 der Tagesordnung: Bericht des Bundesministers der Verteidigung über die militärische Lage nach dem sowjetischen Einmarsch in die ČSSR

I. Bundesminister Schröder beabsichtigt, in seinem Bericht über die militärische Lage nach der sowjetischen Intervention in der ČSSR auf den im Rahmen des „Arbeitsprogramms“ der NATO ausgearbeiteten Bericht des Ausschusses für Verteidigungsplanung: „Militärische Analyse und Beurteilung der Invasion der Tschechoslowakei durch den Warschauer Pakt“<sup>2</sup> einzugehen.

Das Kernstück dieses Berichts sind vier Empfehlungen, in denen die im Ausschuß für Verteidigungsplanung vertretenen Regierungen<sup>3</sup> aufgefordert werden, folgende Möglichkeiten der Verbesserung ihres Verteidigungsbeitrags zu prüfen:

- a) Anpassung der personellen Auffüllung der Einheiten, der Ausrüstung, der Ausbildung und der Friedensdislozierung an die NATO-Standards.
- b) Häufigere Rückkehr der in die Vereinigten Staaten und nach Großbritannien zurückverlegten Streitkräfte dieser beiden Länder nach Deutschland zum Zweck von Übungen.

<sup>2</sup> Vermuteter Verfasser der nicht unterzeichneten Aufzeichnung.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Behrends konzipiert.

<sup>2</sup> Für das Arbeitspapier DPC/D (68) 30 des Defence Planning Committee vom 26. September 1968 vgl. VS-Bd. 1079 (II A 7).

<sup>3</sup> Im Defence Planning Committee waren die NATO-Mitgliedstaaten mit Ausnahme Frankreichs vertreten.

c) Berücksichtigung der neuen Situation bei nationalen Entscheidungen über die Bereitstellung von Mitteln für die Verteidigung; Einsatz der verfügbaren Mittel zur Verbesserung der Abschreckung und der Verteidigungskraft der NATO.

d) Stärkere Nutzung des Reservisten-Potentials.

Nachstehend wird unter II. eine Stellungnahme zu diesen Empfehlungen vorgelegt. Die im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Verteidigung erteilte Weisung an die NATO-Vertretung zum Bericht des Ausschusses für Verteidigungsplanung vom 1. Oktober wird als Anlage 1<sup>4</sup> vorgelegt.

Abteilung II schlägt ferner vor, daß der Herr Bundesminister das Kabinett über die weiteren Ergebnisse des Arbeitsprogramms der NATO auf politischem Gebiet unterrichtet. Vorschlag für den Vortrag des Herrn Bundesministers wird als III. vorgelegt. Falls in der Kabinettsitzung keine Gelegenheit dazu ist, wird vorgeschlagen, daß der Herr Bundesminister diesen Vortrag in der Sitzung des Bundesverteidigungsrats am Donnerstag, dem 3. Oktober, verwendet.<sup>5</sup> Die Tagesordnung der BVR-Sitzung sieht einen Bericht des Herrn Bundesministers über die Ergebnisse der Beratungen in der NATO über die militärischen und politischen Folgen der Krise in der ČSSR vor.

II. 1) In der NATO besteht Einvernehmen darüber, daß die sowjetische Intervention in der ČSSR

- keine direkte militärische Bedrohung des NATO-Gebiets bedeutet,
- jedoch die militärische Lage in Europa zu Ungunsten der NATO verändert und die potentielle Bedrohung vergrößert hat. Im Vorfeld der Sowjetunion (Polen, „DDR“, ČSSR, Ungarn) stehen heute 42–44 sowjetische Divisionen anstelle von 26 Divisionen bis Anfang Mai.

Diese Verschiebung des sowjetischen militärischen Potentials nach Westen hat dazu geführt, daß die Streitkräfte des Warschauer Pakts heute leichter in der Lage sind, ohne Aufmarsch einen Überraschungsangriff gegen die Bundesrepublik Deutschland zu führen. Wir müssen damit rechnen, daß zumindest ein wesentlicher Teil der heute in der ČSSR stationierten 19–20 sowjetischen und 3–4 polnischen Divisionen für längere Zeit in der ČSSR bleibt.

2) Unter diesen Umständen ist es unvermeidlich, daß die NATO-Staaten Maßnahmen zur Verbesserung der NATO-Verteidigung treffen:

- aus militärischen Gründen: um auf die Verschiebung der militärischen Lage zu reagieren,
- aus politischen Gründen: um nicht den Eindruck bei der Sowjetunion entstehen zu lassen, daß die Zurückhaltung der Atlantischen Allianz in den letzten Wochen ein Zeichen der Schwäche ist,

<sup>4</sup> Dem Vorgang nicht beigefügt.

<sup>5</sup> Am 1. Oktober 1968 teilte das Bundeskanzleramt mit, Bundeskanzler Kiesinger habe entschieden, daß die für den 3. Oktober 1968 vorgesehene 30. Sitzung des Bundesverteidigungsrates am 3. Oktober 1968 nicht stattfinden werde, da infolge der Kabinettsitzung am 2. Oktober 1968 ein Teil der vorgesehenen Tagesordnungspunkte entfallen könne. Für das Rundschreiben vgl. VS-Bd. 1138 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1968.

- aus psychologischen Gründen: um zu verhindern, daß die Bevölkerung in Deutschland ihr Vertrauen in die Fähigkeit der NATO, ihre Sicherheit auch in der neuen Situation zu schützen, verliert.
- 3) Ob die sowjetische Intervention in der ČSSR eine Stärkung oder Schwächung der Allianz und ihrer Verteidigungskraft zur Folge haben wird, hängt weitgehend von der deutschen Haltung ab:
- Unsere europäischen NATO-Verbündeten werden nur dann verstärkte Verteidigungsanstrengungen in Erwägung ziehen, wenn die Bundesrepublik Deutschland, deren Sicherheit durch die sowjetische Besetzung der ČSSR am stärksten und unmittelbarsten tangiert ist, dazu bereit ist.
  - Die Vereinigten Staaten erwarten von ihren europäischen Verbündeten einen verstärkten Beitrag zur NATO-Verteidigung. Sie sind – nicht ohne Grund – der Ansicht, daß sie im Vergleich zu ihren europäischen Verbündeten einen unangemessen hohen Beitrag zur Verteidigung Europas leisten. Falls die Europäer ihre Verteidigungsanstrengungen verstärken, wird dies den Prozeß der Verminderung der amerikanischen militärischen Präsenz in Europa verlangsamen und möglicherweise vorübergehend zu einer Erhöhung dieser Präsenz – z. B. durch häufigere Rückverlegungen der Rotationsstreitkräfte – führen. Falls dagegen die europäischen NATO-Staaten zu keinen Opfern bereit sind, wird dies den Kräften in den Vereinigten Staaten, die für eine drastische Verminderung der amerikanischen Streitkräfte in Europa eintreten, neuen Auftrieb geben. Dies würde Tendenzen zu einer Abkehr von Europa und von der Atlantischen Allianz erheblich verstärken.
- 4) Eine Verstärkung der deutschen Verteidigungsanstrengungen im Sinne der Empfehlungen des Ausschusses für Verteidigungsplanung ist daher aus politischen ebenso wie aus militärischen Gründen notwendig. Es ist Sache des Bundesministeriums der Verteidigung, Vorschläge dazu vorzulegen. Das Schwergewicht sollte dabei weniger auf eine Erhöhung des Personalbestandes der Bundeswehr als auf Verbesserung der Qualität der Bundeswehr und auf stärkere Nutzung des Reservisten-Potentials gelegt werden. Vor allem sollten diese Maßnahmen, um sie in eine klare Beziehung zu der Besetzung der ČSSR durch sowjetische Truppen zu setzen, zu einer kurzfristigen Verstärkung der Bundeswehr führen und nicht erst in einigen Jahren wirksam werden. Falls diese Maßnahmen eine Erhöhung des Verteidigungshaushalts für 1969 erforderlich machen, sollte die Bundesregierung dies im Bundestag vorschlagen. Eine Erhöhung des Verteidigungshaushalts wird vermutlich schon deshalb erforderlich werden, weil dieser in Zukunft wahrscheinlich in verstärktem Maße Leistungen für den Devisenausgleich erbringen muß.
- 5) Auch zusätzliche deutsche Verteidigungsanstrengungen und eine eventuelle Erhöhung des Verteidigungshaushalts müssen in die Politik der Friedenssicherung, der Entspannung des Ost-West-Verhältnisses und der Überwindung des Ost-West-Gegensatzes eingebettet werden. Daraus ergeben sich eine Reihe von Kautelen:
- a) Eine lautstarke Plakatierung militärischer Maßnahmen und eine allzu sichtbare Verlagerung des Schwerpunkts der Allianz auf das militärische Gebiet würden es der Sowjetunion erleichtern, die Kohärenz des Warschauer Pakts zu stärken und ihre Verbündeten in noch stärkere Abhängigkeit von der

Sowjetunion zu bringen. Wir sollten daher klarstellen, daß militärische Maßnahmen der Allianz ausschließlich eine Reaktion auf die durch die sowjetische Intervention in der Tschechoslowakei veränderte militärische Situation sind.

b) Die Allianz sollte ferner ihre im Harmel-Bericht definierte zweite Aufgabe, für die Überbrückung des Ost-West-Gegensatzes und für eine Verminderung der Spannungen einzutreten, nicht in den Hintergrund treten lassen. Im Gegenteil sollte die fortdauernde Bereitschaft der NATO-Staaten unterstrichen werden, an Maßnahmen der Rüstungskontrolle und Abrüstung mitzuwirken und durch eine ausgewogene Verminderung der Streitkräfte zu einem Abbau der militärischen Konfrontation beizutragen. Die Allianz sollte allerdings auch klarstellen, daß erst der Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus der ČSSR die geeignete Grundlage für Verhandlungen mit dem Ziel ausgewogener Truppenvermindierungen wieder herstellen würde.

c) Für die Bundesrepublik Deutschland ist bei einer Erhöhung ihrer Verteidigungsanstrengungen die Gefahr nachteiliger Auswirkungen auf ihre Beziehungen zur Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten größer als bei anderen NATO-Staaten. Wir dürfen die Bemühungen der tschechoslowakischen Regierung, den Abzug zumindest des größeren Teils der Interventionsstreitkräfte durchzusetzen, nicht erschweren. Wir dürfen die Versuche der Sowjetunion, unter Berufung auf den angeblichen deutschen Militarismus den Warschauer Pakt zu stärken und die osteuropäischen Staaten in eine verstärkte Abhängigkeit hineinzuzwingen, nicht erleichtern. Wir können daher nur im Rahmen einer gemeinsamen Aktion handeln, in der nicht nur wir, sondern auch andere NATO-Partner ihren militärischen Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung verbessern und auf keinen Fall einseitig verringern.

### III. Vorschlag für Vortrag des Herrn Bundesministers:

1) Im Rahmen des Arbeitsprogramms der NATO, das der Untersuchung der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Auswirkungen der sowjetischen Intervention in der ČSSR dient, haben die zuständigen NATO-Gremien folgende Berichte ausgearbeitet:

a) Politische Auswirkungen der Krise in der Tschechoslowakei<sup>6</sup>

b) Militärische Analyse und Beurteilung der Invasion der Tschechoslowakei durch den Warschauer Pakt

c) Aspekte der Krisenbeherrschung<sup>7</sup>

d) Wirtschaftliche Aspekte der Krise in der Tschechoslowakei.<sup>8</sup>

Diese Berichte werden am 1., 2. und 4. Oktober vom Ständigen NATO-Rat erörtert werden.<sup>9</sup> Der NATO-Rat und – soweit der militärische Bericht betroffen

<sup>6</sup> Für den Bericht C-M (68) 43: „Political Implications of the Czechoslovakia Crisis“ des Politischen Ausschusses des Ständigen NATO-Rats vom 26. September 1968 vgl. VS-Bd. 1082 (II A 7).

<sup>7</sup> Für den Bericht C-M (68) 42: „Crisis Management Aspects of the Invasion of Czechoslovakia“ der „Operations and Exercise Co-Ordination Working Group“ des Ständigen NATO-Rats vom 25. September 1968 vgl. VS-Bd. 1082 (II A 7).

<sup>8</sup> Für den Bericht C-M (68) 44: „Economic Implications of Recent Events in Czechoslovakia“ des „Committee of Economic Advisers“ des Ständigen NATO-Rats vom 27. September 1968 vgl. VS-Bd. 1082 (II A 7).

<sup>9</sup> Mit Blick auf das Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten am 7. Oktober 1968 in New York notierte Ministerialdirektor Ruete am 5. Oktober 1968 für Bundesminister Brandt: „Der

ist – der Ausschuß für Verteidigungsplanung werden auf der Grundlage der Berichte Empfehlungen ausarbeiten, die der nächsten Ministerkonferenz der NATO vorgelegt werden.

Die Ergebnisse der Beratungen im NATO-Rat werden ferner bei dem Abendessen, das Außenminister Rusk den Außenministern der NATO-Staaten am 7. Oktober in New York geben wird<sup>10</sup>, eine erhebliche Rolle spielen. In New York wird insbesondere zu entscheiden sein, ob die routinemäßig Mitte Dezember stattfindende nächste Ministerkonferenz der NATO auf Anfang oder Mitte November vorverlegt wird. Die Amerikaner haben bisher eine Entscheidung über die Vorverlegung verhindert, weil sie der Ansicht sind, daß zunächst abgewartet werden soll, ob die gegenwärtig stattfindenden Beratungen im NATO-Rat zu Ergebnissen führen, die eine Vorverlegung der Konferenz rechtfertigen. Die Amerikaner erwarten insbesondere, daß die europäischen NATO-Partner zu zusätzlichen Verteidigungsanstrengungen bereit sind.

2) Der Bericht des Ausschusses für Verteidigungsplanung über die militärischen Auswirkungen der sowjetischen Intervention in der ČSSR ist bereits vom Herrn Bundesminister der Verteidigung erläutert worden.

3) Was den Bericht über die politischen Auswirkungen der Krise in der Tschechoslowakei anbetrifft, hat er einen anderen Status als der Bericht des Ausschusses für Verteidigungsplanung. Es handelt sich um einen Bericht des Vorsitzenden des Politischen Ausschusses, der die Regierungen nicht bindet. In den Beratungen im NATO-Rat wird es darum gehen,

- eine gekürzte Fassung des Papiers herzustellen, die als „Agreed paper“ die gemeinsame Beurteilung der Regierungen wiedergibt,
- aus dem Bericht Schlußfolgerungen und Empfehlungen zu destillieren, die den Ministern zur Zustimmung vorgelegt werden.<sup>11</sup>

4) Der Bericht weist eingangs zu Recht darauf hin, daß die tschechoslowakische Krise noch nicht beendet ist und daß daher jede Analyse nur vorläufiger Natur sein kann. Er kommt im ersten analytischen Teil zu der Feststellung, daß trotz negativer Effekte für den Warschauer Pakt die Sowjetunion ihren Zugriff auf Osteuropa gefestigt hat und daß die Aussichten auf eine polyzentrische Entwicklung in Osteuropa sich vermindert haben.

In einem zweiten Abschnitt behandelt der Bericht die politischen Auswirkungen der tschechoslowakischen Krise auf die Allianz. Das Auswärtige Amt hat

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1275*

NATO-Rat hat den Bericht über die politischen Auswirkungen der tschechoslowakischen Krise am 4. Oktober angenommen.“ Auch die Empfehlungen und damit das Kernstück des Berichts des Ausschusses für Verteidigungsplanung über die militärische Beurteilung der Intervention in der ČSSR seien angenommen und damit verbindlich. Allerdings sei der Bericht selbst nicht verabschiedet, „da noch Meinungsverschiedenheiten über Einzelheiten im analytischen Teil“ bestünden. Dagegen seien die beiden übrigen Berichte verabschiedet worden, die allerdings in den Gesprächen in New York voraussichtlich keine Rolle spielen würden. Vgl. VS-Bd. 2660 (D I); B 150, Aktenkopien 1968.

<sup>10</sup> Vgl. dazu Dok. 327.

<sup>11</sup> Am 5. Oktober 1968 teilte Ministerialdirektor Ruete Bundesminister Brandt mit, daß eine „stark verkürzte und zum Teil verwässerte“ Zusammenfassung des Berichts über die politischen Auswirkungen der Krise in der ČSSR erarbeitet werden konnte. Die Verabschiedung dieses „Summary“ sei allerdings „am Widerspruch der Franzosen“ gescheitert. Frankreich habe sich jedoch damit einverstanden erklärt, daß die Zusammenfassung als Grundlage der Diskussion der Außenminister in New York verwendet werde. Vgl. VS-Bd. 2660 (D I); B 150, Aktenkopien 1968.

mit der als Anlage beigefügten Weisung an die NATO-Vertretung Schlußfolgerungen und Empfehlungen zu diesem Abschnitt vorgeschlagen. Diese Schlußfolgerungen, die sich zum größten Teil wörtlich an den Inhalt des Berichts anlehnen, geben den wesentlichen Inhalt seines zweiten Abschnitts wieder.

In drei Punkten haben wir eine größere Präzisierung der Ausführungen des Berichts vorgeschlagen:

– (zu Ziff. 32 und 35:)

Die politische Krisenbeherrschung durch geeigneten Einsatz politischer und militärischer Maßnahmen im Fall einer indirekten Bedrohung des NATO-Gebiets (z.B. Angriff auf Jugoslawien) ist im Bericht nicht ausreichend behandelt.

– (zu Ziff. 38 und 39:)

Der Bericht unterscheidet nicht deutlich genug zwischen kurzfristigen und langfristigen Aspekten der Auswirkungen der sowjetischen Intervention in der ČSSR auf die Entspannungspolitik.

– (zu Ziff. 41:)

Zur weiteren Behandlung des Projekts der beiderseitigen Truppenverminderung haben wir eine klarere Aussage der Allianz vorgeschlagen.

Der Text des Berichts des Vorsitzenden des Politischen Ausschusses ist als Anlage beigefügt.<sup>12</sup>

5) Die beiden übrigen Berichte sind von geringerer Bedeutung.

a) Der Bericht über Aspekte der Krisenbeherrschung behandelt lediglich technische, administrative und Fernmelde-Probleme der Krisenbeherrschung in der NATO.

b) Der Bericht über die wirtschaftlichen Auswirkungen, der federführend vom Bundesministerium für Wirtschaft bearbeitet wird, beschränkt sich auf eine Analyse und enthält keine Schlußfolgerungen und Empfehlungen.

Hiermit über Referat L I und über den Herrn Staatssekretär<sup>13</sup> dem Herrn Bundesminister<sup>14</sup> vorgelegt.

Ruete

**VS-Bd. 1138 (II A 7)**

<sup>12</sup> Dem Vorgang nicht beigefügt. Vgl. Anm. 6.

Für eine Stellungnahme zu der überarbeiteten Fassung des Berichts vom 3. Oktober 1968 vgl. Dok. 346.

<sup>13</sup> Hat dem Vertreter der Staatssekretäre Duckwitz und Lahr, Ministerialdirektor Harkort, am 1. Oktober 1968 vorgelegen.

<sup>14</sup> Hat Bundesminister Brandt am 1. Oktober 1968 vorgelegen.

## Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bahr

PI 82.01-425/68 VS-vertraulich

1. Oktober 1968<sup>1</sup>

Betr.: Ostpolitik nach der Besetzung der ČSSR

1) Auch nach der Besetzung der ČSSR wird die deutsche Entspannungs- und Friedenspolitik weitergeführt, wie Bundeskanzler<sup>2</sup> und Außenminister<sup>3</sup> erklärt haben. Es stellen sich Fragen nach der Nützlichkeit oder Notwendigkeit von Modifikationen.

2) Unsere Ostpolitik ist zuweilen als Parallelität der drei Ebenen Sowjetunion – Zwischen-Europa – DDR definiert worden.

Dabei hatte – nach der Aktenlage ebenso wie nach dem Aufwand von Zeit und Energie – die Sowjetunion schon bisher die Priorität; nach ihr rangierte die DDR. Dennoch ist in der Öffentlichkeit – wahrscheinlich durch die Berichterstattung über die ČSSR unvermeidbar – der objektiv falsche Eindruck entstanden, als hätte die Politik der Bundesregierung sich vornehmlich auf Zwischen-Europa, insbesondere die ČSSR, konzentriert. Von Weizsäcker fand die Formulierung: Es sei eine Kritik ohne Vorwurf, daß objektiv die deutschen Bemühungen gegenüber der UdSSR nicht ausgereicht hätten.<sup>4</sup>

3) In den vergangenen Monaten hat sich erwiesen, daß das Verhalten der Bundesrepublik auf die Länder Zwischen-Europas einen stärkeren Einfluß ausübt als Frankreich. Dazu trägt auch die sowjetische Kampagne gegen die Bundesrepublik bei, die geographische Lage, die Politik der Großen Koalition, wobei die Beteiligung der SPD rational kaum meßbare Konsequenzen gehabt hat. Jedenfalls sind heute zwei Themen innerhalb der kommunistischen Parteien Osteuropas und zwischen ihren Staaten dominierend:

- a) Wert oder Unwert eines demokratischen Sozialismus,
- b) die Rolle der Bundesrepublik.

Die sowjetische Führung muß bei einer nüchternen Prüfung zu dem Ergebnis kommen, daß der Stellenwert der Bundesrepublik gewachsen ist, weil ihr politischer Einfluß auf das sowjetische Vorfeld größeres Gewicht hat als etwa die französische Force de frappe.

<sup>1</sup> Durchdruck.

<sup>2</sup> Vgl. dazu die Äußerungen des Bundeskanzlers Kiesinger vom 25. August 1968; Dok. 273, Anm. 8.

<sup>3</sup> Vgl. dazu die Erklärung des Bundesministers Brandt vom 22. August 1968; BULLETIN 1968, S. 884f.

<sup>4</sup> Am 17. September 1968 führte der Physiker und Philosoph Carl Friedrich von Weizsäcker gegenüber Ministerialdirektor Bahr aus, daß „unabhängig von dem andersartigen Eindruck, der in der Öffentlichkeit entstanden sein“ möge, die Kritik vorgebracht werden könne, „eine Entspannungspolitik gegenüber der Sowjetunion habe mit größerer deutscher Bereitschaft zu Zugeständnissen geführt werden müssen, um Erfolg zu haben“. Da diese Zugeständnisse nicht erbracht worden seien, sei „geschichtlich dieser Anlauf gescheitert“. Weizsäcker betonte, es gehe darum, „der Sowjetunion in ihrer Position der Schwäche eine Hilfe zu geben und damit den Durchbruch zur Versöhnung zu erreichen.“ Für die Gesprächsaufzeichnung vom 24. September 1968 vgl. Ministerbüro, Bd. 353.

4) Für das sowjetische Interesse steht das Verhältnis zu den USA weiterhin an erster Stelle. Dieser Stellenwert ist weder durch die Bundesrepublik noch Frankreich oder eine europäische Kombination zu ersetzen.

Das erkennbare Bemühen der Sowjetunion, die Bundesrepublik zu schwächen oder möglichst zu isolieren, wird durch ihr Interesse begrenzt, daß dadurch keine ernste Beeinträchtigung ihres Verhältnisses zu den USA erfolgen sollte.

Es ist nicht erkennbar, warum die Sowjetunion den Versuch machen sollte, die Bundesrepublik „zu gewinnen“ statt zu isolieren.<sup>5</sup>

5) Das Hauptziel der sowjetischen Europapolitik ist die Sicherung und Legalisierung des Status quo.

Die deutsche Politik erstrebt ausgesprochen, zuletzt durch den Bundeskanzler, die Veränderung des Status quo. Es handelt sich hier um einen echten Gegensatz der Interessen.

Es gehört zu der Stärke der sowjetischen Position, daß – von verbalen Ausnahmen abgesehen – keine Staatengruppe sich für die Veränderung des Status quo einsetzt: Weder unsere Verbündeten, noch neutrale Länder oder die Staaten Zwischen-Europas.

Eine Politik, die ausgesprochenermaßen den Status quo verändern will, führt automatisch zu einer Kohärenz des sowjetischen Blocks und in die Gefahr der Isolierung der Bundesrepublik.

Die Begründung der Besetzung der ČSSR (die Sowjetunion werde niemals zulassen, daß ein Glied aus der Kette der sozialistischen Staaten gebrochen werde) und die Nicht-Reaktion des Westens darauf werden sich mittelfristig zugunsten der DDR auswirken.<sup>6</sup>

6) Die Überlegung, ob die Bundesregierung Prioritäten ihrer Ostpolitik neu setzen sollte, kann sich auf zwei Alternativen beschränken, da die dritte – in bezug auf die DDR wegen ihres genuinen Interesses an der Separation – ausscheidet.

Den Ländern Zwischen-Europas die Priorität geben zu wollen, würde, selbst von den realen Machtgegebenheiten abgesehen, auf die nach der Besetzung der ČSSR beschränktere Handlungsmöglichkeit und größere Vorsicht dieser Länder treffen. Eine derartige Politik würde darüber hinaus Gefahrenmomente mit sich bringen, die als solche auch von unseren Verbündeten gesehen werden und uns die bisherige moralische Unterstützung unserer Ostpolitik kosten können. Unsere Politik des Angebots, bei dem die einzelnen Länder selbst das Tempo der Entwicklung bestimmen, sollte jedoch fortgesetzt werden.

Die sich theoretisch daraus ergebende Folgerung, der Sowjetunion die Priorität zuzuweisen, führt praktisch dazu, um die Wiederbelebung eines deutsch-sowjetischen Gesprächs bemüht zu sein. Dieses Gespräch würde heute unausweichlich zu einer Wiederholung der bekannten sowjetischen Forderungen führen. Wenn die Bundesregierung ihre in der Note vom 9. April<sup>7</sup> formulierten Standpunkte (dazu käme der NV-Komplex) wiederholen würde, wäre dies au-

<sup>5</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Duckwitz hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

<sup>6</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Duckwitz hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut vgl. DzD V/2, S. 570–575. Vgl. dazu auch Dok. 121.



tomatisch das Ende des Gesprächs. Die Blockierung unseres Verhältnisses zur Sowjetunion, die damit eintreten würde, würde aber auch weitgehend die Bemühungen der Länder Zwischen-Europas blockieren, ihren Interessen folgend die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland möglichst zu normalisieren.

Der auch angesichts der innenpolitischen Situation in der Bundesrepublik naheliegende Attentismus läuft unseren Interessen zuwider: Da wir und nicht die Sowjetunion den Status quo abwandeln wollen, läuft politische Inaktivität in unserem Verhältnis zur Sowjetunion oder seine Blockierung auf eine Stärkung des Status quo hinaus. Die Bundesrepublik würde im Grunde den Interessen Moskaus – und noch mehr Ulbrichts – entgegenkommen, wenn sie entweder Zeit zur weiteren Konsolidierung des Status quo gibt oder durch verstärkten Protest gegen ihn der Sowjetunion die Vorwände liefert, die Klammern um das sowjetische Glacis noch zu verstärken.

Unsere Forderungen nach einer Überwindung des Status quo erzeugen Alternativen, die – entgegen unserer Absicht – den Status quo festigen.

7) Daraus folgert die Überlegung, ob es der Durchsetzung unserer Interessen, den Status quo zu überwinden, nicht am dienlichsten wäre, einige Elemente des Status quo zu akzeptieren. Dafür könnte die Erfahrung sprechen, daß in der Geschichte eine Fixierung des Status quo ihn noch niemals erhalten hat.

Dazu könnte die Erklärung genügen, die DDR sei ein Staat. Eine derartige Erklärung würde keine völkerrechtliche Anerkennung bedeuten. Sie sollte hauptsächlich das Ergebnis deutsch-sowjetischer Verhandlungen sein.

Mit einer derartigen Erklärung würden wir der Sowjetunion und der DDR den Kern ihrer Vorwürfe gegen uns nehmen.<sup>8</sup>

Unsere Politik des Gewaltverzichts würde sofort neue Ansatzpunkte erhalten.

Eine solche Politik ist nicht sinnvoll, solange die deutsche Unterzeichnung des NV-Vertrages offen ist.<sup>9</sup>

Wir sollten es ablehnen, mit der Sowjetunion über Oder-Neiße- und Münchener Abkommen zu sprechen.<sup>10</sup> Bilaterale Verhandlungen darüber würden selbst bei einer deutschen Bereitschaft zu weitgehenden Zugeständnissen einen erodierenden Effekt im sowjetischen Einflußbereich haben. Wir sollten daher beide Themen für absehbare Zeit nicht weiterverfolgen.<sup>11</sup>

8) Wenn den politischen Überlegungen im Prinzip gefolgt wird, wären sorgfältige operative Ausarbeitungen erforderlich, die mit unseren Verbündeten abzustimmen wären.

Dazu ist um so mehr Zeit, als mit Sicherheit davon auszugehen ist, daß Moskau ein deutsch-sowjetisches Gespräch, das ein Unruhefaktor im Block ist, un-

<sup>8</sup> Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär Duckwitz handschriftlich: „Kaum. Die Anerkennung ist das Entscheidende.“

<sup>9</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Duckwitz hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „[richtig].“

<sup>10</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Duckwitz hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Gerade das sind aber zwei wesentliche Momente des Status quo.“

<sup>11</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Duckwitz hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

ter allen Umständen ablehnen muß, solange die ČSSR ein Unruhefaktor bleibt.<sup>12</sup>

Nach einer relativen Konsolidierung der ČSSR hingegen ist mit einer Art von „Friedensoffensive“<sup>13</sup> der Sowjetunion zu rechnen, die das Ziel hätte, das politisch verlorene Terrain zurückzugewinnen. Dies wäre der Augenblick, um eine vorbereitete deutsche Initiative zu starten.

Es hat sich gezeigt, daß die in früheren Jahren mit Mißtrauen betrachtete Politik einer deutschen Annäherung an die Staaten Osteuropas große Erfolge im Sinne der Erosion der sowjetischen Interessensphäre bei Einsatz kleiner Mittel erzielt hat. Bei Einsatz stärkerer Mittel müßten auch die Folgen stärker sein.

Diese Überlegungen sollen als Diskussionsgrundlage verstanden werden.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>14</sup> dem Herrn Bundesminister<sup>15</sup> vorgelegt.

Bahr

VS-Bd. 11573 (Planungsstab)

## 325

### Gesandter Limbourg, Paris, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-15898/68 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 2371  
Cito

Aufgabe: 1. Oktober 1968, 18.10 Uhr  
Ankunft: 2. Oktober 1968

Betr.: Deutsch-französische Gespräche über ELDO-Krise und europäische Träger-Fragen

Die Minister Stoltenberg und Galley hatten hierüber gestern ein über einstündiges Gespräch unter vier Augen.<sup>1</sup>

Im Anschluß daran fand eine Besprechung der Delegationen unter Vorsitz der Minister statt.

Es ist dabei nicht gelungen, eine materielle Einigung zu erzielen. Zur Sache wurden die bekannten beiden Standpunkte wiederholt: Frankreich möchte offenbar die britische Entscheidung, keine Mehrkosten zu übernehmen<sup>2</sup>, dazu

<sup>12</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Duckwitz durch Fragezeichen hervorgehoben.

<sup>13</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Duckwitz hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Wir sind mitten drin.“

<sup>14</sup> Hat Staatssekretär Duckwitz am 7. Oktober 1968 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „W[ieder]v[orlage] 11.X.“.

<sup>15</sup> Eine weitere Ausfertigung hat Bundesminister Brandt am 7. Oktober 1968 vorgelegen. Vgl. VS-Bd. 11573 (Planungsstab).

<sup>1</sup> Das Gespräch fand im Rahmen der ELDO-Ministerkonferenz am 1./2. Oktober 1968 in Paris statt.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Dok. 144, Anm. 9.

benutzen, um das laufende ELDO-Programm möglichst bald abzubrechen. Das Programm soll dann in ein neues übergeführt werden, dessen Ziel wäre, die „Blue Streak“ als erste Stufe eines europäischen Trägers durch eine neue, von dem geplanten französischen Träger 95 ausgehende erste Stufe zu ersetzen.

Zu diesem Zweck strebt die französische Seite eine weittragende Reorganisation der ELDO unter neuer personeller Leitung an, zugleich als Ausgangspunkt für ein späteres Ausscheiden Großbritanniens nach 1970. Eine möglichst baldige deutsch-französische Einigung über dieses neue ELDO-Konzept soll den politischen Kern dafür bilden, daß sich Italien, die Niederlande und Belgien gleichfalls zu einer Beteiligung an der reformierten ELDO und einem neuen Programm bereitfinden.

Deutschland ist hingegen an der Vollendung des laufenden ELDO-Programms stark interessiert und kann das finanzielle und politische Risiko eines Ersatzprogramms für die „Blue Streak“ ohne Beteiligung Großbritanniens erst erwägen, wenn bei der Ausführung des gegenwärtigen ELDO-Programms Erfolge sichtbar werden. Wir möchten außerdem Großbritannien aus seinen laufenden Verpflichtungen zur Finanzierung des ELDO-Programms (40 Millionen Dollar) nicht entlassen, indem wir einer Beendigung des jetzigen Programms zustimmen.<sup>3</sup> Wir sind jedoch bereit, uns Gedanken über eine Reorganisation der ELDO für den Fall des Ausscheidens Großbritanniens nach 1970 zu machen und darüber mit den anderen ELDO-Partnern, besonders mit Frankreich, vorbereitende Gespräche zu führen. Hierbei möchten wir uns jedoch nicht drängen lassen.

Unter diesen Umständen bot sich nur eine Einigung über die einzuschlagende Prozedur an. Es wurde vereinbart, vor der europäischen Weltraumkonferenz in Bonn im November 1968<sup>4</sup> wiederum deutsch-französische Konsultationen abzuhalten, um ein gemeinsames Vorgehen im Licht der Ergebnisse der heutigen und morgigen ELDO-Ministerkonferenz abzusprechen. Dabei sollen die beiderseitigen Auffassungen über die Reorganisation der ELDO und ein Ersatzprogramm zur Entwicklung einer europäischen Trägerkapazität geprüft werden.

<sup>3</sup> Mit Blick auf die ELDO-Ministerkonferenz am 1./2. Oktober 1968 in Paris erläuterte Ministerialdirigent von Staden der Botschaft in Paris am 27. September 1968 die unterschiedlichen deutschen und französischen Standpunkte: „Frankreich ist der Auffassung, daß die britische ‚Blue Streak‘ nicht Grundlage eines unabhängigen europäischen Trägerprogramms sein kann, und möchte sie daher möglichst bald durch eine neue europäische Rakete, die von den EWG-Staaten gemeinsam entwickelt und finanziert werden könnte, ersetzen. Dieser neue Träger könnte jedoch frühestens ab 1974 einsatzbereit sein, so daß von 1971 bis 1974 auf amerikanische Träger zurückgegriffen werden müßte, um eine europäische Kapazität für Nutzsatelliten zu entwickeln. Diese Abstützung auf amerikanische Trägerraketen wird von Frankreich als Ausnahme erwogen“. Die Bundesrepublik sei demgegenüber an der Fortsetzung des Projekts interessiert, „weil in dessen Rahmen die drei Stufen der Trägerrakete ‚Europa II‘ erprobt werden, darunter die dritte, deutsche Stufe. [...] Man solle daher an dem Programm festhalten, selbst wenn Großbritannien bei seiner Haltung bleibe und es ablehne, seinen Anteil an den Mehrkosten zu tragen. Die daraus entstehenden zusätzlichen Mittel sollten von den übrigen Staaten, einschließlich Frankreich und Deutschland, anteilmäßig übernommen werden (Auf beide Länder entfielen im äußersten Falle je 100 Mio. DM).“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 4269; VS-Bd. 2868 (I A 6); B 150, Aktenkopien 1968.

<sup>4</sup> Die Europäische Konferenz über Weltraumforschung fand vom 12. bis 14. November 1968 statt. Es wurde beschlossen, bis zum 1. Oktober 1969 einen Konventionsentwurf für eine einheitliche Organisation für Weltraumforschung und Raketenbau auszuarbeiten, in der ELDO und ESRO, die „European Space Research Organization“, aufgehen sollten.

Danach soll auf einer weiteren deutsch-französischen Besprechung Ende 1968 oder Anfang 1969 versucht werden, eine Einigung zu erzielen.

[gez.] Limbourg

VS-Bd. 2672 (I A 1)

326

**Botschafter von Lilienfeld, z. Z. Washington,  
an Bundeskanzler Kiesinger**

5. Oktober 1968

Hochverehrter Herr Bundeskanzler!

Da Sie Ihre Entscheidung über die Besetzung der Botschaft Washington<sup>1</sup> wohl bald fällen müssen, darf ich Ihnen heute einen Zwischenbericht schicken, ehe ich Ihnen persönlich in Bonn berichten kann. Nach meinen Gesprächen der ersten Woche hier mit einer Reihe von Persönlichkeiten aus der gegenwärtigen und aus früheren Regierungen, Abgeordneten, Senatoren, Journalisten und Privatleuten muß ich Ihre Sorge über die hiesige Situation leider nur bestätigen: Die innere Zerrissenheit und tiefe Gespaltenheit des ganzen Volkes hat in den zwei Monaten seit meiner Abreise<sup>2</sup> noch zugenommen, ebenso das Gefühl der Ausweglosigkeit aus den großen Problemen Vietnam, innerer Unsicherheit und Negerfrage. Die Regierung bietet mehr und mehr ein Bild der Ratlosigkeit – trotz einiger ganz fester Erklärungen der letzten Zeit zu Deutschland und Berlin<sup>3</sup>, die wohl auf die Vorstellungen von Herrn Birrenbach<sup>4</sup> zurückgehen. Johnson vermittelt seit langem nicht mehr den Eindruck zielbewußter Führung, und sein Ansehen ist wohl noch tiefer gesunken; die einzelnen Minister und hohen Beamten befassen sich in erster Linie mit Plänen für ihre eigene Zukunft nach den Wahlen, die Kongreßmitglieder mit ihrer Wiederwahl. Die wirtschaftliche Lage ist eher noch schwieriger geworden, die Frage der Zahlungsbilanz macht nicht nur den Fachressorts zunehmende Sorge. Die Ten-

<sup>1</sup> Mit Schreiben vom 14. Februar 1968 bekräftigte Botschafter Knapstein, Washington, gegenüber Bundeskanzler Kiesinger die Absicht, nach den amerikanischen Präsidentschaftswahlen im November 1968 die Versetzung in den Ruhestand zu beantragen. Gleichzeitig bat er darum, dieses Vorhaben, das er bislang auf Wunsch von Kiesinger mit niemandem erörtert habe, mit Staatssekretär Duckwitz bei dessen für den 25. Februar 1968 geplanten Aufenthalt in Washington besprechen zu dürfen. Vgl. Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Nachlaß Kiesinger, Box A.005; B 150, Aktenkopien 1968.

<sup>2</sup> Der frühere Gesandte an der Botschaft in Washington überreichte am 29. August 1968 Schah Reza Pahlavi sein Beglaubigungsschreiben als Botschafter in Teheran.

<sup>3</sup> Vgl. dazu die Äußerungen des Präsidenten Johnson vom 30. August und vom 10. September 1968; Dok. 297, besonders Anm. 4 und 5.

Vgl. dazu auch die Ausführungen des amerikanischen Außenministers Rusk am 3. Oktober 1968 vor der UNO-Generalversammlung; Dok. 332, Anm. 1.

<sup>4</sup> Der CDU-Abgeordnete Birrenbach hielt sich vom 7. bis 13. September 1968 in Washington auf. Vgl. dazu Dok. 291, Dok. 297 und Dok. 305.

denz, sich mehr auf die eigenen Sorgen zu konzentrieren, hat noch zugenommen, desgleichen der Wunsch, die als zu hoch empfundenen weltweiten Verpflichtungen politischer, militärischer und wirtschaftlicher Art nach Möglichkeit abzubauen – zumal man das Gefühl hat, von den Verbündeten hierbei nicht genügend entlastet zu werden. Die allgemeine Malaise ist groß und nimmt noch zu – das Phänomen Wallace, eine amerikanische NPD, ist hierfür kennzeichnend. Eine für dieses bisher von einem ununterdrückbaren Optimismus beseelte Volk ganz neue Hoffnungslosigkeit ist zu spüren, die seine moralische Kraft und den Glauben an sich selbst schwächt. Vietnam läßt weiterhin jede andere Aktionsmöglichkeit – wenn auch McNamara mir wiederum sein altes Rezept als Verteidigungsminister versichert hat: daß die USA stark und reich genug seien, ihre Verpflichtungen in Ostasien und in Europa wahrzunehmen. Sie sind es aber nicht – selbst wenn für sie eine offene Grenzverletzung der Bundesrepublik durch die Russen immer noch ein *casus belli* wäre, würden sie m. E. bei einem etwas weniger offenen Vorgehen gegen Berlin im bisherigen Salamistil eben doch nicht kraftvoll reagieren und uns oder der NATO den ersten Schritt überlassen. Im Hinblick auf Berlin mache ich mir überhaupt die größte Sorge – wenn einem auch das Gegenteil versichert wird, so kann ich doch den Verdacht nicht ganz loswerden, daß man sich entweder zu sehr in Sicherheit wiegt oder aber in weiten Kreisen – vor allem auch der jüngeren Politiker – sich doch mit einem allmählichen Absterben Berlins abfinden würde oder sich innerlich bereits mit einem solchen möglichen Verlust Berlins abgefunden hat. Das Beleben alter Pläne der Kennedy-Zeit, wie etwa der internationalen Zugangsbehörde<sup>5</sup>, der Verlegung von Einrichtungen der Vereinten Nationen nach Berlin, oder etwa der Gedanke des Senators Pell eines Korridors durch die Zone, wäre vielleicht propagandistisch gar keine schlechte Idee – um zumindest das Interesse der USA wachzuhalten. Schiller hat mit seinem Appell für Berlin als Tagungsort des Internationalen Währungsfonds<sup>6</sup> einen großen Erfolg errungen.

Keiner der beiden Präsidentschaftskandidaten ist stark genug, diese Misere zu überwinden und das Land zu einigen. Die innere Zerrissenheit und Unzufriedenheit werden bleiben, eher noch zunehmen, desgleichen die Gefahr einer zunehmenden Entfremdung von Europa. Humphrey ist für mein Gefühl zu schwach und hat nach den letzten Umfragen wohl auch nur wenig Chancen. Ball würde zwar ein guter und erfahrener, Europa sehr zugewandter Außenminister sein, aber doch durch die Mittelmäßigkeit H[umphreys] und den bei den Demokraten besonders ausgeprägten Wunsch nach einem Arrangement mit den Russen sehr gehemmt sein. Nixon wäre für uns und Europa wohl besser, besonders wenn Rockefeller Außen- oder Verteidigungsminister werden

<sup>5</sup> Zum amerikanischen Vorschlag vom 9. April 1962 vgl. Dok. 218, Anm. 4.

<sup>6</sup> Zur Bewerbung von Berlin (West) als Tagungsort für die Jahresversammlung der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds 1970 vgl. Dok. 287, Anm. 8 und 9.

Am 1. Oktober 1968 führte Bundesminister Schiller auf der Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank in Washington aus: „Wenn ich jetzt zu unserer Tagesordnung komme, so möchte ich mit einem besonderen Punkt beginnen: der Bestimmung des Ortes für die Jahresversammlung 1970. Die deutsche Regierung würde es sehr begrüßen, wenn die Stadt Berlin Gastgeber dieser Versammlung sein könnte. Als früherer Wirtschaftssenator dieser Stadt kann ich Ihnen versichern, daß Berlin eine moderne und lebendige Stadt mit einer warmen und gastfreundlichen Atmosphäre mit reichem Kulturleben ist.“ Vgl. BULLETIN 1968, S. 1093.

sollte. Dieser hat in den letzten Monaten viel politischen Realismus und Verständnis gerade auch für unsere Lage gezeigt. Auch wäre von einer republikanischen Regierung wohl eine nüchternere Haltung Moskau gegenüber zu erwarten – dagegen sicher auch eine konservativere Finanzpolitik, was eine noch stärkere Betonung der Offset-Frage mit neuen Forderungen an uns bedeuten würde.

Ich habe – ähnlich wie Herr Birrenbach – überall großes Verständnis für unsere Sorgen gefunden und für den Wunsch nach einer stärkeren amerikanischen Präsenz in und energischerem Eintreten für Europa. Die gestrigen Maßnahmen im NATO-Rat<sup>7</sup> sind z. T. Ausdruck dieser Erkenntnis. Man sieht durchaus ein, daß wir den NV-Vertrag jetzt nicht zeichnen können. Auch ist man sich klar darüber, daß die amerikanische Position in Europa infolge der Ereignisse in der Tschechei erhebliche Einbußen erlitten hat und sich die Machtverhältnisse in Europa in den Augen vieler erschreckend zugunsten der Sowjets verändert haben. Wenn auch Johnson aus persönlichen Gründen an der Idee eines Treffens mit Kossygin festzuhalten scheint, so halte ich es kaum für realisierbar. Unsere Furcht vor weiteren Schritten der Russen wird verstanden, obschon man mit einem offenen Angriff auf die Bundesrepublik nicht rechnet. Aber das peinliche Gefühl, Moskau vor seiner Invasion der Tschechei nicht genügend und in aller Öffentlichkeit gewarnt und damit indirekt vielleicht sogar ein wenig ermutigt zu haben, ist weit verbreitet. Man hört allerdings auch vielfach die Meinung, die Russen hätten gar nicht anders handeln können.

Für die weitere Haltung der USA wird es entscheidend sein, was die Europäer – und vor allem wir – selber tun. Eine Erhöhung der amerikanischen NATO-Beiträge, Entsendung weiterer Truppen usw. wird im Kongreß – trotz Tschechenkrise – auch weiterhin nur dann durchzusetzen sein, wenn die Regierung auf verstärkte Anstrengungen der Europäer verweisen kann. Dies ist mir sowohl von Regierungs- wie von führender republikanischer Seite immer wieder gesagt worden. Was Johnson Ihnen so eindringlich vor einem Jahr vorhielt<sup>8</sup>, hat heute noch mehr Geltung. Jeder weist auf unsere „blühende Volkswirtschaft“ (Walt Rostow) hin und darauf, daß wir ja selbst unsere Besorgnis über die Bedrohung Europas unglaublich erscheinen ließen, wenn wir nicht bereit seien, für unsere eigene Sicherheit größere Opfer zu bringen. Psychologisch sehr wichtig ist ebenfalls, daß hier nicht der Eindruck entsteht, wir ließen es zu, daß Frankreich jeden Fortschritt im europäischen Bereich, aber auch jede militärische Stärkung der NATO blockiert.

Eine andere Gefahr, über die ich mir bisher gar nicht so klargeworden bin, liegt darin, daß die Generation der noch aus Tradition oder eigener Tätigkeit mit Europa und besonders Deutschland eng verbundenen großen politischen Persönlichkeiten allmählich abtritt und die jüngere politische Führungsschicht diese Verbindung nicht oder nur weit weniger kennt. Hier müßten wir noch mehr Kontakt mit der amerikanischen Jugend, mit Universitäten und den großen Stiftungen suchen, die Stipendien und Austausch vermitteln.

<sup>7</sup> Zur Diskussion im Ständigen NATO-Rat über die nach der Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der CSSR ausgearbeiteten Berichte vgl. Dok. 323, besonders Anm. 9.

<sup>8</sup> Vgl. das Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Präsident Johnson am 16. August 1967 in Washington; AAPD 1967, II, Dok. 303.

In dieser Lage kommt daher jetzt der Frage unserer Vertretung in den USA, auch für die Sicherung unserer eigenen unmittelbaren Zukunft, entscheidende Bedeutung zu. Die Beziehungen werden starken Belastungen, der Gefahr von Mißverständnissen, divergierenden Interessenlagen u. dgl. weit mehr ausgesetzt sein als bisher. Wir sollten daher den besten Mann schicken, den wir überhaupt haben – schon um der überragenden Bedeutung, die wir z. Zt. dem Verhältnis zu den USA beimessen, auch äußerlich sichtbar, Ausdruck zu verleihen. Ein „gewöhnlicher“, noch so guter Botschafter kann diese Situation kaum meistern – um so weniger, als wir eigentlich z. Zt. keine „großen“ Botschafter haben. Es müßte m. E. eine Persönlichkeit sein – für eine Übergangszeit von vielleicht zwei Jahren – die großes Vertrauen in den USA genießt und hier überall Zugang hat, auch beim Präsidenten, die gleichzeitig aber auch im politischen Leben bei uns eine angesehene und einflußreiche Rolle spielt, beruflich unabhängig ist und – last not least – vor allem auch Ihr persönliches Vertrauen genießt und jederzeit direkten Zugang zu Ihnen hat. Letzteres ist mit entscheidend. Wenn Sie, was ja wohl kaum denkbar sein wird, nicht jemanden wie Herrn Carstens schicken wollen, so wäre der einzige, der diese Voraussetzungen weitgehend erfüllt, wohl Herr Birrenbach (vielleicht in gewissem Maße auch Herrn Leisler Kiep, der aber viel jünger ist). Ich bin sicher, daß Birrenbachs Entsendung als Botschafter von amerikanischer Seite als Zeichen besonderen Interesses und als große Auszeichnung sehr begrüßt werden würde. Bei meinem Gespräch mit ihm in Düsseldorf voriger Woche hatte ich den Eindruck, daß er sich einem solchen zeitlich begrenzten Auftrag von Ihnen nicht verschließen würde, wenn es möglich wäre, seine Basis im Bundestag zu erhalten.<sup>9</sup>

Ich werde um den 16.10. wieder in Bonn sein und mir erlauben, mich bei Ihnen zu melden. Das Auflösen hier ist doch weit schwieriger und zeitraubender als ich gedacht hatte – vor allem, auch für meine Frau eine zufriedenstellende Lösung zu finden. Viola sieht großartig aus, und die beiden Kleinen sind süß.

Eleanor Dulles war gerade bei mir, sie fliegt am 7. nach Berlin<sup>10</sup> und ist am 10.10. in Bonn. Sie soll eine der außenpolitischen Berater von Nixon werden, für Deutschlandfragen. Vielleicht könnten Sie oder Carstens sie kurz empfangen.

Mit den besten Empfehlungen und Grüßen, stets Ihr

Lilienfeld

<sup>9</sup> Am 5. November 1968 äußerte sich Botschafter von Lilienfeld, Teheran, erneut gegenüber dem Bundeskanzler zur Neubesetzung der Botschaft in Washington und wiederholte seinen Rat einer „temporären Beauftragung einer besonders profilierten Persönlichkeit mit großem Namen“. Bezugnehmend auf ein persönliches Gespräch mit Kiesinger fuhr er fort: „Ihre Bedenken gegen Herrn Birrenbach leuchten mir ein. Hingegen scheint mir Herr Abs, je länger ich darüber nachgedacht habe, trotz seines ‚Alters‘ doch sehr geeignet: Er hat die Weltkenntnis, Gelassenheit und den Humor und dabei doch die Festigkeit, die für die USA und gerade unsere jetzige Lage dort so notwendig sind; außerdem große praktische Erfahrung auch in der Menschenführung und starken Rückhalt in den – bei einem republikanischen Sieg – sicher besonders einflußreich werdenden amerikanischen Bankkreisen. [...] Sonst weiß ich keinen mehr, der infrage käme, – außer denen, die Sie gegenwärtig woanders nicht entbehren können.“ Vgl. Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Nachlaß Kiesinger, Box A.006; B 150, Aktenkopien 1968.

<sup>10</sup> Eleanor Lansing Dulles war Gast bei der Feier am 9. Oktober 1968 anläßlich der Übergabe des mit Hilfe der amerikanischen Benjamin-Franklin-Stiftung erbauten Klinikums an die Freie Universität Berlin.

Eben höre ich ein Gerücht, daß Schnippenkötter hier Botschafter werden solle, das hielte ich – bei allen seinen Verdiensten – für ganz schlecht.<sup>11</sup>

Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Nachlaß Kiesinger, Box A.006

## 327

**Botschafter Böker, New York (UNO), an das Auswärtige Amt**

Z B 6-1-16008/68 geheim  
Fernschreiben Nr. 1006  
Citissime

Aufgabe: 8. Oktober 1968, 14.00 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 8. Oktober 1968, 20.04 Uhr

Betr.: Abendessen der NATO-Außenminister auf Einladung Ruskus am Abend  
des 7.10.1968<sup>2</sup>

An dem Essen nahmen bis auf die Außenminister Portugals<sup>3</sup> und Islands<sup>4</sup> alle Außenminister, d. h. auch der kanadische Außenminister<sup>5</sup> sowie Generalsekretär Brosio teil.

Bei Tisch wurde Verständigung darüber erzielt, die nächste Ministerkonferenz vom 14. bis 16. November 1968 in Brüssel<sup>6</sup> stattfinden zu lassen, vorbehaltlich der ausstehenden Formalisierung durch den NATO-Rat.

Bei Tisch gab Brosio auf Veranlassung von Rusk einen Überblick über die in den vergangenen Wochen erzielten Ergebnisse des NATO-Arbeitsprogramms über die Auswirkung der Krise in der Tschechoslowakei auf die Allianz.<sup>7</sup> Nach Brosio äußerten sich BM Brandt, Stewart, Rusk, Debré und Pipinelis.

Die Ergebnisse des Arbeitsprogramms wurden überwiegend positiv beurteilt. Debré machte insofern einen Vorbehalt, als er davon ausging, es handele sich

<sup>11</sup> Am 31. Januar 1969 überreichte Rolf Friedemann Pauls sein Beglaubigungsschreiben als Botschafter in Washington.

<sup>1</sup> Hat den Vortragenden Legationsräten Hansen und Wimmers am 9. Oktober bzw. am 10. Oktober 1968 vorgelegen.

<sup>2</sup> Vgl. dazu auch FRUS 1964–1968, XIII, S. 768–774.

Rückblickend stellte Bundesminister Brandt zu diesem Treffen fest: „Im Herbst 1968 wurde in New York am Rande der UN-Vollversammlung – wir Deutsche blieben noch einige Jahre Zaungäste – bei ebenjener Sonderzusammenkunft der NATO-Außenminister die Lage nach den Prager Ereignissen erörtert. Man stellte fest, daß der schreckliche Vorgang, den wir nicht hatten verhindern können, als ein Rückfall in böse Formen von Aggression zu werten sei, daß aber gleichwohl am Kurs festgehalten werden müsse, und der hieß: Abbau der Ost-West-Spannungen. Daß über geringfügige Ergänzungen der militärischen Vorkehrungen gesprochen wurde, war bloße Optik, denn niemand glaubte, daß der Westen anders oder mehr bedroht sei als vor dem Einmarsch.“ Vgl. BRANDT, Erinnerungen, S. 180 f.

<sup>3</sup> Alberto Marciano Gorjão Franco Nogueira.

<sup>4</sup> Emil Jonsson.

<sup>5</sup> Mitchell Sharp.

<sup>6</sup> Vgl. dazu Dok. 377 und Dok. 384.

<sup>7</sup> Zum Stand der Diskussion in der NATO vgl. Dok. 323.



bei dem Bericht über die politischen Auswirkungen<sup>8</sup> mehr um eine Diskussionsgrundlage für die Ministerkonferenz im November. Zu einer möglichen Erklärung über das Fortbestehen der Allianz äußerten sich Stewart und Bundesminister positiv. Rusk sagte, die USA seien zu einer „Declaration of Intent“ gern bereit, während sie bei einer konstitutionellen Festlegung der neuen Regierung nicht vorgreifen könnten.

Luns hielt im Rahmen der sowjetischen Politik die Angriffe auf die Bundesrepublik Deutschland für besonders bedenklich. Man dürfe wohl leider auch nicht die Gefahr ausschließen, daß die Sowjets in Berlin „etwas probieren“ könnten. Bundesminister bezog die Interventionsdrohungen und die latente Gefahr für Berlin auf die Ausführungen des Berichts, die von der Notwendigkeit handeln, die Solidarität innerhalb der Allianz zu verstärken. Stewart wünschte eine klare Haltung aller Bündnispartner zu der fälschlichen Berufung der Sowjets auf die beiden UN-Artikel<sup>9</sup> ebenso wie zu Berlin. Rusk erinnerte an die beruhigenden Versicherungen, die ihm die Sowjets wegen Rumänien und Berlin gegeben hätten. Gromyko habe ihm gegenüber am Vortage dies in bezug auf Berlin wiederholt. Er gebe hiervon Kenntnis, wolle aber damit nicht sagen, daß man mehr in eine solche Erklärung hineinlegen dürfe, als sie wert sei.

Luns, Stewart und vor allem Rusk beschäftigten sich mit der neuen sowjetischen Doktrin, wie sie in dem bekannten Prawda-Artikel<sup>10</sup> und in Gromykos Rede vor den VN<sup>11</sup> zu Ausdruck gekommen ist. Rusk meinte, das von den Sowjets in Anspruch genommene Recht in bezug auf „sozialistische Länder“ sei „ohne geographische Begrenzung“, d. h. nicht auf den Warschauer Pakt beschränkt. Gromyko sei im übrigen nicht bereit gewesen, mit ihm über die Tschechoslowakei zu sprechen; die Sowjetunion sei nicht bereit, darüber mit irgendeiner anderen Regierung zu sprechen.

Stewart erörterte die Lage im Mittelmeer und betonte das Interesse der Allianz an Ländern, die weder der NATO noch dem Warschauer Pakt angehören. Auch Bundesminister wies darauf hin, daß die Drohungen gegen Jugoslawien ernstgenommen werden müßten. Der griechische Außenminister berichtete über die Vorlage, die Tito seinem Parlament mit Blick auf einen Volkskrieg nach Ausschalten der regulären Verteidigung unterbreitet habe. Er unterstrich ebenfalls, daß die NATO-Interessen nicht im engen Sinne durch die „legalen“ Grenzen des Vertragsgebiets der NATO limitiert sein könnten. Luns teilte mit,

<sup>8</sup> Für den Bericht C-M (68) 43 (Revised) vom 3. Oktober 1968 vgl. VS-Bd. 1082 (II A 7). Vgl. dazu auch Dok. 346.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der Artikel 53 und 107 der UNO-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. Dok. 39, Anm. 33.

<sup>10</sup> Für einen Auszug aus dem Artikel von S. Kovalev: „Suverenitet i internacional'nye objazannosti socialističeskich stran“ vgl. Dok. 312, Anm. 9.

<sup>11</sup> Der sowjetische Außenminister charakterisierte in seiner Rede vom 3. Oktober 1968 die Gemeinschaft der sozialistischen Staaten: „This commonwealth is an indissoluble whole, cemented together by indissoluble ties such as history has never known before.“ Gromyko führte weiter aus: „The Soviet Union deems it necessary to proclaim from this rostrum that Socialist states cannot and will not permit the vital interests of socialism to be infringed or encroachments to be made upon the inviolability of the frontiers of the socialist commonwealth and hence on international peace.“ Vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 23rd Session, Plenary meetings, 1679th meeting, S. 7. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 555–560 (Auszug).

seine Regierung werde den Empfehlungen des DPC<sup>12</sup> folgen, auch in Richtung auf Erhöhung des Verteidigungsbudgets. Bundesminister erläuterte die Haltung der Bundesregierung (siehe unten). Stewart erklärte, man dürfe sich nicht provozieren lassen, aber die Engländer seien bereit, neue Beiträge zur gemeinsamen Verteidigung zu leisten, vor allem im Mittelmeer. Pipinelis teilte mit, die griechische Regierung werde ihre Verteidigungsmaßnahmen erheblich verstärken, um die Abschreckungskraft des Bündnisses zu erhöhen. Bundesminister und Stewart äußerten übereinstimmend, es wäre gut, wenn alle Regierungen bis zur Novembertagung mitteilten, inwieweit sie den DPC-Empfehlungen zu folgen bereit und in der Lage sind. Rusk wies darauf hin, für die USA sei es von großer Bedeutung, was seitens der anderen NATO-Partner getan werde. Im übrigen fühle er sich durch die Brüsseler Erörterungen und Empfehlungen ermutigt.

Debré äußerte seine Zweifel darüber, ob die im Gang befindlichen Erörterungen eine angemessene „Replik“ auf das Vorgefallene seien. Er sehe bei dem bisher Erörterten eher Nachteile als Vorteile. Man müsse sich klarer darüber werden, worin die Gefahr eigentlich bestehe. Dann müsse man auch deutlicher sprechen über die Rolle, die die Vereinigten Staaten für die nukleare Verteidigung Europas zu übernehmen bereit seien. Wenn die sowjetische Aktion gegen die ČSSR, ohne moralische Entlastung, als defensiv zu charakterisieren sei, spreche viel dafür, alle möglichen Versuche zu unternehmen, um die Sowjets davon zu überzeugen, daß sie einen Irrtum begangen hätten. Außerdem wäre er sehr daran interessiert zu hören, was die Allianz tatsächlich zu tun gedenke, falls Jugoslawien angegriffen werde.

Bundesminister hatte im übrigen in seinem Beitrag darauf hingewiesen, daß die Maßnahmen der Allianz in einem Verhältnis zur Stärke und Dauer der sowjetischen Präsenz in der ČSSR stehen sollten. Die beiden fundamentalen Ziele der Allianz müßten aufrechterhalten bleiben. Hierzu hatte sich auch Brosio geäußert, ebenso darüber, daß die Detente im Prinzip unteilbar sei. Bundesminister fügte hinzu, daß die objektiv notwendigen besonderen Beziehungen der USA zur Sowjetunion in ein rechtes Verhältnis zur Stellung der USA innerhalb des Bündnisses gebracht werden müßten.

In diesem Zusammenhang betonte er auch die Bereitschaft der Bundesregierung an einer Verstärkung der europäischen Verantwortung innerhalb des Bündnisses mitzuwirken. Andere Minister äußerten sich dazu nicht.

Zur Verteidigungslage sagte Brandt, die Bundesrepublik Deutschland sei den Vorgängen in der ČSSR am nächsten, sie müsse aber aus allen bekannten Gründen nicht nur wachsam, sondern auch behutsam vorgehen. Deshalb sei die Bundesregierung entschlossen, solche Konsequenzen mitzutragen, die sich aus gemeinsamen Erörterungen innerhalb der Allianz ergeben. Dies gelte auch für Auswirkungen auf den Haushalt. In diesem Zusammenhang wies er auf den Vorbehalt zur mittelfristigen Finanzplanung<sup>13</sup>, auf die Bildung einer Ar-

<sup>12</sup> Für das Arbeitspapier DPC/D (68) 30 des Defence Planning Committee vom 26. September 1968 vgl. VS-Bd. 1079 (II A 7).

<sup>13</sup> Zu den Beschlüssen der Bundesregierung vom 4. September 1968 vgl. Dok. 301, Anm. 11. Am 25. September 1968 führte Bundeskanzler Kiesinger vor dem Bundestag aus, daß sich die NATO-Mitgliedstaaten „mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht der Notwendigkeit verschließen kön-

beitsgruppe zur Prüfung der Möglichkeiten des Devisenausgleichs und auf die bereits eingeleiteten Sofortmaßnahmen der Bundeswehr hin.

[gez.] Böker

VS-Bd. 2744 (I A 5)

328

**Bundesminister Brandt, z.Z. New York,  
an Staatssekretär Duckwitz**

**Z B 6-1-16015/68 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 1023**  
**Citissime**

**Aufgabe: 9. Oktober 1968, 00.15 Uhr**  
**Ankunft: 9. Oktober 1968, 06.10 Uhr**

Für StS<sup>1</sup>, D II<sup>2</sup> und Dg IIa<sup>3</sup>

Bitte auch sofort Bundeskanzler vorlegen

Betr.: Gespräch Brandt-Gromyko, New York 8.10.1968

Bundesminister Brandt führte am 8. Oktober 1968 von 14.45 bis 16.15 Uhr Gespräch mit Außenminister Gromyko im Gebäude der sowjetischen UNO-Mission New York. Gespräch verlief in sachlicher Atmosphäre ohne jede polemische Schärfe.

Teilnehmer außer den Ministern:

auf deutscher Seite: MD Bahr, Botschafter Böker, VLR Wilke;

auf sowjetischer Seite: W.S. Semjonow, Stellvertretender Außenminister, Botschafter A. G. Kowaljow, Mitglied Außenministeriums, W.U. Suchodrew, Beamter Außenministeriums.

Gesprächsverlauf:

Nachdem beide Minister begrüßt hatten, diese Möglichkeit der Begegnung zu haben, eröffnete Brandt:

Es gebe viele Probleme zwischen den beiden Ländern, die durch kürzliche Entwicklungen nicht leichter geworden seien.

Die Regierung der UdSSR habe hoffentlich verstanden, daß die Bundesregierung die bilateralen Beziehungen verbessern wolle. Brandt bezog sich auf

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1289*

nen, die Wirksamkeit ihrer Verteidigungsbeiträge zu verstärken. Die Bundesregierung hat daher darauf hingewiesen, daß die Ansätze zur mittelfristigen Finanzplanung für den Verteidigungsetat insofern unter einem Vorbehalt stehen.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 67, S. 10053.

<sup>1</sup> Hat Staatssekretär Duckwitz vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Ministerialdirektor Ruete am 31. Dezember 1968 vorgelegen.

<sup>3</sup> Ulrich Sahm.

Bundeskanzler am 25.9.1968<sup>4</sup>, eigene Rede am 26.9.1968<sup>5</sup> und Bundeskanzler am 6.10.1968<sup>6</sup>. Rede Gromykos vor der Vollversammlung am 3.10.1968<sup>7</sup> führe zu der Frage, auf welchen Gebieten UdSSR Beziehungen verbessern wolle und Zusammenarbeit beabsichtige.

Deutscher Botschafter in Moskau stünde zur Verfügung, um darüber Näheres zu erfahren.

Gromyko ging im Verlauf des Gesprächs auf diese „technisch-bilateralen“ Fragen nicht ein.

Brandt legte deutsche Position zum Gewaltverzicht dar unter Bezugnahme auf Note vom 9.4.1968<sup>8</sup>. Das sowjetische Papier vom 5.7.1968<sup>9</sup>, die Rede Gromykos am 27.6.1968<sup>10</sup> und seine Äußerungen gegenüber Botschafter Allardt vom 2.8.1968<sup>11</sup> zeigten zwar die Bereitschaft zur Fortsetzung des Gedankenaustauschs. Dies sei nur sinnvoll bei wachsender Bereitschaft, die Position der anderen Seite zu verstehen. Brandt habe solche positiven Versuche, im Gegensatz zu anderen sowjetischen Äußerungen, bei Botschafter Abrassimow festgestellt.

Gewaltverzicht bedeute für deutsche Seite, daß Veränderungen der gegenwärtigen Lage nur im Einvernehmen der betroffenen Völker und Regierungen erfolgen dürfe. Dies liege im Interesse eines Systems der europäischen Sicherheit und europäischer Zusammenarbeit.

Gromyko betonte, daß bilaterale Beziehungen eng mit Sicherheitsproblemen verknüpft seien. Daher müßten auch Fragen behandelt werden, die die Verbündeten der Sowjetunion berühren. Seine Regierung wünsche bessere Beziehungen, sie habe Zweifel am gleichen Wunsch der Bundesregierung, die sowjetische Regierung habe sich nach den Kriterien der deutschen Politik gegenüber der UdSSR gefragt: die von Zeit zu Zeit erfolgenden Erklärungen stimmten nicht mit der Summe der von der Bundesregierung in Europa und außerhalb Europas praktizierten politischen Maßnahmen überein. Zu seinem Bedauern müsse er sagen, daß allein die politische Praxis der Bundesregierung als Kriterium zu betrachten sei.

Das sowjetische Volk betrachte die Bevölkerung Westdeutschlands nicht als ewigen Feind. Für lange Zeit könne man nicht vergessen, was Deutsche den Völkern der UdSSR im 2. Weltkrieg angetan hätten. Eine drastische Änderung, zu der die Sowjetunion bereit sei, verlange, daß die Bundesrepublik

<sup>4</sup> Für die Regierungserklärung vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 67, S. 10049–10056. Für einen Auszug vgl. Dok. 312, Anm. 12.

<sup>5</sup> Bundesminister Brandt erklärte vor dem Bundestag, daß die Osteuropa-Politik der Bundesregierung nicht von der Gestaltung des Verhältnisses zur UdSSR zu trennen sei, und betonte: „Die Sowjetunion hatte und hat die Priorität in unseren ostpolitischen Überlegungen“. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 67, S. 10113.

<sup>6</sup> Bundeskanzler Kiesinger führte auf dem Deutschlandtag der Jungen Union in Ludwigshafen aus, daß es in der deutschen Frage „keine andere Methode der Lösung gibt als lediglich die Verständigung mit der Sowjetunion“. Vgl. BULLETIN 1968, S. 1086.

<sup>7</sup> Vgl. dazu Dok. 327, Anm. 11.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut vgl. DzD V/2, S. 570–575. Vgl. dazu auch Dok. 121.

<sup>9</sup> Vgl. dazu Dok. 213, Anm. 4–7, und Dok. 221, Anm. 11 und 13.

<sup>10</sup> Für einen Auszug vgl. Dok. 217, Anm. 3.

<sup>11</sup> Vgl. dazu Dok. 243.

Deutschland auch faktisch eine Politik der Entspannung und Lösung der europäischen Fragen einschläge.

Im einzelnen:

„Die Frage der nach dem 2. Weltkrieg entstandenen Grenzen ist die Frage von Krieg oder Frieden.“ Die Grenzfragen könnten für die beiderseitigen Beziehungen und die europäische Sicherheit nicht ausgeklammert werden. Tatsächlich erkenne die Bundesrepublik Deutschland die Grenzen nicht an. Verdacht und Zweifel über die westdeutsche Politik beschränkten sich deshalb nicht nur auf die Sowjetunion und ihre Verbündeten.

Die bekannte feindselige Einstellung gegenüber der DDR berücksichtige nicht die tatsächliche Existenz eines anderen deutschen Staates, was nur zu einer Verstärkung der Spannungen führen könne.

Die Bundesregierung erhebe Ansprüche auf Westberlin, was immer wieder Spannungen oder Krisen hervorrufen werde.

Die Sowjetregierung werde keine Änderung des Status quo von Berlin zulassen.

Er verstehe nicht die deutsche Haltung zum Münchner Abkommen. Die Sowjetregierung mache die Bundesregierung für dieses Abkommen nicht verantwortlich, aber es gebe die Kontinuität der Regierungen.

Zum NV-Thema betonte Gromyko wiederholt, daß sich die Sowjetregierung große Zurückhaltung auferlegt habe in der Kritik an der deutschen Haltung zum NV-Vertrag.

Man habe die Entschlüsse der Bundesregierung nicht komplizieren wollen. Er hoffe, daß beide Regierungen künftig in der NV-Frage auf einer Seite stehen würden. Der Vertrag sei eine Gelegenheit, die Politik der Bundesregierung zu dokumentieren.

Zum Gewaltverzicht habe die sowjetische Seite sehen wollen, was dabei herauskomme. Man solle dieses „unerledigte Geschäft“ fortsetzen. Seine Regierung sei bereit, die Verhandlungen zu intensivieren. Das werde jedoch nur zum Erfolg führen, wenn deutscherseits der Zusammenhang mit den von ihm erwähnten Problemen der europäischen Sicherheit akzeptiert wird. Die bisherigen deutschen Vorschläge ließen diese Probleme beiseite und seien ein Gehäuse ohne substantiellen Inhalt. Flexibilität und Realismus auf deutscher Seite bei der Anerkennung der existierenden Grenzen sei dazu erforderlich.

Brandt wies zurück, daß die Bundesregierung ein geringeres Interesse an der Verbesserung der Beziehungen habe als die Sowjetunion. Gromyko habe Fragen aufgeworfen, deren eingehende Erörterung ihn das Flugzeug versäumen lassen würde.

Bei allem Verständnis für Erinnerungen müsse er auf die neue Generation in Deutschland aufmerksam machen, die nicht mit den Irrtümern ihrer Väter belastet werden wolle. Die Sowjetregierung sei gut beraten, diese Realität anzuerkennen.

Es gebe keine feindselige Haltung gegenüber der DDR. Dies habe die Bundesregierung durch eine Reihe praktischer Vorschläge bewiesen.

Die sowjetische Regierung habe nach seinem Eindruck seit ihrem Friedensvertragsvorschlag 1959<sup>12</sup> eine prinzipielle Schwenkung in ihrer Deutschlandpolitik gemacht. Damals sei die Möglichkeit des Zusammenlebens aller Deutschen offengelassen worden.

Er spreche heute nicht von der Wiedervereinigung, aber es könne keine Lösung wesentlicher politischer Fragen geben, wenn sie nicht für die Deutschen die Perspektive für Zusammenleben und eine Normalisierung offenlasse.

Brandt wies den sowjetischen Vorwurf zurück, die Bundesregierung erhebe unberechtigte Ansprüche auf Berlin. Auch die Bundesregierung wolle den Status nicht ändern. Die Lebensfähigkeit der Stadt hänge von den realen Verflechtungen der Stadt mit der Bundesrepublik ab. Dies müsse zur Kenntnis genommen werden wie manche Realitäten, ob sie gefallen oder nicht. Die Stadt könne eine andere Rolle spielen, wenn sich die Verhältnisse zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR verbesserten.

Zum Münchner Abkommen:

Die Bundesregierung habe vor wenigen Monaten gehofft, mit der Regierung der ČSSR zu einer Lösung zu kommen und die rechtlich schwierigen Fragen (Staatsangehörigkeit und Eigentum der Sudetendeutschen) zu klären.

NV-Vertrag:

Während der Diskussion um die Frage des Beitritts habe die Sowjetunion unter Berufung auf Artikel der UN-Charta<sup>13</sup> den Eindruck erweckt, als beanspruche sie Rechte der Intervention in laufende innere Angelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland. Das sei nicht hilfreich gewesen; er habe Gromykos Bemerkungen über die sowjetische Zurückhaltung in der Frage des deutschen Beitritts aufmerksam zur Kenntnis genommen.

Gewaltverzicht:

Man habe am Anfang der Diskussion gestanden, die durchaus mit Inhalt zu füllen sei. Dies setze allerdings voraus, daß es echte Verhandlungen gebe und nicht bloß die Akzeptierung der sowjetischen Standpunkte verlangt werde.

Gromyko konnte wegen der vorgeschrittenen Zeit nur noch auf wenige Punkte eingehen. Zu den Artikeln der UN-Charta: man solle zu den Punkten übergehen, die näher an der Wirklichkeit seien. Die Aufregung um diese Artikel sei unbegründet. Er hoffe, daß das Gehäuse der deutschen Vorschläge zum Gewaltverzicht mit Inhalt angefüllt werden könne. Die Sowjetregierung erwarte Vorschläge. Man sollte das Thema Gewaltverzicht fortsetzen.

Beide Minister bezeichneten die Zusammenkunft als gut und nützlich.

[gez.] Brandt

VS-Bd. 4306 (II A 4)

<sup>12</sup> Für den Wortlaut des sowjetischen Entwurfs vom 10. Januar 1959 für einen Friedensvertrag mit Deutschland vgl. DzD IV/1, S. 545–566.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut der Artikel 53 und 107 der UNO-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. Dok. 39, Anm. 33.

## 329

### Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem türkischen Außenminister Çaglayangil in New York

II A 4-1823/68 geheim

9. Oktober 1968<sup>1</sup>

*Çaglayangil* eröffnete das Gespräch mit Frage, ob Minister mit dem Ergebnis seiner bisherigen Gespräche zufrieden sei.

*Bundesminister*: Was Gespräch mit Gromyko<sup>2</sup> anlange, vom nationalen Standpunkt aus ja. Gromyko habe im Gespräch mit ihm mit keiner Silbe frühere Anschuldigungen gegen Bundesrepublik wiederholt.

In Sachen NATO sei er auch zufrieden. Die Vorbereitungen für das Novembertreffen<sup>3</sup> seien im Gange.

Was europäische Einigung anlange, seien Aussichten nicht so günstig. Debré habe ihm allerdings gesagt, er werde ein Papier anfertigen lassen, das seine Ideen über ein Handelsarrangement mit Großbritannien behandle.

Betreffend die WEU-Tagung in Rom<sup>4</sup>: Experten trafen sich gegenwärtig. Ein gewisser, begrenzter Optimismus sei angebracht. Man mache kleine Schritte vorwärts, aber es gehe immerhin vorwärts.

*Çaglayangil*: Er wolle zunächst auf NATO-Gesichtspunkte eingehen. Er sehe gegenwärtige Lage im Gefolge der tschechoslowakischen Krise unter zwei Gesichtspunkten: unter dem der Sicherheit seines eigenen Landes und dem des Zusammenhalts der NATO.

Zwei Gründe hätten für Gründung der NATO eine Rolle gespielt: Die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den NATO-Partnern und die Schaffung einer multilateralen Abschreckung. Die Ereignisse in der ČSSR, die man nicht als eine „Familiensache“ bezeichnen könnte, hätten gezeigt, daß Abschreckung nicht in befriedigender Weise wirksam sei. Besetzung der ČSSR habe das militärische Gleichgewicht zwischen Ost und West gestört und sowjetische Truppen noch näher an Truppen der Allianz herangeführt.

Ihn beunruhige die Frage, wie Entscheidungsprozeß in der Sowjetunion verlaufen sei. Er habe den Eindruck, daß Entscheidung zur Invasion im Präsidium gegen den Willen gewisser einflußreicher Führer mit einer Stimmenmehrheit getroffen wurde. Dies sei gegenüber Chruschtschow-Ära ein neues Faktum. Das „crisis management“ in der Kuba-Krise sei möglich gewesen, weil Chruschtschow die beherrschende Figur im Kreml war. An seine Stelle sei eine kollegiale Führung getreten, in der gewisse demokratische Prinzipien wirksam

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Böker, New York (UNO), am 10. Oktober 1968 übermittelt.

<sup>2</sup> Zum Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister am 8. Oktober 1968 vgl. Dok. 328.

<sup>3</sup> Die NATO-Ministerratstagung fand am 15./16. November 1968 in Brüssel statt. Vgl. dazu Dok. 382.

<sup>4</sup> Der WEU-Ministerrat tagte am 21./22. Oktober 1968 in Rom.

werden, die den Entscheidungsprozeß langsamer und zugleich weniger vorhersehbar machten.

In einem Gespräch mit Rusk habe er den Gesichtspunkt hervorgehoben, daß NATO gegenüber dieser Entwicklung, die in der Krise deutlich geworden sei, erhöhte Solidarität zeigen müsse. Er frage sich beispielsweise, was geschehe, wenn Sowjets Berlin bedrohten. Werde die Allianz dann „Waffen oder nur Konserven schicken?“

Die Rede Gromykos in der Vollversammlung<sup>5</sup> habe einen wesentlichen neuen Punkt enthalten. Die Sowjetunion habe den Bereich ihrer vitalen Interessen weiter definiert als je zuvor. Er denke dabei nicht nur an Theorie des „socialist commonwealth“, die es angeblich Sowjetunion gestatte, im sozialistischen Lager zu intervenieren – unmittelbar davon bedroht seien Jugoslawien und Rumänien –, sondern auch an eine Reihe von Ländern außerhalb des sozialistischen Lagers, die von Sowjetunion ausdrücklich in ihre Interessensphäre einbezogen werden, so der Nahe Osten. Gehöre auch Ägypten zur Interessensphäre der Sowjetunion?

Eine wirkungsvolle Demonstration der Solidarität gegenüber der Sowjetunion sollte allerdings nicht einer Entspannungspolitik entgegenstehen. Die Türkei befürworte nach wie vor eine solche Politik. Allerdings dürfe sie nicht zur Unterwerfung unter die sowjetischen Forderungen führen. Man müsse ein Gleichgewicht zwischen beiden Zielen finden. Dabei sei auch zu beachten, daß man der Sowjetunion keinen Grund geben dürfe, NATO die Schuld für weitere Interventionen zuzuschreiben.

Insgesamt habe die NATO einen Wendepunkt erreicht. Wenn die Organisation im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht ihre Solidarität und ihre Entschlossenheit zeige, werde dies ernste Konsequenzen für das Bündnis haben.

*Bundesminister:* Er teile im großen und ganzen die Ansichten des Herrn Ministers. Es gebe einen Punkt im Bericht der Ständigen Vertreter der NATO<sup>6</sup>, mit dem er nicht einverstanden sei. Es heiße dort, daß die Invasion der ČSSR darauf zielte, die Integrität des Warschauer Pakts aufrechtzuerhalten. Es seien nicht nur militärische, sondern vor allem ideologische Gesichtspunkte für Entscheidung der Sowjetunion ausschlaggebend gewesen. Die Sowjets hätten Angst vor dem Liberalisierungsprozeß in der Tschechoslowakei und seiner möglicherweise „ansteckenden Wirkung“ auf andere Ostblockländer und die Sowjetunion selbst.

Die Tschechoslowakei habe nicht beabsichtigt, den Warschauer Pakt zu verlassen. Bezeichnend sei, daß die Forderung nach „Neutralität“ selbst seitens der Bevölkerung erst vier Tage nach der Invasion vereinzelt erhoben worden sei. Darin liege ein großer Unterschied zu den Ereignissen in Ungarn.

Was Entscheidungsprozeß im Kreml anlange, so wüßten wir noch zu wenig. Sicher habe es ernsthaften Streit hinter den Kulissen über Opportunität der Invasion gegeben. Er halte es für möglich, daß die Entscheidung später zu ei-

<sup>5</sup> Zur Rede des sowjetischen Außenministers vom 3. Oktober 1968 vgl. Dok. 327, Anm. 11.

<sup>6</sup> Für den Bericht C-M (68) 43 (Revised): „Political Implications of the Czechoslovakia Crisis“ des Politischen Ausschusses des Ständigen NATO-Rats vom 3. Oktober 1968 vgl. VS-Bd. 1082 (II A 7). Vgl. dazu auch Dok. 346.



ner Führungskrise in der Sowjetunion führen werde, wenn ihre negativen Folgen für die Sowjetunion deutlicher geworden seien. Ähnlich habe neben innenpolitischen Gründen auch die Kuba-Krise zum Sturz Chruschtschows beigetragen. Der Zeitpunkt lasse sich schwer voraussagen, aber eine Entwicklung, die zu einer Verlagerung der Machtverhältnisse im Kreml führe, liege durchaus im Bereich des Möglichen.

Er halte es für unwahrscheinlich, daß Moskau gegen ein dem Schutz der NATO unterstehendes Gebiet aktiv werde. Nicht so sehr, weil Sowjetunion einen großen Krieg fürchte, als vor allem, weil sie ihr Verhältnis zu den USA nicht belasten wolle. Militärisch sei Berlin besser abgesichert als Lübeck oder Hof, wo keine amerikanischen Soldaten stünden. Ganz sicher könne man allerdings bei den Sowjets niemals sein.

Wichtig sei gegenwärtig, daß die Bindungen zwischen den einzelnen NATO-Staaten gestärkt würden, daß europäischer Zusammenhalt gefördert würde und die Abwehrbereitschaft des Westens gestärkt werde. Dabei müsse man vorsichtig vorgehen. Die Sowjets dürften sich nicht bedroht fühlen. Es müsse aber auch deutlich werden, daß wir es ernst meinen.

Die neue sowjetische Doktrin vom sozialistischen „Commonwealth“ habe er auch mit Rusk diskutiert.<sup>7</sup> Beide seien sich einig gewesen, daß diese Frage zu ernst sei, um sie in Brüssel im großen Kreise breitzutreten. Rusk und der Herr Minister tendierten dazu, in bilateralen Gesprächen die damit verbundenen Fragen zu klären. Beunruhigend sei vor allem auch der Gedanke an Länder wie Ägypten, Syrien, Finnland, Schweden, Algerien. Werde eines Tages auch Algerien oder etwa Schweden als sozialistisches Land in die sowjetische Interessensphäre fallen? Man müsse sich auch überlegen, wie man zwischen NATO-Ländern und diesen potentiellen Opfern eines sowjetischen Expansionsdranges einen Gedankenaustausch fördern könne.

Insgesamt glaube er, daß die Sowjets mit der Invasion der Tschechoslowakei einen Fehler gemacht und sich für die nächsten Jahre Schwierigkeiten auf den Hals geladen hätten. Dies sei zugleich unsere Chance.

*Çaglayangil:* Welche Haltung wolle Deutschland im Lichte dieser Ausführungen auf der NATO-Konferenz in Brüssel im November einnehmen und welche Vorbereitungen träfen wir hierfür? Wie dächten wir vor allem über die französische Haltung?

*Bundesminister:* Im November werden die Vereinigten Staaten noch keine funktionsfähige Regierung haben.<sup>8</sup> Es werde vor allem wichtig sein, auf eine mögliche neue Administration und das Publikum in den Vereinigten Staaten im Sinne der NATO günstig einzuwirken. Gleichzeitig müsse man durch die Beschlüsse den Sowjets zeigen, daß wir uns weder übertölpeln lassen noch feige sind.

Über die französische Haltung habe Debré kürzlich bei dem von ihm gegebenen Essen gesprochen. Die Quintessenz war, daß der Westen, da er nichts gegen die Invasion in der Tschechoslowakei tun könne, zumindest die Sowjets

<sup>7</sup> Zum Gespräch vom 8. Oktober 1968 vgl. Dok. 332.

<sup>8</sup> In den USA fanden am 5. November 1968 Präsidentschaftswahlen statt.

davon überzeugen sollte, daß sie einen kapitalen Fehler gemacht haben. Interessant sei gewesen, daß Debré zweimal auf den amerikanischen Nuklearschutz der westlichen Allianz zu sprechen gekommen sei.<sup>9</sup>

Als de Gaulle kürzlich in Bonn war<sup>10</sup>, sei er deutlich über die gegenwärtige internationale Lage und Frankreichs Sicherheit beunruhigt gewesen. Kiesinger habe ihn gefragt, was er der Bundesrepublik Deutschland anraten könne, ob sie etwa die NATO verlassen und die Amerikaner heimschicken solle. De Gaulle habe daraufhin gesagt, das wolle er keineswegs. Offenbar habe er eingesehen, daß Frankreich keine neutrale Rolle in einem größeren Konflikt spielen könne und ebenso wie die Bundesrepublik Deutschland ein Opfer der Sowjets werden würde.

Die militärische Zusammenarbeit mit Frankreich sei sehr gut. Auf der politischen Ebene bestünden allerdings einige wohlbekannte Probleme. Ganz vertraulich könne er dem Herrn Minister mitteilen, daß trotz der bekannten amerikanisch-französischen Spannungen Rusk ihn nach der Invasion der Tschechoslowakei gefragt habe, ob er etwa mit Debré über eine Verstärkung der französisch-deutschen militärischen Zusammenarbeit sprechen wolle.<sup>11</sup> Da Frankreich in der NATO selbst nicht mehr voll teilnehme<sup>12</sup>, müsse man eben Hilfsmittel finden, um die militärische Zusammenarbeit so eng wie möglich zu gestalten.

*Çaglayangil*: Er stimme dem zu, daß die NATO grundlegende Entscheidungen erst dann treffen könne, wenn die neue Administration in Washington ihre NATO-Politik formuliert habe.

Es sei seiner Ansicht nach fraglich, ob Sowjets tatsächlich einen Fehler in der Tschechoslowakei gemacht hätten. Die möglichen Nachteile hätten sie wohl klar gesehen und einkalkuliert. Die Vorteile hätten aber offensichtlich überwogen. Er möchte in diesem Zusammenhang erwähnen, daß die Sowjets ernste Angst vor einer Desintegration nicht nur des Blocks, sondern auch Sowjetrußlands selbst hätten. Es habe in der letzten Zeit Versuche von Sowjetstaaten (Georgien, Armenien, den baltischen Staaten) gegeben, bei der Sowjetregierung auf die Einrichtung gewisser selbständiger Auslandsvertretungen hinzuwirken. Auch für die tschechoslowakischen Führer sei Entscheidung der Sowjets offenbar nicht überraschend gekommen. Er habe den Eindruck, daß sie die passive Resistenz von langer Hand vorbereitet hätten.

Bis zur Novembertagung sollten Deutschland und die Türkei durch ihre NATO-Botschafter<sup>13</sup> in Kontakt bleiben.

Der Besuch des Bundeskanzlers<sup>14</sup> sei ein sehr großer Erfolg gewesen. Er werde ein Papier vorbereiten, das im einzelnen die Möglichkeiten engerer Zusam-

<sup>9</sup> Zu den Ansichten des französischen Außenministers vgl. auch Dok. 327.

<sup>10</sup> Der französische Staatspräsident hielt sich am 27./28. September 1968 zu Konsultationsbesprechungen in Bonn auf. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Kiesinger vgl. Dok. 312, Dok. 314 und Dok. 318.

<sup>11</sup> Zur Anregung des amerikanischen Außenministers vom 2. September 1968 vgl. Dok. 289, Anm. 2.

<sup>12</sup> Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus.

<sup>13</sup> Wilhelm G. Grewe und Muharrem Nuri Birgi.

<sup>14</sup> Bundeskanzler Kiesinger hielt sich vom 5. bis 9. September 1968 in der Türkei auf. Zu den Gesprächen mit Ministerpräsident Demirel vgl. Dok. 285.

menarbeit zwischen der Türkei und Deutschland aufzähle, und wolle den Herrn Bundesminister bitten, dieser Angelegenheit seine besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

*Bundesminister:* Interministerielle Konsultationen über dieses Thema seien in Bonn bereits im Gange. Er werde der Vertiefung der Zusammenarbeit seine besondere Aufmerksamkeit zuwenden.

VS-Bd. 4446 (II A 4)

### 330

#### Aufzeichnung des Referats II A 7

II A 7-81.33-4503/68 VS-vertraulich

11. Oktober 1968<sup>1</sup>

Betr.: Militärische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Portugal

#### I. Vorschlag für Gesprächsführung<sup>2</sup>

1) Es erscheint nicht angebracht, daß der Herr Bundeskanzler von sich aus den Komplex der militärischen und rüstungswirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Portugal anschneidet. Für den Fall, daß dies von portugiesischer Seite geschieht, könnte folgendes ausgeführt werden:

Es hat uns mit Befriedigung erfüllt, daß sich die Portugiesen bereit erklärt haben, die bisherige gute deutsch-portugiesische Zusammenarbeit im militärischen Bereich auf eine neue Grundlage zu stellen. Wir bedauern allerdings, daß die Gespräche über die Anpassung an den veränderten Bedarf der Bundeswehr noch nicht zur Unterzeichnung eines neuen Vertrages geführt haben.

2) Zur Frage deutscher Rüstungsaufträge und Waffenlieferungen an Portugal, an denen die Portugiesen besonders interessiert sind, wäre gegebenenfalls folgendes zu sagen:

- Die Erteilung neuer Rüstungsaufträge an Portugal ist bereits Gegenstand von Expertengesprächen und sollte in diesem Rahmen weiter behandelt werden. Trotz unseres Verständnisses für die portugiesischen Wünsche ist jedoch unser Handlungsspielraum durch den verringerten Bedarf der Bundeswehr sowie die knapper gewordenen Haushaltsmittel eingengt.
- Die Lieferung von Rüstungsmaterial macht uns angesichts der Tatsache, daß dessen Verwendung in portugiesischen Überseegebieten nicht auszuschließen ist, große Schwierigkeiten. Sie wird uns von afrikanischer Seite immer wieder vorgeworfen, was uns wegen unserer Anliegen in der Deutschlandpolitik nicht gleichgültig bleiben kann. Wir müssen deshalb um Ver-

<sup>1</sup> Vervielfältigtes Exemplar.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Kiesinger hielt sich vom 24. bis 28. Oktober 1968 in Portugal auf. Für das Gespräch mit Ministerpräsident Caetano am 24. Oktober 1968 vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 29; B 150, Aktenkopien 1968.

ständnis dafür bitten, daß wir einem Wunsch auf generelle Zurverfügungstellung von Rüstungsmaterial nicht entsprechen können. Wir sind jedoch bereit, bestimmte Wünsche von Fall zu Fall zu prüfen.

Die Lieferung von 30 Flugzeugen DO-27 bedeutet bereits ein großes Entgegenkommen von deutscher Seite, da bei der zu erwartenden propagandistischen Auswertung durch den Osten erhebliche Gefahren für unsere Deutschlandpolitik in Afrika entstehen.<sup>3</sup>

## II. Sachverhalt

1) Das Bundesministerium der Verteidigung hat seit 1960 unter strenger Geheimhaltung 26 Verträge über militärische Zusammenarbeit mit dem portugiesischen Verteidigungsministerium abgeschlossen, die den Aufbau einer logistischen Basis der Bundeswehr in Portugal und eine verstärkte rüstungswirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern vorsahen. Das Auswärtige Amt war am Abschluß dieser Verträge nicht beteiligt und wurde erst Ende 1961 über die inzwischen getroffenen Vereinbarungen unterrichtet.

2) Seitens des Bundesministeriums der Verteidigung war das Ziel dieser Vereinbarung, eine logistische Basis der Bundeswehr zu schaffen und die Produktion von Rüstungsmaterial für die Bundeswehr in der Tiefe des westeuropäischen Raumes im Kriege und in Spannungszeiten sicherzustellen.

Demgegenüber erwartete Portugal die Lieferung von Rüstungsgütern für die eigenen Streitkräfte, die es aus politischen Gründen schwer beschaffen konnte, weil ihre Verwendung für die Kriegsführung in überseeischen Gebieten nicht ganz auszuschließen war. Die Bundesrepublik hat in den Jahren 1961 und 1963 79 DO-27 (Ausbildungs- und Verbindungsflugzeuge) sowie um die Jahreswende 1965/66 40 gebrauchte Fiat G 91 (Jagdflugzeuge) an Portugal geliefert.

3) Infolge unserer veränderten Verteidigungskonzeption beschloß die Bundesregierung 1967, die deutschen Projekte in Portugal drastisch zu reduzieren<sup>4</sup>, und ermächtigte den Bundesminister der Verteidigung zu entsprechenden Verhandlungen mit dem portugiesischen Verteidigungsminister. In den Verhandlungen zwischen den deutschen und portugiesischen Verteidigungsministerien im November 1967<sup>5</sup> sowie den Verhandlungen des gemeinsamen deutsch-portugiesischen Ausschusses in Lissabon vom März 1968<sup>6</sup> ist in allen

<sup>3</sup> Zu den Bedenken des Auswärtigen Amts gegen die Lieferung der Flugzeuge an Portugal vgl. AAPD 1967, III, Dok. 369.

<sup>4</sup> Vgl. dazu AAPD 1967, II, Dok. 295.

<sup>5</sup> Zu den Gesprächen des Bundesministers Schröder mit dem portugiesischen Verteidigungsminister Gomes de Araújo, der sich vom 20. bis 24. November 1967 in Bonn aufhielt, vgl. AAPD 1967, III, Dok. 421.

<sup>6</sup> Vom 26. bis 29. März 1968 fand im portugiesischen Verteidigungsministerium eine Sitzung des gemischten deutsch-portugiesischen militärischen Ausschusses statt. Es wurde beschlossen, in einem Briefwechsel zwischen den beiden Verteidigungsministern, Schröder und Gomes de Araújo, zu vereinbaren, daß sich die Gültigkeitsdauer der bereits unterzeichneten Abkommen zwischen beiden Staaten „bis zum 1. August 1978 verlängert, unbeschadet der nunmehr vereinbarten Zurückstellung oder Reduzierung der Errichtung oder Nutzung der verschiedenen Einrichtungen“. Damit wurde auf portugiesischen Wunsch hin eine Aufhebung des zuvor bestehenden „Junktims zwischen NATO-Vertrag und deutsch-portugiesischen militärischen Vereinbarungen in Bezug auf [die] Geltungsdauer“ erreicht. Darüber hinaus wurde Einigung erzielt über die Nutzung des Flugplatzes Beja durch die Luftwaffe, über Infrastrukturfragen, hinsichtlich der Wartung von

Punkten Übereinstimmung auf Grundlage der deutschen Vorschläge erzielt worden. Es bestand daher die berechtigte Hoffnung, daß nach Klärung einiger noch offener Einzelfragen technischer Art die Verträge unterzeichnet und die militärische Zusammenarbeit auf einer neuen Grundlage fortgesetzt werden könnte.

Überraschenderweise haben die Portugiesen Ende Juni d.J. neue Forderungen erhoben und von deren Erfüllung die Unterzeichnung der noch offenen Verträge abhängig gemacht. Die portugiesische Regierung versucht damit, die bisherigen Verhandlungsergebnisse mit dem Ziel einer erweiterten Rüstungszusammenarbeit zu ihren Gunsten abzuändern.

#### 4) Portugiesische Forderungen

a) Die portugiesische Regierung wünscht die Vergabe weiterer Aufträge an ihre Rüstungsindustrie (insbesondere Munitionskäufe).

Bisher hat die Bundesrepublik Deutschland Rüstungsaufträge im Wert von 350 Mio. DM an Portugal vergeben; wegen des verringerten Bedarfs der Bundeswehr und der Haushaltslage bereitet jedoch die Erteilung weiterer Rüstungsaufträge größte Schwierigkeiten:

- Der Kriegsvorrat der Bundeswehr an den wichtigsten Munitionsarten ist voll gedeckt.
- Bestehende Kompensations- und Devisenausgleichsverpflichtungen zwingen zur Auftragsvergabe an andere Staaten (USA, Großbritannien, Belgien, Türkei, Norwegen).
- Nach dem einstimmigen Beschluß des Verteidigungsausschusses des Bundestags vom 22.2.1967 ist die Verlagerung von Munitionskäufen vom Ausland auf die deutsche Munitionsindustrie anzustreben.

Diese Schwierigkeiten sind den Portugiesen wiederholt mitgeteilt und vom portugiesischen Verteidigungsminister in Bonn akzeptiert worden. Das Protokoll über die Verhandlungen in Bonn enthält daher nur eine deutsche „good will“-Erklärung.

b) Die portugiesische Regierung wünscht die weitere Lieferung von Rüstungsmaterial für die portugiesischen Streitkräfte (insbesondere Überschußmaterial der Bundeswehr).

Bisher lieferte die deutsche Industrie Rüstungsmaterial im Werte von 170 Mio. DM; darüber hinaus wurde Überschußmaterial der Bundeswehr abgegeben. Wegen der nicht zu verhindernden Verwendung deutschen Rüstungsmaterials in den portugiesischen Überseegebieten hat das Auswärtige Amt in zunehmendem Maße Einwände gegen deutsche Waffenlieferungen an Portugal erhoben. Aus diesem Grunde wurden den Portugiesen im November 1967 auch nur „von Fall zu Fall und im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten“ Lieferungen in

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 1299*

Flugzeugen der Bundeswehr in Alverca sowie über „Entschädigungsfragen“. Botschafter Müller-Roschach, Lissabon, führte dazu aus, daß „gegen die jetzt abzuschließenden neuen Vereinbarungen, die im vertragstechnischen Sinne ‚Ressortabkommen‘ darstellen dürfen“, aus Sicht der Botschaft „keine politischen Bedenken“ bestünden. Ungeklärt blieb dagegen die Frage weiterer Rüstungshilfe an Portugal. Vgl. den Drahtbericht Nr. 80 vom 1. April 1968; VS-Bd. 2739 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1968.

Aussicht gestellt. Gleichzeitig wurden allerdings 30 DO-27 als „good will“-Geste zugesagt.

5) Es ist nicht auszuschließen, daß verminderte Rüstungskäufe und -lieferungen negative Auswirkungen auf das deutsch-portugiesische Verhältnis haben können. Portugal vertritt dabei den Standpunkt, daß die deutsche Rüstungshilfe die Gegenleistung für die Stationierungsrechte in Beja sei. Obwohl diesem von den Portugiesen behaupteten Junktim immer widersprochen wurde, könnten die Portugiesen dazu übergehen, die Benutzung der Einrichtungen der Bundeswehr in Portugal zu erschweren. Andererseits hat jedoch selbst die reduzierte Rüstungszusammenarbeit für Portugal große Vorteile:

- Möglichkeit zukünftiger Aufträge bei erneutem Bedarf der Bundeswehr und interessanteren Warenlisten der portugiesischen Industrie.
- Möglichkeit der Lieferung von Überschußmaterial der Bundeswehr, wobei insbesondere Anträge auf nicht rein militärisches Material erfüllt werden könnten.
- Ausbau der Triebwerkstraße in Alverca und laufende Instandsetzungsaufträge für Flugzeuge im portugiesischen Staatsbetrieb OGMA. Die deutsche Luftwaffe leistet damit einen entscheidenden Beitrag zum Ausbau einer modernen Rüstungs- und Luftfahrtindustrie in Portugal.

6) Die Gründe für das portugiesische Verhalten sind nicht ganz klar. Es kann sich um einen „letzten Versuch“ handeln; allerdings liegt auch die Ablehnung unserer Vorschläge im Bereich des Möglichen. Wahrscheinlicher ist aber, daß die Portugiesen ihre Forderung zurückziehen, wenn sie auf eine feste deutsche Haltung stoßen.

**VS-Bd. 2731 (I A 4)**

**Vortragender Legationsrat I. Klasse Stoecker, Berlin (West),  
an Ministerialdirektor Ruete**

**Z B 6-1-16065/68 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 141**  
**Citissime**

**Aufgabe: 11. Oktober 1968, 11.00 Uhr**  
**Ankunft: 11. Oktober 1968, 12.12 Uhr**

Nur für Ministerialdirektor Ruete<sup>1</sup>

Die umstrittene Entscheidung des Senats, bei den Alliierten das Verbot der NPD in Berlin anzuregen<sup>2</sup>, kann m. E. nur richtig beurteilt werden, wenn man die in der Diskussion vorgebrachten vordergründigen Argumente beiseite läßt und zu den wirklichen Kernpunkten vorstößt, die in der öffentlichen Auseinandersetzung bewußt oder unbewußt außer acht gelassen werden. Der Regierende Bürgermeister hat erklärt, daß die Entscheidung getragen sei von der „tiefen Sorge um die Sicherheit Berlins“.<sup>3</sup> Daß eine innerpolitische Bedrohung Westberlins in diesem Zusammenhang ausscheidet, bedarf bei der Bedeutungslosigkeit der NPD in dieser Stadt keiner Begründung. So kann also nur die Sorge um die äußere Sicherheit der Stadt relevant gewesen sein.

Entsprechend der Stimmungslage in Berlin und der hier latent vorhandenen Sorge, daß die SU unbeeindruckt von einer Politik der Stärke oder einer nach Osten hingewandten als gefährlich erkannten Entspannungspolitik der Bundesregierung allein der eigenen und vor allem auch ideologischen Sicherheitspolitik Rechnung trägt, läßt hier die sowjetische Interventionsdrohung – ob sie nun aus taktischen Überlegungen mehr oder minder vordergründig vorgebracht werden – in einem anderen Licht erscheinen, als es sonst der Fall sein mag. Das Argument, die SU fände immer Gründe, wenn es in ihre Interessenlage hineinpaßt, das Verbot der NPD sei also unwesentlich, wird hier nicht

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirektor Ruete am 14. Oktober 1968 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dem Herrn Staatssekretär vorzulegen.“

Hat Staatssekretär Duckwitz vorgelegen, der die Wörter „Nur für Ministerialdirektor Ruete“ hervorhob und handschriftlich vermerkte: „Das geht nicht!“

Hat Ministerialdirigent Sahm am 17. Oktober 1968 vorgelegen.

<sup>2</sup> Am 1. Oktober 1968 beschloß der Senat von Berlin, bei den drei westlichen Stadtkommandanten ein Verbot der NPD in Berlin zu beantragen. In der Besprechung der Bonner Vierergruppe am 3. Oktober 1968 zeigten sich die Alliierten „über den Alleingang des Senats von Berlin alles andere als glücklich. Sie sehen erhebliche Schwierigkeiten für den Fall, daß die NPD in Berlin verboten wird, nicht jedoch in der Bundesrepublik Deutschland. Sie befürchten vor allem die Ausbeutung dieses Tatbestandes durch die sowjetische Propaganda und die Gefahr von Fehlschlüssen in der westlichen Öffentlichkeit.“ Die Verbündeten vertraten die Ansicht, daß es sich hierbei um eine innenpolitische Auseinandersetzung in der Bundesrepublik handele, und wiesen darauf hin, „daß die NPD ihren Zenit bereits überschritten habe und politisch ausgeschaltet werden“ könne. Von britischer Seite wurde der Vorschlag geäußert, nur geplante Veranstaltungen der NPD in Berlin (West) zu verbieten, da diese Aktivitäten „den Interessen der für Berlin verantwortlichen Mächte und Berlins selbst“ zuwiderliefen. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete vom 4. Oktober 1968; VS-Bd. 10062 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1968.

<sup>3</sup> In diesem Sinne äußerte sich der Regierende Bürgermeister von Berlin, Schütz, in einem Interview am 8. Oktober 1968. Vgl. dazu den Artikel: „Schütz: Wir können nicht warten, bis Karlsruhe die NPD verbietet“; DIE WELT, Nr. 236 vom 9. Oktober 1968, S. 1 und 4.

uneingeschränkt geteilt. Man hält es für möglich, daß die SU zu einem verschärften Kurs gegen Berlin gereizt werden könnte, da irrationale Komponenten ins Spiel kommen. Solche nur schwer erklärbaren Reaktionen – wie z.B. die Intervention der SU in der ČSSR – müssen kalkulierbar gemacht werden. Nur wenn man versucht, aus russischer Sicht die politische Lage zu analysieren, wird man die Chance haben, Indizien für die sowjetische Politik gegenüber Berlin zu erhalten.

M.E. werden folgende Faktoren, die z.Z. kaum diskutiert werden, Beachtung verdienen:

1) Das aufrichtige Erstaunen der SU über die Reaktionen des Westens und großer Teile der Welt wegen der Invasion in der ČSSR. Gespräche, die insbesondere im kulturellen Bereich in den letzten Wochen zwischen deutschen und sowjetischen Repräsentanten geführt wurden – unter diesen auch der Botschaftsrat der sowjetischen Botschaft in Ostberlin – lassen etwa folgende Reflektionen der Sowjets erkennen: „Die Tschechoslowakei ist Mitglied des Warschauer Paktes und gehört unumstritten in den sowjetischen Machtbereich. Die Vereinbarung von Bratislava<sup>4</sup> war abgeschlossen worden in der Absicht, den Vertrag zu erfüllen. Dubček hat den Vertrag tatsächlich nicht eingehalten (so Kreisky bei Vortrag in Westberlin<sup>5</sup>), und bei den sichtbar werdenden Neutralitätstendenzen bestand die Gefahr, daß die Tschechoslowakei aus dem Warschauer Paktsystem ausschied. Hiermit wäre das strategische und militärische Gleichgewicht gestört und der Frieden in Europa gefährdet gewesen. Die Besetzung der ČSSR wurde so human wie möglich durchgeführt. Der SU kam es darauf an, diejenigen Voraussetzungen im Lande zu schaffen, die ein unverbrüchliches Festhalten der Tschechoslowakei im Warschauer Pakt gewährleisten. Die scharfe Reaktion des Westens ist unerklärlich. Als im vorigen Jahr die demokratische Entwicklung in Griechenland die Möglichkeit in sich barg, daß Griechenland aus dem NATO-Vertrag ausscheiden würde, wurde – zumindest mit Duldung der NATO-Verbündeten – ein undemokratisches Militärregime etabliert, das gegen die Mehrheit des Volkes regiert. Damals hat sich die Sowjetunion auf die bis dahin üblichen Angriffe beschränkt, diese aber nie dramatisiert, da es den Grundsatz respektierte, daß wegen des strategischen Gleichgewichts selbst mit den Mitteln der Gewalt Griechenland im NATO-Bereich erhalten würde. Diese gleiche Haltung hätte im Falle der Intervention in der ČSSR erwartet werden können. Da dies nicht der Fall war, ist ernstgemeinte Absicht auf Veränderung des strategischen und ideologischen Status quo zu unterstellen.“

<sup>4</sup> Zur Vereinbarung vom 3. August 1968 vgl. Dok. 245, Anm. 5.

<sup>5</sup> Der frühere österreichische Außenminister Kreisky führte am 20. September 1968 vor der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde in Berlin (West) zu der Entwicklung der Ereignisse in der ČSSR nach der Konferenz von Čierna nad Tisou (Schwarzau an der Theiß) vom 29. Juli bis 1. August 1968 aus: „Und so kehrte die tschechoslowakische Delegation nach Prag zurück, wissend, daß das, was sie in den Besprechungen in Čierna ihren sowjetischen Gesprächspartnern zugesagt hatte, in der Öffentlichkeit nicht vertreten werden konnte. In Moskau erkannte man bald, daß Dubček und seine Freunde nicht in der Lage wären, die geheimen Zusagen, die sie gegeben hatten, und die Verpflichtungen, die sie eingegangen waren, zu verwirklichen.“ Vgl. OSTEUROPA 1968, Heft 12, S. 844.



Das Erstaunen der SU über die scharfe Reaktion der freien Welt ist etwa der ehrlichen Überraschung vergleichbar, mit der Papst Paul auf die feindliche Haltung gegenüber seinem autoritären Kurs reagierte.<sup>6</sup>

2) Die Berliner Situation unterscheidet sich für sowjetische Überlegungen grundsätzlich von der Situation der Bundesrepublik. Berlin ist ein Stachel im kommunistischen Fleisch. In erster Linie deshalb, weil von dieser Insel eine in kommunistischer Sicht zersetzende Fernseh-, Rundfunk- und Pressepropaganda ausgeht. Gerade weil Berlin sich strategisch nahezu in einer aussichtslosen Position befindet, muß der Mut, von hier aus Propaganda zu senden, prestigezersetzend für die SU wirken, ähnlich wie es in der ČSSR der Fall war, wo auch der Zwerg den Riesen durch seine Kritik im Lebensnerv traf. So gesehen ist die von Westberlin ausgehende Propaganda nicht vergleichbar mit der Propaganda aus der Bundesrepublik, einem Staat, dessen totale Integrierung in die antikommunistische Front die Sowjetunion im gegenwärtigen Stadium realistisch in Kauf nimmt.

Aus diesen Gründen wird hier alles, was propagandistisch-ideologisch die SU reizen und ihr Prestigebewußtsein herausfordern könnte, als ernste Gefährdung der Sicherheit der Stadt betrachtet, auch wenn die gleichen Tatbestände in der Bundesrepublik keine Bedrohung für den Weltfrieden darstellen.

Rege an, Staatssekretär zu unterrichten.<sup>7</sup>

[gez.] Stoecker

VS-Bd. 4390 (II A 1)

### 332

#### Botschafter Knappstein, Washington, an Bundesminister Brandt

Z B 6-1-16079/68 geheim  
Fernschreiben Nr. 2088  
Citissime

Aufgabe: 11. Oktober 1968, 12.30 Uhr  
Ankunft: 11. Oktober 1968, 18.07 Uhr

Zunächst nur für Bundesminister und Botschafter Bahr (hat beiden in New York vorgelegen)

Betr.: Gespräch Bundesaußenminister mit Außenminister Rusk

Am 8. Oktober traf der Bundesaußenminister, begleitet von den Botschaftern Bahr und Knappstein, mit Außenminister Rusk, der begleitet war vom Leiter der Deutschland-Abteilung, Johnpoll, zum Mittagessen zusammen.

Der Bundesaußenminister sagte zunächst, daß die Rede des amerikanischen Außenministers vor den VN, vor allem die Bemerkungen über die Bundesre-

<sup>6</sup> Dazu handschriftliche Bemerkung des Staatssekretärs Duckwitz: „Nana!“

<sup>7</sup> Vgl. Anm. 1.

publik und Berlin<sup>1</sup>, in Deutschland einen tiefen Eindruck gemacht hätten. Der Bundeskanzler habe ihn gebeten, Rusk seinen Dank auszusprechen. Rusk wies darauf hin, daß er Gromyko in aller Deutlichkeit gesagt hätte, daß Berlin „Staatsinteresse“ der Vereinigten Staaten sei. Er habe auch mit ihm über die ständige Propagandakampagne gegen die Bundesregierung gesprochen. Gromyko habe eine doppelte Antwort gegeben. Er habe erstens kategorisch erklärt, daß die Sowjets nichts gegen Berlin unternehmen würden, zweitens daß sie sich aber gegen das verwahrten („object“), was die Bundesrepublik in Berlin tue. Er, Rusk, habe darauf geantwortet, daß Berlin „unsere gemeinsame Verantwortung“ sei. Es gebe keinen Grund für sowjetische Einwände, vor allem im Hinblick auf das, was die Ostdeutschen in Berlin täten. Man müsse, so fuhr Rusk fort, die Entwicklung in Berlin wachsam beobachten. Die Haltung des Präsidenten<sup>2</sup> zu Berlin sei klar und fest, und auch auf die beiden Präsidentschaftskandidaten<sup>3</sup> könnten sich die Bundesrepublik und Berlin verlassen.

Der Bundesaußenminister wies darauf hin, daß es nützlich sei, wenn in einem alliierten Papier die Rechtmäßigkeit dessen, was die Bundesregierung über die Jahre hin in Berlin getan habe, klargemacht würde. Dabei sollte man allerdings Gebiete juristischer Meinungsverschiedenheiten zwischen der Bundesrepublik und den Alliierten vermeiden. Es gebe in der Frage des Papiers einige Schwierigkeiten mit den Franzosen, aber Debré habe ihm gesagt, daß die Franzosen bei einem internen Papier, das von den drei Besatzungsmächten an die Bundesrepublik gerichtet sei, mitmachen würden; dieses Papier solle aber nicht an die Sowjets gegeben werden.<sup>4</sup> Der Bundesminister äußerte, daß selbst ein solches Papier besser sein würde als nichts.

Rusk antwortete, man müsse über die Sache gut nachdenken. Die Amerikaner hätten den Sowjets in der letzten Zeit eine Menge über Berlin gesagt, auch über ihre Entschlossenheit, es zu verteidigen. Könnte es nicht als ein Zeichen der Schwäche ausgelegt werden, wenn man eine Erklärung nach der anderen über Berlin abgebe? Man müsse sich das einmal überlegen.

Zur Frage der NPD in Berlin<sup>5</sup> übergehend, sagte Rusk, diese Partei stelle für die Bundesrepublik ein anderes Problem dar als für die Besatzungsmächte. Die Amerikaner müßten die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten in Rechnung stellen, die auf das anti-amerikanische Programm der NPD in einer

<sup>1</sup> Am 2. Oktober 1968 bezeichnete der amerikanische Außenminister vor der UNO-Generalversammlung die Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der CSSR als „repugnant in themselves and so dangerous to peace“. Rusk führte weiter aus: „The United States and its allies have certain solemn defensive commitments in Europe which are known to the world and to the United Nations and which no law-abiding nation need fear. These include commitments to uphold the security of the Federal Republic of Germany and of West Berlin until the day comes when the German nation can be reunified in peace and freedom in a secure Europe. We shall be faithful to our commitments.“ Vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 23rd Session, Plenary meetings, 1677th meeting, S.4f.

Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 552–555 (Auszug).

<sup>2</sup> Lyndon B. Johnson.

<sup>3</sup> Richard M. Nixon (Republican Party) und Hubert H. Humphrey (Democratic Party).

<sup>4</sup> Vgl. dazu das Gespräch vom 7. September 1968; Dok. 287.

<sup>5</sup> Zur Entscheidung des Senats von Berlin, bei den Drei Mächten ein Verbot der NPD in Berlin anzuregen, vgl. Dok. 331.

von amerikanischen Truppen besetzten Stadt scharf reagiere. Die Amerikaner würden alles tun, was nötig sei, um Berlin zu verteidigen, aber „wir können das nicht tun, um die NPD zu verteidigen.“

Der Bundesminister stellte fest, der Regierende Bürgermeister habe richtig gehandelt, als er das Problem vor die Alliierten gebracht habe. In der Bundesrepublik könne man die Frage vor den Verfassungsgerichtshof bringen, Berlin gehöre aber nicht zu dessen Jurisdiktion, so daß dort dieser Weg nicht gangbar sei. Außerdem sei die NPD in Berlin von zahlreichen kommunistischen Agenten aus der Zone unterwandert. Rusk meinte, die Alliierten würden wohl keine Alternative haben, als gegen die NPD vorzugehen, nachdem Schütz die Sache vorgebracht habe. Der Bundesminister sagte, er glaube nicht, daß dagegen von seiten der Bundesrepublik Bedenken erhoben würden.

Rusk wandte sich dann NATO-Fragen zu, insbesondere dem Problem einer Ausdehnung der NATO-Interessen über die territorialen Grenzen der NATO-Länder hinaus, insbesondere ins Mittelmeer und den Nahen Osten. Falls sowjetische Streitkräfte bis an die Adria vordringen sollten, würde die NATO vor einem großen Problem stehen. Diese Fragen würden bei einigen NATO-Partnern nicht so ernstgenommen, wie sie es verdienten. Das Problem sei aber so wichtig, daß Konsultationen auf hoher Ebene in Gang gebracht werden sollten.

Rusk fragte dann den Bundesminister, ob er eine Möglichkeit zur Errichtung eines Europäischen Caucus in der NATO sehe. Die Vereinigten Staaten würden einem solchen Caucus nicht widersprechen. Es habe verschiedene Gelegenheiten gegeben, bei denen die Amerikaner bereit gewesen wären zu tun, was Europa gewünscht habe; aber sie hätten vor der Situation gestanden, daß es kein Europa in diesem Sinne gegeben habe. Der Bundesminister entgegnete, daß ein Caucus, [der,] auf der Basis einer sehr allgemeinen Definition, die Türken, Griechen, Portugiesen und andere einschliesse, nicht funktionieren würde. Vielleicht gebe es eine Möglichkeit für einen engeren europäischen Caucus, so würde zum Beispiel die WEU eine gute Grundlage abgeben, vorausgesetzt, daß die Franzosen mitarbeiten würden. Er wolle aber alles vermieden sehen, was das Engagement der Vereinigten Staaten in Europa reduzieren könnte.

Rusk warf die Frage auf, ob der Minister in der Frage der Verlängerung des NATO-Vertrages eine Chance für eine französische Kooperation sehe. Der Bundesminister wollte eine solche Möglichkeit nicht ausschließen. Es komme sehr wesentlich auf den Wortlaut eines solchen Vorschlags an. Die von Stewart vorgeschlagene Formulierung sei zu kurzfristig, da sie die Fortdauer der NATO auf die „gegenwärtigen Umstände“ (present circumstances) beschränke. Die Bundesrepublik und Italien würden eine lange Fortdauer akzeptieren, andere kleinere Länder würden allerdings vielleicht Schwierigkeiten haben.

Auf die Frage des Bundesministers, ob das griechische Regime politische Probleme für die USA verursache, antwortete Rusk mit ja. Andreas Papandreu sei sehr aktiv, außerdem tue das Regime törichte Dinge, die nur Schwierigkeiten verursachten; zum Beispiel habe es Melina Mercouri, die sehr populär sei, ausgebürgert. Es sei daher schwierig, das griechische Regime in den USA zu verteidigen. Außenminister Pipinelis habe allerdings ein gutes Urteil und sei

zu respektieren. Wahrscheinlich werde man, von der NATO her gesehen, den militärischen Beistand an Griechenland vergrößern müssen. Der Bundesminister bemerkte hierzu, daß es nützlich sein würde, wenn es eine reine NATO-Instanz gäbe, durch die Militärhilfe von einem Land zum anderen geleitet werden könnte. Das würde auch für uns die Dinge erleichtern.

Der Bundesminister warf sodann das Problem des Währungsausgleichs auf. Die Bundesregierung habe eine Arbeitsgruppe auf hoher Ebene<sup>6</sup> gegründet, die das Problem für uns behandeln solle. Er wisse nicht, wie weit man in den nächsten Monaten einem Abkommen näherkommen könne, aber zweifellos müßte man von Vereinbarungen loskommen, die nur für eine begrenzte Zeit gültig seien. Rusk führte aus, daß aufgrund der tschechischen Ereignisse die Mansfield-Resolution für den Augenblick auf Eis gelegt sei.<sup>7</sup> Zweifellos aber würden Anstrengungen gemacht werden, sie wieder hervorzuholen. Eine zufriedenstellende Regelung des Offset-Problems würde der amerikanischen Regierung sehr helfen, mit den Mansfield-Bestrebungen fertig zu werden. Der Bundesminister hob hervor, daß es auch nützlich wäre, wenn das Offset-Problem im Rahmen eines breiteren NATO-Abkommens gelöst werden könnte. Es sehe nicht gut aus, wenn als einzige Konsequenz aus der tschechischen Krisis das bilaterale Problem zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik gelöst würde. Man müsse sich auch vor der Erwartung hüten, daß die Bundesrepublik die Führung in Richtung auf eine militärische Verstärkung der NATO ergreifen würde. Das würde zweifellos innerhalb der westlichen Gemeinschaft neue Probleme aufwerfen.

Unter Hinweis auf eine Bemerkung Debrés am Vorabend sagte Rusk, es gebe kaum etwas, das mehr der Stärkung der NATO dienen würde, als eine Demonstration französischer Solidarität mit der NATO. Der Bundesminister sagte, Deutschland werde weiterhin mit den Franzosen über die Freundschaft zwischen den beiden Nationen reden, um diese Beziehung zwischen den Völkern zu erhalten. Rusk meinte, es sei wichtig, für Frankreich den Weg offenzuhalten, eines Tages zu Europa und zur NATO zurückzukehren<sup>8</sup>. Auf eine entsprechende Frage des Bundesministers antwortete Rusk, daß die amerikanischen Beziehungen mit Frankreich sich in der Form verbessert hätten, aber nicht in der Substanz.

Zum Abschluß gab Rusk dem Bundesminister noch einen Überblick über die Verhandlungen mit Spanien über das Problem der Stützpunkte. Die spanischen finanziellen Forderungen und die Forderungen nach einem Sicherheitsvertrag seien so exorbitant, daß der Senat sie unter keinen Umständen akzeptieren würde. Auf die Frage, ob der Bundesminister eine Möglichkeit sehe, daß die anderen NATO-Partner Spanien zum Bündnis zulassen würden, antwortete der Bundesminister mit nein. Die Holländer, Norweger, Dänen und Briten würden dagegen opponieren. Was die spanischen Stützpunkte angehe, so

<sup>6</sup> Auf der Sitzung des Bundeskabinetts am 9. Oktober 1968 wurden Staatssekretär Duckwitz sowie die Staatssekretäre Grund (Bundesministerium der Finanzen), Schöllhorn (Bundesministerium für Wirtschaft) und von Hase (Bundesministerium der Verteidigung) beauftragt, Lösungsvorschläge für das Problem des Devisenausgleichs mit den USA zu erarbeiten.

<sup>7</sup> Zu den Äußerungen des amerikanischen Senators Mansfield vom 22. August 1968 vgl. Dok. 294, Anm. 7.

<sup>8</sup> Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus.

schlage er vor, daß Ambassador Lodge diese Frage mit dem Bundeskanzler bespreche, der nächstens Spanien besuchen werde.<sup>9</sup> Vielleicht könne die Bundesrepublik ihren Einfluß benutzen, so daß der Bundeskanzler in dieser Frage in Madrid etwas erreichen könnte. Rusk nahm den Vorschlag dankbar auf und sagte zu, Ambassador Lodge entsprechende Weisungen zukommen zu lassen.<sup>10</sup>

[gez.] Knappstein

VS-Bd. 10078 (Ministerbüro)

333

### Ministerialdirigent Heipertz, Prag, an Staatssekretär Duckwitz

Z B 6-1-16068/68 geheim  
Fernschreiben Nr. 381

Aufgabe: 11. Oktober 1968, 13.15 Uhr  
Ankunft: 11. Oktober 1968, 14.23 Uhr

Nur für StS und D II<sup>1</sup>

I. Gewährsmann hatte gestern wie folgt unterrichtet:

1) Die Lage in der ČSSR sei sehr kompliziert; dies beruhe aber weniger auf dem progressiven Nach-Januar-Kurs und dem Einmarsch der Sowjets, als vielmehr auf der ideologischen Entwicklung in der Sowjetunion. Die ČSSR sei in diesem größeren Rahmen nur eine Art Nebenerscheinung.<sup>2</sup>

Nach den tschechischem Außenministerium vorliegenden Nachrichten bestünden in der KPdSU starke Kräfte – namentlich noch nicht identifizierbar –, die auf eine Revision einiger Punkte des XX. Parteitages<sup>3</sup> hinarbeiteten, insbeson-

<sup>9</sup> Bundeskanzler Kiesinger hielt sich vom 28. bis 30. Oktober 1968 in Spanien auf.

<sup>10</sup> Am 16. Oktober 1968 bat der amerikanische Botschafter Cabot Lodge Bundeskanzler Kiesinger, „General Franco persönlich (nicht Außenminister Castiella) zu sagen“, es liege im Interesse Spaniens und Westeuropas, „daß die Vereinigten Staaten weiterhin die Stützpunkte in Spanien benutzen könnten; dies sei für die europäische Sicherheit wichtig. Nach amerikanischer Auffassung sei dies insbesondere bedeutsam angesichts der wachsenden sowjetischen Drohung im Mittelmeer. Die amerikanische Regierung habe der spanischen Regierung mehr als das Doppelte der Leistungen angeboten, die im vorhergehenden Abkommen vereinbart gewesen seien. Vielleicht könne der Herr Bundeskanzler den Spaniern klarmachen, daß eine Ablehnung dieses Angebots die Freunde Spaniens und die NATO sehr beunruhigen würde. Man könne auch sagen, daß die Sicherheit Spaniens größer sei, wenn Amerika diese Stützpunkte benutzen könne.“ Vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 29; B 150, Aktenkopien 1968.

Zum Gespräch des Bundeskanzlers mit dem spanischen Außenminister Castiella am 28. Oktober 1968 in Madrid über die Frage der amerikanischen Stützpunkte vgl. Dok. 355.

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirektor Ruete vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Sahm am 15. Oktober 1968 vorgelegen.

<sup>2</sup> Der Passus „der ideologischen Entwicklung ... Nebenerscheinung“ wurde von Ministerialdirektor Ruete hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

<sup>3</sup> Mit der Geheimrede vom 25. Februar 1956 auf dem XX. Parteitag der KPdSU, in der der Vorsitzende des Ministerrats, Chruschtschow, die Verbrechen der Stalin-Zeit anprangerte, wurde die Entstalinisierung in der UdSSR eingeleitet. Für den Wortlaut vgl. CHRUSCHTSCHOW ERINNERT SICH, hrsg. von Strobe Talbott, Reinbek 1971, S. 529–586.

dere eine ideologische Änderung der „friedlichen Koexistenz“ forderten. Diese Kräfte argumentierten, daß die sowjetische Weltpolitik seit Stalins Tod<sup>4</sup> keine visiblen Erfolge aufzuweisen habe. Daher sei es notwendig, einen harten Kurs einzuschlagen und eine auf ideologische Auseinandersetzungen gerichtete Strategie zu wählen. Man müsse sogar so weit gehen – wenn auch nur auf Zeit und unter Inkaufnahme von latenten Gegensätzen –, sich mit China zu arrangieren bzw. abzustimmen. Rezek habe in diesem Zusammenhang erwähnt, daß Peking die Erfüllung der Forderung nach einer partiellen Revision des XX. Parteitages, insbesondere der Politik der friedlichen Koexistenz, als ausreichend für eine Verbesserung der chinesisch-sowjetischen Beziehungen betrachte.

Diese neostalinistische Gruppe benütze die Militärs, die aus strategischen Erwägungen für eine harte Linie einträten. Als Beispiel für die Notwendigkeit eines stalinistischen Kurses berufe man sich auf die Entwicklung im gesamten WP-Raum, die weitverbreitete Zersetzungserscheinungen aufweise. Man verlange – mit dem Ziel einer Konsolidierung der kommunistischen Parteien im Ostblock und Asien – eine Unterstützung aller derjenigen Kräfte, die für eine Zusammenarbeit auf der Grundlage des Neostalinismus bereit seien, z.B. in erster Linie „DDR“, Nordkorea, Nordvietnam und außerdem Kuba. Eine Rücksichtnahme auf die westeuropäischen KP helfe, wie die Entwicklung seit 1958 gezeigt habe, der Sowjetunion nicht – im Gegenteil, sie schränke ihre gesamte Manövrierfähigkeit ein.

2) Die tschechoslowakische Politik für die nächsten Monate stehe daher vor folgender Frage:

Wenn es auch paradox klinge, so ginge man in Prag von der Tatsache aus, daß es in der Sowjetunion Kräfte gebe, an deren Zerschlagung man kein Interesse habe. Versuche man, die gegenwärtigen Strömungen in der Sowjetunion einzuordnen, so könne man folgende grobe Einteilung machen:

- Vertreter eines Reformkurses
- Vertreter eines harten Kurses
- Neostalinisten.

Wie immer der Kampf zwischen diesen Gruppen auch ausgehe (wobei man an einen absoluten Sieg der Neostalinisten nicht glaube), das Ergebnis sei – da die ČSSR nun einmal zum sozialistischen Lager gehöre – entscheidend für die politische Zukunft des Landes. Aus diesem Grunde werde man in den nächsten Monaten eine „Politik der Enthaltbarkeit“ üben, d.h. nach außen hin keine Anhaltspunkte geben, die darauf schließen lassen könnten, in welche Richtung man sich „festgelegt“ habe. Man werde sich darauf konzentrieren, den Normalisierungsprozeß unter optimaler Ausnützung aller Möglichkeiten und die wirtschaftliche Entwicklung, einschließlich eines intensiven Handels mit dem Westen (aber auch hier werde man nicht darüber schreiben), voranzutreiben.

3) Was die zukünftige Europa-Politik der ČSSR angehe, denke man hier auf lange Sicht. Man wolle unter allen Umständen vermeiden, daß in diesem Bereich eine atmosphärische Verschlechterung eintrete. Folgendes Beispiel habe

<sup>4</sup> Jossif Wissarionowitsch Stalin starb am 5. März 1953.

Rezek in diesem Zusammenhang erwähnt: die sowjetische Forderung, den Westen anzugreifen, werde man bestrebt sein, zukünftig so zu erklären, daß man in erster Linie die USA als Imperialisten attackieren werde (die Vereinigten Staaten seien ja weit und an diese Form der Beschuldigung gewöhnt). Was die Bundesrepublik angehe, so werde man nur dann der propagandistischen Pflichtübung nachkommen, wenn dies nicht zu umgehen sei. Man habe die Absicht, und dies müsse im Rahmen einer „perspektiven Politik“ verstanden werden, mit den reformierten Kräften in den übrigen sozialistischen Ländern das Problem Westdeutschland etwa wie folgt zu erörtern: „Was bedeutet schon Westdeutschland als militärischer Faktor gemessen an der militärischen Stärke der Vereinigten Staaten; Westdeutschland stelle, militärisch allein genommen, keine Gefahr dar.“

4) Rezek habe deutlich gemacht, die Bundesrepublik solle einsehen, daß die ČSSR „noch nicht unter dem Deckel sei“. Es wäre für die weitere Entwicklung der ČSSR fatal, wenn im Westen, insbesondere aber in Westdeutschland, der Eindruck aufkäme, Prag könne abgeschrieben werden.

II. Es stellt sich die Frage, warum Rezek Gewährsmann, von dem er weiß, daß er mit der Handelsvertretung in Verbindung steht, diese Analyse mitgeteilt hat. Soweit sich rückschauend feststellen läßt, haben sich die Äußerungen Rezeks – auch nach dem 21. 8. – als zutreffend erwiesen. Ich habe den Eindruck, daß das Motiv für diese Bewertung darin zu sehen ist, daß Rezek, der an der Gestaltung der Europapolitik des Nach-Januar-Kurses maßgeblich beteiligt war und in diesem Zusammenhang auf eine positive Entwicklung der tschechoslowakisch-deutschen Beziehungen hinarbeitete, nunmehr bestrebt ist zu vermeiden, daß unser Interesse an Prag nachläßt. Rezek gehört auch zu denjenigen im Außenministerium, die, wenn auch nur atmosphärisch, die außenpolitischen Ansätze seit Januar zumindest solange retten wollen, bis klare Vorstellung über die zukünftige sowjetische Politik besteht.

[gez.] Heipertz

VS-Bd. 4461 (II A 5)

## 334

**Botschafter Böker, New York (UNO),  
an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-16084/68 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 1055**

**Aufgabe: 11. Oktober 1968, 15.15 Uhr**

**Ankunft: 11. Oktober 1968, 20.50 Uhr**

Betr.: Gespräch des Herrn Bundesministers mit australischem Außenminister  
Hasluck

Gespräch Bundesminister mit Hasluck fand am Nachmittag des 9. Oktober in Shaws Residenz statt. Anwesend: Staatssekretär Sir James Plimsoll, VN-Botschafter Shaw und außer mir Botschafter Bahr und Gesandter von Schmidt-Pauli.

Hasluck kritisierte einleitend, ähnlich wie in seiner Vormittagsrede vor Vollversammlung<sup>1</sup>, die sowjetische Theorie vom sozialistischen Commonwealth und stellte anschließend Bundesminister die Frage nach der deutschen Auffassung zur europäischen Entwicklung.

Bundesminister antwortete, er sei, anders als NATO-Experten<sup>2</sup>, der Ansicht, daß Sowjets nicht so sehr einen „Verrat“ der ČSSR, sondern eine Ausbreitung liberaler Tendenzen in der Union im Sinne einer „national identification“ der sowjetischen Teilstaaten gefürchtet hatten. Ulbricht habe in allen Phasen des Konflikts eine erhebliche Rolle gespielt.

Auf eine weitere Frage entgegnete Bundesminister, wir seien nicht gegen friedenssichernde Kontakte zwischen den beiden Großmächten, doch sei eine bessere Balance zwischen den amerikanischen Positionen gegenüber der Sowjetunion und gegenüber ihren Bündnispartnern erforderlich, um dem Mißtrauen kleinerer Bündnispartner vorzubeugen. Dieses sei durch gewisse Vorfälle, auch am Rande der Genfer Konferenz der Nichtnuklearen<sup>3</sup>, genährt worden. Die Entspannung werde viel Zeit benötigen, die Stärkung der Verteidigung sei ihre Voraussetzung.

Zu Haslucks Frage nach NV-Vertrag sagte Bundesminister, die Unterzeichnung durch BRD sei vertagt, und zwar nicht wegen der NV-Prinzipien, zumal wir rechtlich bereits gebunden seien, sondern u. a. wegen der tschechoslowakischen Situation. Er habe im Sommer empfohlen, etwa Oktober/November zu

<sup>1</sup> Am 9. Oktober 1968 verglich der australische Außenminister das britische Konzept des Commonwealth mit der sowjetischen Auffassung eines solchen Staatenbundes: „An essential element of that Commonwealth is the freedom of any one of its members to leave the Commonwealth if it wishes to do so, and indeed two members have done so in the past. However, the Soviet Union apparently does not recognize the right of members of its own grouping of nations to leave the group. [...] So the first cause of our concern is that the Soviet Union disregards – indeed, disavows – the provisions of the Charter of the United Nations recognizing the rights of Member nations to independence and freedom from the threat or use of force.“ Vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 23rd Session, Plenary meetings, 1687th meeting, S. 9.

<sup>2</sup> Zur Beurteilung der politischen und militärischen Auswirkungen der Krise in der ČSSR durch die NATO vgl. Dok. 323.

<sup>3</sup> Die Konferenz der Nichtnuklearstaaten fand vom 29. August bis 28. September 1968 statt.



unterzeichnen; nun wolle er zunächst schweigen, doch vertraulich sagen, daß wir etwa im Frühjahr zur Unterschrift bereit sein dürften.

Die Genfer Konferenz sei für uns nützlich gewesen, fuhr Bundesminister fort. Wir hätten vor allem auch die Kontakte mit australischen Experten begrüßt, die wir gern fortsetzen möchten. Australien sei Mitglied des Board of Governors der IAEO. Wir würden die australische Unterstützung unserer angestrebten Mitgliedschaft sehr begrüßen.

Hasluck erwiderte, daß Australien für Erweiterung des IAEO Board of Governors sei, solange australische Position dort nicht beeinträchtigt werde und Erweiterung nicht zur Präsenz von wirtschaftlich und technisch unqualifizierten Ländern führe, wie dies im Sicherheitsrat leider gelegentlich eintrete. Hinsichtlich einer Unterzeichnung des NV-Vertrags habe Australien angesichts der CSSR-Krise und der Haltung des amerikanischen Kongresses noch nicht entschieden. Im übrigen sei Australien bei aller Kritik am jüngsten sowjetischen Vorgehen dafür, daß die Sowjetunion weitmöglichst in alle internationalen Gespräche (z. B. im Mittleren Osten, eventuell später auch in Vietnam) einbezogen werde; „you cannot scold them the whole time“.

Bundesminister beantwortete sodann Haslucks Fragen nach der deutschen Wirtschaftssituation, u. a. mit der scherzhaften Bemerkung, daß der Bundeswirtschaftsminister<sup>4</sup> die deutschen Gewerkschaften zu höheren Lohnforderungen auffordere. Botschafter Shaws Frage nach der Lage in Berlin beantwortete Bundesminister mit dem Hinweis auf amerikanische Auffassung, daß die Sowjets das „state interest“ der Vereinigten Staaten in Berlin anerkennen; doch habe Sowjetunion leider Möglichkeit zu wirtschaftlichen Repressalien gegen die Stadt selbst.

Besonders interessiert war Hasluck auch an den Ursachen für die Unruhe unter deutschen Studentengruppen, die Bundesminister ausführlich schilderte, wobei er auf die Diskrepanz zwischen technologischem Fortschritt und soziologischer Struktur und den Unwillen der jungen Menschen über die Unfähigkeit der heutigen Gesellschaftsordnung hinwies, mit Problemen wie Vietnam, Biafra und Prag fertigzuwerden. Dieses Problem sei, unabhängig von der sozialen Ordnung, ein Phänomen der Industriegesellschaft; auch in Jugoslawien gebe es Jugendproteste gegen die „rote Bourgeoisie“.

Das Gespräch endete mit Haslucks abschließender Bemerkung, daß in den Vereinten Nationen leider alle großen Fragen (Vietnam, China, Abrüstung) stagnierten.

[gez.] Böker

VS-Bd. 4336 (II B 1)

<sup>4</sup> Karl Schiller.

## 335

**Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger  
mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Clifford****Z A 5-78.A/68 geheim****11. Oktober 1968<sup>1</sup>**

Der Herr Bundeskanzler empfing am 11. Oktober um 16.00 Uhr den amerikanischen Verteidigungsminister Herrn Clifford zu einem Gespräch, an dem Staatssekretär Freiherr von und zu Guttenberg, Herr Ahlers sowie der amerikanische Botschafter Cabot Lodge teilnahmen.

Der Herr *Bundeskanzler* versicherte Herrn Clifford, daß sein Besuch sehr willkommen sei und er hier zu Freunden komme. Bereits am Vortag habe er gesagt, welche Einstellung das deutsche Volk habe und wie großen Wert es auf den Fortbestand des Bündnisses und auf gute und freundschaftliche Beziehungen zu den Vereinigten Staaten lege. In der deutschen Außenpolitik sei dies eine der beständigsten Überzeugungen der Deutschen – von einer sehr kleinen Studentengruppe abgesehen – während all dieser Jahre [gewesen]. Er hoffe, daß die Verhandlungen der NPG<sup>2</sup> zufriedenstellend verlaufen seien.

Dies sei ein Moment, in dem man ohne Nervosität und Hektik gemeinsam prüfen müsse, was nach den Ereignissen in der Tschechoslowakei erforderlich sei, um für die Sicherheit der in dem Bündnis vertretenen Völker zu sorgen. Wenn er sage, daß das deutsche Volk so großen Wert auf eine enge Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten lege, so bedeute dies nicht, worauf er auch in einer Regierungserklärung hingewiesen habe<sup>3</sup>, daß man hilfeschende Blicke auf den großen Bruder wirft, wenn man sich in Schwierigkeiten befinde. Natürlich wüßten wir auch, daß wir einen eigenen Beitrag im Rahmen des uns Möglichen zu leisten hätten. Hierzu sei man auch bereit. Es bleibe aber wahr, daß im Hinblick auf das militärische Gleichgewicht in Europa auf dem konventionellen Sektor der beste Schutz die Präsenz amerikanischer Soldaten auf deutschem Gebiet sei, weil ein potentieller Aggressor sich zweimal überlegen werde, ob es gut wäre, hier in Europa mit den Amerikanern in einen Konflikt zu geraten.

Über die Ereignisse in der Tschechoslowakei gebe es noch keine einheitliche Analyse. In Dutzenden von Gesprächen mit Staatsmännern von Tokio bis Washington hier und auf seinen Reisen sei es nie ganz klar gewesen – er selbst sei sich auch noch nicht ganz im klaren darüber –, ob die russischen Schritte in der Tschechoslowakei nur im Zusammenhang mit der dortigen Entwicklung gesehen werden könnten und müßten. Man treffe vielfach auf die Ansicht, die dortige Entwicklung habe die Russen gewissermaßen zu einer Intervention gezwungen. Die andere Interpretation sei aber, daß es sich nur um eine Phase in

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 16. Oktober 1968 gefertigt.

<sup>2</sup> Die Nukleare Planungsgruppe der NATO hielt am 10./11. Oktober 1968 in Bonn eine Sitzung ab. Vgl. dazu Dok. 343.

<sup>3</sup> Zur Erklärung des Bundeskanzlers Kiesinger vom 25. September 1968 vgl. Dok. 327, Anm. 13.

einem weiterblickenden Plan Moskaus gehandelt habe. Er selbst sei sich in der Analyse und deswegen auch in der Prognose noch nicht ganz sicher. Was ihm Sorge bereite, seien die maritimen Bewegungen des Ostens an den beiden Flanken: im Mittelmeer und im Norden Skandinaviens, Bewegungen, die bereits seit einigen Jahren im Gange seien. In diesem Zusammenhang müßten auch die jüngsten Bemühungen Kossygins in Finnland<sup>4</sup> gesehen werden, die gewiß dem Versuch dienten, Skandinavien aus der NATO herauszuberechnen. Dort werde vom Osten immer wieder auf eine angebliche deutsche imperialistische Wirtschaftsexpansion hingewiesen. In einigen skandinavischen Ländern werde auch schon die Frage gestellt, ob es vielleicht nicht doch besser wäre, sich aus der NATO zurückzuziehen. Er sei sicher, daß auch in den kommenden Jahren die sowjetischen Bemühungen konsequent darauf gerichtet seien, die NATO zu schwächen. An einen militärischen Angriff glaube er nicht. Vielmehr dürfte es der Sowjetunion darum gehen, so viele Glieder wie möglich aus dem Bündnis herauszuberechnen, sei es durch Einschüchterung oder durch eine sogenannte neue Friedenskampagne. Er befürchte auch, daß diesen Bemühungen schon ein gewisser Erfolg beschieden gewesen sei.

Was die beiden Analysen angehe, so neige er mehr zur zweiten, das heißt man könne zwar das sowjetische Eingreifen in der Tschechoslowakei als durch die lokalen Ereignisse provoziert interpretieren, dennoch glaube er aber, daß das russische Vorgehen Teil eines umfassenderen Plans gewesen sei.

Er sei davon überzeugt, daß man an einem entscheidenden Augenblick der Geschichte angekommen sei, der vielleicht zum letzten Mal die Chance biete, gemeinsam das Erforderliche zu tun. Er rede sicher nicht dem Geist des kalten Krieges das Wort. Wir wollten Frieden. Er sei auch davon überzeugt, daß die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion in Verbindung miteinander bleiben müßten, wobei er vor allem an das crisis management denke. Dies sei absolut erforderlich. Er habe auch mit Freude gehört, daß amerikanische Staatsmänner aus beiden Parteien einen Gedanken verträten, den er selbst auch Präsident Johnson dargelegt habe, daß man nämlich ein System finden sollte, in dem beides geschehe: einmal ein permanentes crisis management und gleichzeitig enge Konsultationen mit den Verbündeten.

Ein europäischer Ministerpräsident, der selbst sehr nachdrücklich für die NATO eintrete, habe ihm vor einiger Zeit gesagt, die Russen seien töricht gewesen, denn hätten sie zwei Jahre gewartet, so wäre von der NATO nichts mehr übrig gewesen. Rusk habe ihm bei seinem letzten Besuch gesagt, auf die Dauer könnte die Sowjetunion die Koexistenz nicht aushalten. Er sei geneigt, dem zuzustimmen. Die Koexistenz habe aber auf beiden Seiten zu einer Schwächung der inneren Bindungen geführt und die Frage sei, welcher Seite größere Gefahren drohten, auf welcher Seite sich die Auflösung schneller vollziehe. Man müsse sich deshalb fragen, ob die Situation so sei, wie sie der europäische Ministerpräsident geschildert habe, oder ob Rusk recht habe. Auf alle Fälle müsse man aber auch in den kommenden Jahren mit Krisen rechnen. Er sei sicher, daß die Sowjets rücksichtslos reagieren würden, wenn sie den Eindruck erhielten, daß sie die Herrschaft über ihr „kommunistisches Common-

<sup>4</sup> Der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, Kossygin, besuchte vom 7. bis 9. Oktober 1968 Finnland.

wealth“ verlören. Die Aussage Ruskis habe also nicht nur eine optimistische Seite. Es stelle sich somit die Frage, ob man sicher sein könne, daß es die Russen bei jeder Krise, die kommen werde, da sich der Drang nach individueller und nationaler Freiheit auf die Dauer nicht unterdrücken oder ausmerzen lasse, dabei bewenden ließen, nur innerhalb ihres eigenen Bereichs zu reagieren, oder ob sie in einer desperaten Situation auch über die Grenze ihres Bereichs hinaus handeln würden.

Zusammenfassend wies der Herr Bundeskanzler darauf hin, daß er nicht erst unter dem Eindruck der Ereignisse in der Tschechoslowakei, sondern bereits seit einiger Zeit der Überzeugung sei, wir lebten in der schrecklichen Gefahr, daß der Westen zu rasch bereit sein könnte, die beträchtlichen Opfer, die zur Aufrechterhaltung der Verteidigungsposition erforderlich seien, zugunsten anderer wünschenswerter Ziele im Sinne der modernen Wohlfahrtspolitik aufzugeben. Hier könnte es eines Tages ein böses Erwachen geben.

Verteidigungsminister *Clifford* überbrachte zunächst von Präsident Johnson herzliche Grüße und beste Wünsche für die Gesundheit des Herrn Bundeskanzlers sowie für den weiteren Erfolg seiner Arbeit. Der Präsident habe ihn gebeten, mit dem Herrn Bundeskanzler über zwei Themen zu sprechen: Tschechoslowakei und NATO.

Zum ersten Thema führte der Minister aus, daß man die sowjetische Intervention in der Tschechoslowakei als außerordentlich ernst betrachte. Man sei nicht geneigt, von der Annahme auszugehen, daß es sich dabei nur um einen Schritt gehandelt habe, den die Sowjets hätten tun müssen, um einer weiteren Entwicklung demokratischen Denkens in der Tschechoslowakei Einhalt zu gebieten. Die derzeitige amerikanische Regierung sei vielmehr der Auffassung, daß die Art und Weise, in der es in der Sowjetunion zu dem Entschluß zu einer Intervention in der Tschechoslowakei gekommen sei, allen Ländern des Westens tiefe Besorgnis verursachen müsse. Die militärischen Maßnahmen seien sehr wirksam und sehr gekonnt durchgeführt worden. Über die Manöver habe man Bescheid gewußt, man habe auch durchaus die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß die Manöver eines Tages zu einem Einmarsch in die Tschechoslowakei führen könnten. Als dies aber wirklich geschehen sei, habe man keinerlei Vorkenntnis davon gehabt. Nach Auffassung der amerikanischen Militärs sei der Einmarsch eine hervorragende Operation gewesen. Obschon das Wetter schlecht gewesen sei, seien die Luftlandeoperationen mit großer Präzision durchgeführt worden, so daß man von dem Ganzen nur sagen könne, es sei außerordentlich gut geplant und durchgeführt worden. Was die politische Seite angehe, so hätte sie nicht schlechter sein können. Obschon behauptet worden sei, führende Tschechen hätten die Sowjets um Intervention gebeten<sup>5</sup>, sei es bisher noch nicht gelungen, auch nur einen prominenten Tschechen zu finden, der sich dazu bekenne, die Einladung ausgesprochen zu haben. Auch für die Behauptung, daß eine Aggression von außen gedroht habe, fehle jeder Beweis. Man komme daher zu der Schlußfolgerung, daß der militärische Ablauf effizient und reibungslos gewesen sei, daß sich aber auf dem politischen Sektor sehr deutlich eine gefährliche Impulsivität abgezeichnet habe. Er selbst

<sup>5</sup> Vgl. dazu Dok. 262, besonders Anm. 7.

glaube, die politische Entscheidung müsse im Kreml sehr überstürzt getroffen worden sein. Dies gebe Anlaß zu großer Besorgnis. Man habe den Eindruck, daß im Politbüro eine lange Debatte stattgefunden habe, bei der sich die Verfechter einer harten Linie schließlich durchgesetzt hätten. Diese wiederum glaubten wohl, den Beweis dafür schuldig zu sein, daß sie Entscheidungen rasch treffen und durchführen könnten. Man sei sich nicht sicher, ob es sich um einen von mehreren Schritten handle oder ob es nur ein isolierter Schritt gewesen sei. Das nächste Ziel könnte Rumänien sein, unter dem Vorwand, daß die gefährliche Philosophie aus der Tschechoslowakei auf Rumänien übergegriffen habe und deshalb die Sowjets in Rumänien eingreifen müßten. Dies alles wiederum könne nur ein Vorwand dafür sein, um zehn bis fünfzehn Divisionen für Maßnahmen gegen Jugoslawien bereitzustellen. Die Sowjets hätten seit Jahren Jugoslawien als Dorn im Fleisch empfunden, und wenn es zutreffe, daß die Verfechter einer harten Linie den Kurs bestimmten, sei es nicht ausgeschlossen, daß sie bei einer sich bietenden Gelegenheit auch gleich ein paar andere Fragen bereinigen wollten. Man betrachte die jüngste Situation mit sehr großem Ernst.

Das gleiche gelte für die Entwicklung im Mittelmeerraum. Aus diesem Grunde halte man die sechste Flotte in beträchtlicher Stärke aufrecht. Die Russen hätten ihre Flagge auch im Indischen Meer und im Persischen Golf gezeigt, vor kurzem hätten sie einen Träger für Hubschrauber eingeführt, desgleichen neue Typen von Landungsbooten, und schließlich seien im Mittelmeer auch Marinelandetruppen stationiert. All dies seien sicher keine Verteidigungswaffen. Das sowjetische Unterseebootprogramm sei sehr umfangreich. Die neuesten Boote seien hochmodern, vor allem was die Geschwindigkeit und die große Laufruhe der Antriebsmaschinen angehe. Das Bild, das sich biete, sei keineswegs beruhigend.

In der vergangenen Woche habe Gromyko zu Herrn Rusk gesagt, was die sozialistische Welt angehe, so kenne man keine nationalen Grenzen. In der gleichen unverhüllten und zynischen Weise sei der sowjetische Standpunkt auch schon früher zum Ausdruck gebracht worden.<sup>6</sup> Seiner Ansicht nach demonstriere dieser Umstand klar den völligen Zusammenbruch der Hoffnungen all jener, die geglaubt hätten, die Sowjetunion habe einen neuen Kurs eingeschlagen, der es gestatte, in der westlichen Welt weniger wachsam zu sein, all jener, die geglaubt hätten, die Entspannung sei nur eine Frage der Zeit und die Ära Lenins, Stalins und Chruschtschows sei vorüber. Wer so gedacht habe, sei einem Irrtum erlegen.

Die jetzige Situation unterstreiche die außergewöhnliche Bedeutung der NATO. In diesem Zusammenhang überbringe er eine zweite Botschaft Präsident Johnsons, der hiermit erneut die Verpflichtungen bekräftige, welche die Vereinigten Staaten gegenüber der NATO eingegangen sind. Diese Verpflichtungen kämen nicht nur in freundschaftlichen Beziehungen, sondern in der Tatsache zum Ausdruck, daß viele Amerikaner aufgrund dieser Verpflichtungen in Europa stationiert seien. Ein Krieg könne nur verhindert werden durch die Einheit der Völker Europas und der Vereinigten Staaten. Was die NATO

<sup>6</sup> Zur sowjetischen Auffassung von einem „sozialistischen Commonwealth“ vgl. Dok. 312, Anm. 9, und Dok. 327, Anm. 11.

angehe, so lege Präsident Johnson Wert darauf, daß der Herr Bundeskanzler verstehe, was in den Vereinigten Staaten geschehe. Darüber sei auch ausführlich mit Herrn Birrenbach<sup>7</sup> gesprochen worden. Die Entscheidung, die jede Nation innerhalb der NATO treffe, sei ihre eigene Entscheidung. Jeder NATO-Verbündete sei unabhängig und habe im Bündnis die gleiche Stimme. Die Amerikaner seien nicht so anmaßend, ihren Verbündeten vorzuschreiben, was sie zu tun und zu lassen hätten.

Im amerikanischen Kongreß gebe es eine nicht unerhebliche Zahl von Senatoren und Abgeordneten, die der Auffassung seien, die Vereinigten Staaten hätten ihre Verpflichtungen gegenüber Westeuropa erfüllt, und es sei heute, 23 Jahre nach Abschluß des Krieges, nicht mehr erforderlich, dort amerikanische Streitkräfte zu unterhalten. Deshalb könne man diese Streitkräfte zurückziehen, was zu einer Einschränkung der Ausgaben und damit zu einer Verbesserung der Zahlungsbilanzposition führe. Diese Haltung im Kongreß habe sich während der letzten zwei, drei Jahre verstärkt. Einige führende Mitglieder des Kongresses aus beiden Parteien träten nicht nur für einen Plan ein, die Verbindungen zur NATO abzubauen, sondern regten zu diesem Zweck schon Änderungsvorschläge zu bestehenden Gesetzen an. Senator Symington habe beispielsweise ein „amendment“ vorgeschlagen, nach dem die amerikanischen NATO-Streitkräfte auf 50 000 Mann gekürzt werden müßten und es dem Präsidenten nicht gestattet sein sollte, Streitkräfte über diese Zahl hinaus zu unterhalten.<sup>8</sup> Er habe diese Sache nicht allzu ernstgenommen, bis ihm vor kurzem Senator Russell, der Vorsitzende des Ausschusses für die Streitkräfte, gesagt habe, er halte die Zeit für gekommen, das Symington-amendment zu unterstützen. Senator Mansfield sei nicht ganz so weit gegangen, doch halte er es auch für angezeigt, mit einer Verminderung der Streitkräfte zu beginnen und im Laufe der Jahre die amerikanischen Soldaten zurückzuholen. Die derzeitige Regierung – und wie er hoffe, auch die neue – halte diese Einstellung für falsch. Sie sei der Auffassung, daß die bisherigen Bemühungen fortgesetzt werden müßten. Derzeit befänden sich über 300 000 amerikanische NATO-Soldaten in Ländern der NATO, daneben würden erhebliche Einheiten der Luftwaffe der NATO zur Verfügung gestellt und in den Vereinigten Staaten selbst eine Reihe von Divisionen für NATO-Zwecke in Reserve gehalten, die für keine anderen Aufgaben – auch nicht für Vietnam – eingesetzt würden.

Der in Amerika zugunsten einer Verminderung der Ausgaben für die NATO ausgeübte Druck sei beträchtlich. Hierbei handle es sich um ein Problem, das nicht nur die amerikanische Regierung berühre. Es werde vor allem gefragt, warum die Vereinigten Staaten auch weiterhin wesentliche Beiträge zur NATO leisten sollten, wenn einige andere Verbündete nicht das Ihre täten. Vor den Ereignissen in der Tschechoslowakei hätten die Belgier, die Kanadier und die Briten Kürzungen ihrer Streitkräfte erwogen. Die Briten hätten mit wirtschaftlichen Argumenten operiert und behauptet, durch den Abzug ihrer Streitkräfte aus dem Gebiet östlich von Suez könnten sie ihren NATO-Verpflichtungen besser gerecht werden. Er selbst glaube aber nicht, daß damit die

<sup>7</sup> Der CDU-Abgeordnete Birrenbach hielt sich vom 7. bis 13. September 1968 in Washington auf. Vgl. dazu Dok. 291, Dok. 297 und Dok. 305.

<sup>8</sup> Vgl. dazu auch Dok. 148, Anm. 6.

britische Position innerhalb der NATO wesentlich verstärkt worden sei. Was den Abzug der Franzosen<sup>9</sup> angehe, so sei er in den Vereinigten Staaten mit Gelassenheit hingenommen worden, da de Gaulle in Amerika sehr unpopulär sei. Um die derzeitige Haltung der Regierung auch weiterhin verteidigen zu können, müsse man dem Kongreß sagen können, welche Beiträge andere Verbündete leisteten. Dies sei freilich eine Angelegenheit, die ganz im Ermessen eines jeden Landes stehe. Zu dem vom Kongreß ausgehenden Druck komme der Druck der Öffentlichkeit, die sich frage, ob nicht die Zeit gekommen sei, die Soldaten aus Übersee zurückzuholen. Diejenigen Amerikaner, die an die NATO glaubten und für gemeinsame Anstrengungen einträten, bemühten sich um die Hilfe der Deutschen. Das Zahlungsbilanzdefizit belaufe sich in diesem und im nächsten Jahr auf etwa 700 Millionen Dollar. Dies könne man nicht verkraften. In den Gesprächen auf der Sachverständigenebene komme man nicht weiter. Er glaube, daß eine ganze Reihe von Auslagen, die hier entstünden, von deutscher Seite übernommen werden könnten. Die Mitglieder der Regierung, die vor den Kongreßausschüssen erscheinen müßten, seien leider nicht in der Lage, über die bisherigen Verhandlungen ermutigende Berichte zu geben. Er würde es für gut halten, wenn der derzeitige Kongreß, in dem die Atmosphäre nicht sehr gut sei, bald zu Ende ginge, doch hoffe er, daß man während der Kongreßferien in der Angelegenheit vorankomme. Das Problem werde das gleiche bleiben, ohne Rücksicht darauf, wer die neue Regierung bilden werde. Denkende und gewissenhafte Amerikaner sähen in der amerikanischen Leistung für die NATO nicht nur einen Beitrag, sondern auch die Wahrung des eigenen aufgeklärten Selbstinteresses. Es handle sich keineswegs nur um einen Akt der Wohltätigkeit. Er stimme mit dem Herrn Bundeskanzler überein, daß die Abschreckung gegenüber der Sowjetunion heute darin bestehe, daß ein Schlag gegen Westdeutschland ein Schlag gegen die Vereinigten Staaten sei. Dies habe man so klar und deutlich gesagt, wie es nur gehe.<sup>10</sup> Mit einer weichen Haltung könne man die Sowjets nicht überzeugen. Zusätzlich zu den amerikanischen Leistungen zur NATO seien die für 1969 und 1970 geplanten Ausgaben für das Gebiet der nuklearen Strategie höher als zuvor. Bei der Entwicklung von Mehrfachgefechtssköpfen (MIRV<sup>11</sup>) stehe man vor einem neuen Durchbruch in der nuklearen Militärtechnologie. Vor kurzem seien verschiedene Versuche durchgeführt worden, deren Ergebnis besser als erwartet gewesen sei. Die Minuteman III und die Poseidon-Rakete seien für die Anwendung des MIRV-Verfahren vorgesehen. Der Grad der Treffgenauigkeit sei fünfmal höher als erwartet gewesen. Den Sowjets sei nicht unbekannt, daß hieran gearbeitet werde. Sie seien auf diesem Sektor vier Jahre zurück. Gerade auf diesem Gebiet sehe man die stärkste Wirkung der Abschreckung. Die Ereignisse in der Tschechoslowakei hätten in den Vereinigten Staaten eine gute Wirkung gehabt. Vielleicht bestehe jetzt die letzte deutliche Chance, die NATO weiter auszubauen und sie als schlagkräftiges Instrument aufrechtzuerhalten,

<sup>9</sup> Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus.

<sup>10</sup> Vgl. dazu die Äußerungen des Präsidenten Johnson vom 30. August und vom 10. September 1968; Dok. 297, besonders Anm. 4 und 5.

Vgl. dazu auch die Ausführungen des amerikanischen Außenministers Rusk am 3. Oktober 1968 vor der UNO-Generalversammlung; Dok. 332, Anm. 1.

<sup>11</sup> Multiple Independently Targeted Re-entry Vehicle.

eine Chance, die genutzt werden sollte. Diese Botschaft habe der Präsident dem Herrn Bundeskanzler übermitteln wollen.

Der Herr *Bundeskanzler* dankte für die übermittelte Botschaft und bat den Minister, dem Präsidenten seine respektvollen Grüße zu übermitteln. Er kenne die Fragen, die der Minister angeschnitten habe, und könne ihm dazu folgendes sagen: Man überprüfe derzeit den deutschen Beitrag zur NATO. Man wisse, daß einige Lücken und Unzulänglichkeiten bestünden und wolle sie in Ordnung bringen. Sodann sei der Verteidigungshaushalt mit dem Vorbehalt verabschiedet worden, daß er nach einer gründlichen Prüfung der Lage möglicherweise erhöht würde.<sup>12</sup> Bisher hätten darauf alle Parteien positiv reagiert, doch sei der Grad der Erhöhung ausschlaggebend.

Wenn er um 15 % erhöht werden sollte, wie dies vorgeschlagen worden sei, so würde dies in unserem Haushalt zu Schwierigkeiten führen. Drei Milliarden DM seien in unserem Haushalt eine extrem große Zahl. Obschon die Konjunktur ganz gut sei, seien die öffentlichen Einkünfte leider nicht so gut, und man habe nicht viel Bewegungsfreiheit. Für uns sei dies eine ernste Angelegenheit. Er wiederhole, daß man nicht vom großen Bruder Hilfe erwarten könne, wenn wir unsererseits das uns Mögliche nicht täten. Eine detaillierte Antwort könne er dem Minister noch nicht geben, doch werde derzeit im Verteidigungsministerium ein Weißbuch<sup>13</sup> über die einschlägigen Fragen vorbereitet, das im Kabinett erörtert werde. Daraus müßten dann Folgerungen gezogen werden. Die Tendenz, auch seine eigene, laufe auf eine Erhöhung unserer Verteidigungsanstrengungen hinaus.

Was die Frage der Devisenausgleichszahlungen angehe, so sei dies ein altes und wohl bekanntes Problem. Er kenne die amerikanische Position sehr gut, und auch hier gehe es um einen im Vergleich zu unserem Gesamtbudget sehr hohen Betrag. Nach der Bildung der großen Koalition habe man für die beiden vergangenen Jahre improvisierte Lösungen gefunden<sup>14</sup>, und man würde es auch für gut halten, wenn sich eine Lösung für längere Dauer finden ließe. Auch dieses Problem werde überdacht. Dem Hinweis des Ministers, daß sich die Verhandlungen nur schleppend hinzögen, begegnete der Herr Bundeskanzler mit der Bemerkung, daß die Beamten an Instruktionen gebunden seien, die ihnen im Hinblick auf die finanzielle Lage erteilt worden seien. Auf der letzten Kabinettsitzung sei ein Ausschuß von vier Staatssekretären zur Prüfung dieser Frage eingesetzt worden<sup>15</sup>, der dem Kabinett Lösungsvorschläge unterbreiten solle, die es ermöglichten, mit den Vereinigten Staaten zu einer längerfristigen Regelung zu gelangen. Er bitte darum, dem Präsidenten mitzuteilen, daß wir dabei seien, in zwei Bereichen neue Überlegungen anzustellen und Entscheidungen vorzubereiten, einmal um unseren Beitrag zur NATO zu erhöhen und sodann, um zu einer Lösung des Devisenausgleichs zu gelangen. Wenn man beide Beträge addiere, komme man zu einer Zahl von fast 7 Milli-

<sup>12</sup> Zum Beschluß der Bundesregierung vom 4. September 1968 und zur Erklärung des Bundeskanzlers Kiesinger vom 25. September 1968 vgl. Dok. 327, Anm. 13.

<sup>13</sup> Vgl. dazu Dok. 303, Anm. 9.

<sup>14</sup> Zu den Abkommen vom 28. April 1967 vgl. AAPD 1967, II, Dok. 151. Zum Abkommen vom 10. Juni 1968 vgl. Dok. 192.

<sup>15</sup> Vgl. dazu Dok. 332, Anm. 6.



arden DM bei einem Gesamtbudget von 81 Milliarden DM. Daraus lasse sich sofort ersehen, wie wichtig und weitgreifend diese Entscheidung sei. 7 Milliarden DM ließen sich nur durch neue Steuern, das heißt durch erhebliche Steuererhöhungen erzielen oder durch Einsparungen auf anderen Gebieten, was aber nicht möglich sei, da im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung bereits alle Möglichkeiten erschöpft worden seien. Durch den Hinweis auf die Größe der Zahl wolle er auf den Ernst des Problems aufmerksam machen. Wenn es in anderen Verhandlungen um ein paar hundert Millionen Mark gehe, sei es schon schwierig genug, die Deckung zu finden. Bei einem so hohen Betrag sei aber ein geradezu revolutionärer Eingriff erforderlich. Dies sei nur denkbar, wenn ein solcher Schritt von der ganzen Bevölkerung unterstützt würde. Diese Seite müsse auch bedacht werden. Ob sich bei einer multilateralen Lösung mehr erwarten ließe, wisse er nicht. Bei seinem letzten Besuch habe ihm de Gaulle gesagt, daß Frankreich derzeit mehr Streitkräfte als Großbritannien in Deutschland unterhalte, obgleich die Franzosen keinen Devisenausgleich verlangten. Er wisse nicht, ob dies so weitergehen werde, oder ob die Franzosen eines Tages genau wie die Engländer einen Ausgleich für 700 bis 800 Millionen DM verlangten. Wenn dies noch dazu käme, ergebe sich für den Ausgleich mit Amerikanern, Briten, eventuell Franzosen, Belgiern und Kanadiern ein Gesamtbetrag zwischen 8 und 9 Milliarden DM, das heißt mehr als 10 % des Budgets. Dieser Betrag müsse irgendwo gefunden werden. Er sage dies so deutlich, um auf das Ausmaß des finanziellen Problems hinzuweisen. Man sei aber dabei, neue Entscheidungen zu treffen, und wolle sie so treffen, daß hierdurch die NATO gestärkt werde. Man wolle versuchen, so weit man dies könne, den berechtigten Interessen der Vereinigten Staaten entgegenzukommen. Dies sei aber eine schwierige Aufgabe, und er könne noch nicht absehen, wie man sie löse. Er hoffe aber, daß eine Entscheidung in beiden Bereichen noch vor Ablauf des Jahres falle.

Verteidigungsminister *Clifford* erwähnte, daß in den Gesprächen der NPG der britische Verteidigungsminister Healey in einiger Ausführlichkeit das Argument vertreten habe, daß die Existenz taktischer nuklearer Waffen die beste Abschreckung gegen eine sowjetische Aggression in Europa sei. Er selbst habe dem widersprochen. Er glaube nicht, daß die taktischen nuklearen Waffen die Abschreckung darstellten. Entscheidend sei die Anwesenheit von mehr als 300 000 amerikanischen Soldaten in Europa. Schließe man sich dem britischen Argument an, dann erweise man der NATO sicher keinen großen Gefallen, denn solche Argumente würden nur allzu willig vom amerikanischen Kongreß aufgenommen und als Unterstützung der Position einiger Senatoren aufgefaßt werden. Damit aber wäre niemandem gedient. Die Schlußfolgerung wäre dann, daß wegen der Anwesenheit taktischer nuklearer Waffen alle amerikanischen Soldaten nach Hause gehen könnten. Dies aber hieße, geradezu eine Katastrophe herauszufordern. Der Minister betonte, daß die Entscheidung über die Zukunft weitgehend von der Entscheidung der Bundesrepublik abhängen würde. Die Bundesregierung müsse sich darüber schlüssig werden, welches für die Zukunft Deutschlands der wichtigste Faktor sei.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er sehe diese Frage wie der Minister. Er sei bereit, das Erforderliche zu tun. Er habe nur darlegen wollen, wie schwierig dieses Problem aus deutscher Sicht sei. Man habe gleichzeitig einige innenpoliti-

sche Schwierigkeiten mit den Bauern und dem rechten Flügel. Es bestehe kein echter Anlaß zu Beunruhigung, doch seien diese Probleme nun einmal da. Die Farmer wollten Milliarden-Beträge zum Schutz der Landwirtschaft, andernfalls gäben sie ihre Stimme den Radikalen. Es sei eine schwierige Aufgabe, der Bevölkerung zu sagen, daß sie den Gürtel enger schnallen müsse. Wenn sie aber das Gefühl habe, auf lange Zeit hinaus wirklich geschützt zu werden, wenn sie überzeugt sei, daß dies der richtige Weg sei, dann werde sie auch bereit sein, Opfer zu bringen.

Das Gespräch endete gegen 17.15 Uhr.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 29**

### 336

#### **Botschafter Böker, New York (UNO), an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-16090/68 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 1058**  
**Cito**

**Aufgabe: 11. Oktober 1968, 17.30 Uhr**  
**Ankunft: 12. Oktober 1968, 00.20 Uhr**

**Betr.: Gespräch Bundesaußenministers Brandt mit dem britischen Außenminister Stewart**

An dem Gespräch zwischen dem Herrn Bundesminister und Außenminister Stewart nahmen auf britischer Seite der stellvertretende VN-Botschafter Sir Leslie Glass und die Herren P.T. Hayman, D.J.D. Maitland, W.R. Haydon, J.A. Robinson und R.E.C.F. Parsons aus dem Foreign Office, auf deutscher Seite Botschafter Böker, Ministerialdirektor Bahr, Gesandter von Schmidt-Pauli und LR Richter teil.

Die britische Seite stellte eingangs die Ereignisse der Arbeitsbesprechung zwischen Vertretern Großbritanniens, der Bundesrepublik, Belgiens und Italiens zur Vorbereitung der WEU-Konferenz am 21.10. dar. Man habe Einverständnis über die Ziele der Konferenz erreicht und gleichzeitig einer „Special Group“ Vollmacht erteilt, für die WEU-Konferenz im Januar 1969<sup>1</sup> Vorschläge auszuarbeiten. Das Mandat werde den Franzosen gezeigt werden. Debré habe sich damit einverstanden erklärt, daß dieses Thema als gesonderter Tagesordnungspunkt behandelt wird. Das ausgearbeitete Papier werde in Kürze von der hiesigen belgischen VN-Mission zirkuliert werden.<sup>2</sup> Eine generelle Eini-

<sup>1</sup> Die WEU-Ministerratstagung fand am 6./7. Februar 1969 in Luxemburg statt.

<sup>2</sup> Bereits am 9. Oktober 1968 übermittelte die belgische Ständige Vertretung bei der UNO dem Beobachter der Bundesrepublik bei der UNO in New York ein Arbeitspapier des belgischen Außenministers Harmel. Darin wurde im Sinne der Verwirklichung einer europäischen politischen Union eine verstärkte Zusammenarbeit der europäischen Staaten auf den Gebieten Außenpolitik, Verteidigung (insbesondere Rüstungsentwicklung), Jugendfragen, Technologie und Währungsfragen gefordert. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1026 des Botschafters Böker, New York (UNO), vom 9. Oktober 1968; Referat I A 1, Bd. 673.

In dem Memorandum, das Harmel der WEU-Ministerratstagung am 21. Oktober 1968 vorlegte,

gung solle möglichst bis zum Abflug der anwesenden Minister aus New York erreicht werden. Eine abschließende Diskussion werde spätestens am Vorabend der WEU-Konferenz in Rom folgen.

Bundesminister: Er habe das von den Belgiern zirkulierte Papier bereits gesehen. Er halte es für keine schlechte Idee, ein Mandat bis zur Januartagung der WEU zu erteilen. Allerdings befürchte er, daß die Bemühungen nicht erfolgreich sein würden.

Stewart: Er hoffe, daß in diesen Bemühungen keine Rivalität zur EWG gesehen werden. Sie dienten einmal der europäischen Verteidigung und würden zum anderen mithelfen, die europäische politische Einigung voranzutreiben.

Bundesminister: Anknüpfend an den amerikanischen Vorschlag des „European Caucus“ solle man sich bemühen, die europäische Verantwortung für Verteidigungsfragen zu erhöhen, ohne dabei die USA vor den Kopf zu stoßen. Eine Vermischung mit der Beteiligung Griechenlands und der Türkei solle vermieden werden.

Stewart: Das amerikanische Interesse an Europa werde durch diese Initiative keinesfalls verringert werden. Die amerikanische öffentliche Meinung würde sich eher gegen den Isolationismus wenden, wenn Europa sich selbst helfe.

Bundesminister: Das Mindeste sei, daß ein Rückzug der amerikanischen Truppen aus Europa durch die Initiative zumindest verzögert werde.

Stewart: Das Mandat für die WEU beziehe sich nur auf absolut notwendige institutionelle Vereinbarungen. Es stünde letztlich allen europäischen Ländern offen.

Bundesminister: Ein enger Kontakt mit der WEU sei in diesem Zusammenhang zu begrüßen.

Stewart: Leider sei die Welt in ihrer Handlungsfähigkeit sehr begrenzt. Er hoffe, daß es diesmal kein französisches Veto geben werde. Ob der Herr Bundesminister ihm darin zustimmen könne?

Bundesminister: Grundsätzlich ja, man dürfe nicht vergessen, daß es sich um verschiedene Ebenen handle; die wirtschaftliche Einigung dürfe nicht aus den Augen verloren werden. Die Zollschränken zwischen EWG und EFTA sollten stufenweise abgebaut werden. Unsere Vorschläge<sup>3</sup> seien noch auf dem Tisch und würden noch auf der Tagesordnung der nächsten EWG-Sitzung zu finden sein. Es sei zu erwarten, daß die Europäische Kommission sich dazu äußern werde.

Stewart: Dies sei für ihn interessant, da er bisher sich nicht im klaren darüber war, wie weit die Sache gediehen sei.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1321*

wurde darüber hinaus ein Regierungsabkommen zur Regelung der Zusammenarbeit in den angesprochenen Punkten angeregt. Als erster organisatorischer Schritt sollte eine Studiengruppe eingerichtet werden, die Möglichkeiten und Bedingungen der Kooperation prüfen sowie einen Bericht für die WEU-Ministerratstagung Anfang 1969 erarbeiten sollte. Vgl. Ministerbüro, Bd. 326.

Harmel erläuterte seine Vorstellungen auch in einer Rede am 3. Oktober 1968 in Val Duchesse bei Brüssel. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 609–612.

<sup>3</sup> Zu den Vorschlägen des Bundesministers Brandt vom 27. September 1968 für ein Handelsarrangement zwischen den Europäischen Gemeinschaften und beitrittswilligen Staaten vgl. Dok. 315, Anm. 1.

Bundesminister legte daraufhin den deutschen Standpunkt zu den in Brüssel erreichten Ergebnissen und zum deutsch-französischen Verhältnis nach dem letzten Treffen zwischen Präsident de Gaulle und Bundeskanzler Kiesinger<sup>4</sup> dar.

Eine deutsch-französische Einigung über das weitere Vorgehen in Brüssel bestehe nicht. Es sei anzunehmen, daß die Europäische Kommission von sich aus unsere Vorschläge studieren werde. Außenminister Debré werde ihm am Dienstag einen Brief über das weitere Vorgehen schicken<sup>5</sup>, der sodann von der Bundesregierung beantwortet werde. Eine Unterrichtung der britischen Regierung werde zugesagt.

Zum deutsch-französischen Verhältnis müsse man auch das psychologische Moment berücksichtigen, daß wir nach den Ereignissen in der Tschechoslowakei, den sowjetischen Drohungen und den Unklarheiten in unserem Verhältnis zu den USA dem deutschen Volk nicht zumuten können, daß nun auch noch eine Enttäuschung über Frankreich hinzukomme. Die wesentlichen Elemente der Freundschaft zwischen den Völkern müßten erhalten bleiben. Da die Dinge mit Frankreich so schwierig geworden seien, befürworteten wir mehr britische Initiativen. Wir selbst könnten keine Initiative ergreifen, die den Anschein erwecken würde, daß Frankreich ausgeschlossen werden solle. Über einen Vorschlag, der von anderer Seite kommt, werden wir jedoch nach unseren Interessen entscheiden.

Stewart: Er stimme zu, daß die deutsch-französische Aussöhnung für die Bundesregierung außerordentlich wichtig sei.

Es entspreche sicherlich unseren Vorstellungen, daß nunmehr diese Initiative ergriffen würde. Großbritannien werde verstärkt die einmal begonnene Politik fortsetzen.

Die Solidarität der NATO-Länder sei gegenwärtig besonders wichtig. Die britische Regierung habe jede Gelegenheit benutzt, um den Sowjets klar zu machen, daß die Ostpolitik der Bundesregierung richtig sei. Angesichts der sowjetischen Drohungen sei man in Großbritannien besonders besorgt, daß die französische Politik so „divisive“ sei, sowohl hinsichtlich der NATO als auch des britischen Beitritts zur EWG. Auf der einen Seite würden die Franzosen sagen, daß die britische Wirtschaft zu schwach sei, was ein vorübergehender Grund ist, auf der anderen Seite würden sie sich gegen eine Änderung der politischen Natur der EWG wenden. Das Bedauerliche hieran sei, daß sich bei diesem Argument keine zeitliche Begrenzung ergebe.

Bundesminister: Er danke für die britische Haltung gegenüber den sowjetischen Drohungen gegen die Bundesrepublik Deutschland. Er gab dann eine kurze Darstellung seines Gesprächs mit Gromyko.<sup>6</sup>

Stewart: Zum NV-Vertrag frage er sich, wieviel an den Befürchtungen Gromykos gegenüber der Bundesrepublik Deutschland echt sei. Er glaube, daß die Sowjets ähnlich wie auch die Osteuropäer zum Teil wenigstens echte Befürch-

<sup>4</sup> Für die Gespräche des Staatspräsidenten de Gaulle mit Bundeskanzler Kiesinger am 27./28. September 1968 vgl. Dok. 312, Dok. 314 und Dok. 318.

<sup>5</sup> Zum Schreiben des französischen Außenministers vom 24. Oktober 1968 vgl. Dok. 362, Anm. 7.

<sup>6</sup> Zum Gespräch am 8. Oktober 1968 in New York vgl. Dok. 328.

tungen hegen. Würde die deutsche Verweigerung der Unterzeichnung dem Osten nicht unnötige neue Propagandawaffen geben? Trotz der Ereignisse in der ČSSR dürfe man die Abrüstungskontakte zur Sowjetunion nicht abreißen lassen. Er empfehle uns eine Unterzeichnung des NV-Vertrags.

Bundesminister: Großbritannien als Nuklearmacht befinde sich in einer ganz anderen Lage als die Bundesrepublik Deutschland. Wir hätten bereits auf die Herstellung von Atomwaffen verzichtet und strebten auch keine Kontrolle über diese Waffen an. Für uns sei der NV-Vertrag in erster Linie eine deutsche Bindung gegenüber der Sowjetunion, wobei wir nicht übersehen könnten, daß die Sowjetunion in der ČSSR brutal interveniert habe, während Italien, Japan und die Schweiz sowie der US-Senat eine abwartende Haltung einnähmen. Dies sei innenpolitisch für die Bundesregierung bedeutsam.

Stewart: Er sei der Meinung, daß die Bundesregierung keine neuen Verpflichtungen und vor allem nicht nur einseitig gegenüber der Sowjetunion eingehen würde. Man solle mit der Unterzeichnung und Ratifizierung des NV-Vertrags nicht aufeinander warten. Ob die Stellung der Bundesregierung leichter sei, wenn Großbritannien bereits ratifiziert hätte?

Bundesminister: Nach seiner Auffassung werde dies keinen Einfluß auf die deutsche Entscheidung haben. Vereinfacht gesagt, sei es eben für Obervolta leichter zu unterzeichnen als für uns. Über einzelne Vorgänge auf der Konferenz der Nichtkernwaffenstaaten in Genf<sup>7</sup> sei er nicht sehr glücklich gewesen. So habe ein Vertreter der USA zu den Sowjets gesagt, „gebt nicht zu viel auf die Äußerungen Brandts“. Dies sei zweifellos nicht die richtige Art des Vorgehens und erkläre auch manche eigenen Probleme. Das Verhältnis der USA zur Sowjetunion müsse in eine vernünftige Beziehung zum westlichen Bündnis gebracht werden.

Stewart: Die Unterzeichnung des NV-Vertrags würde den deutschen Interessen entsprechen.

Bundesminister: Schließlich seien auch andere Probleme, z.B. die friedliche Nutzung der Kernenergie, noch unbefriedigend geregelt. Wir seien als Industrieland auf die Kernenergie angewiesen, nähmen jedoch keine privilegierte Stellung ein. In der IAEO zum Beispiel würden wir im „board of governors“ ebenso wie jeder Kleinstaat behandelt. Neben der Aufteilung in Kernwaffenstaaten und Nichtnukleare gebe es die zusätzliche Gruppierung in die hochentwickelten Industrieländer und andere Staaten. Wir würden unsere Entscheidung gemäß unseren Interessen treffen.

Abschließend wurde im kleineren Kreise vereinbart, daß die Gespräche zwischen Großbritannien, der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden über die Gaszentrifuge Anfang November und nicht Ende Oktober stattfinden sollten.<sup>8</sup>

[gez.] Böker

VS-Bd. 2742 (I A 5)

<sup>7</sup> Die Konferenz der Nichtnuklearstaaten fand vom 29. August bis 28. September 1968 statt.

<sup>8</sup> Zu den Gesprächen am 25. November 1968 in Den Haag vgl. Dok. 414.